Dienstag, 22. Juli 1986 - D * * *

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 167 - 30.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 560,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 8,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 750 TL

Heute in der WELT



Die dritte Mission der „Meteor II"

Ein schwimmendes Riesenlabor geht auf die Reise: Gestern lief die „Meteor II" (Foto) von Bremerhaven in Richtung Atlantik aus. Es ist die dritte Expedition des vor vier Monaten in Dienst gestellten Schiffes. Erstmals ist auch ein Meßgerät an Bord, mit dem das Leben in 5000 Meter Meerestiefe untersucht werden soll. Seite 6

Asylanten in der Schweiz

Der Asylanten-Strom in die reichen Länder Europas, vor allem in die Bundesrepublik Deutschland, hat bedrohliche Formen angenomen. In einer losen Artikelfolge schildert die WELT die Probleme der europäischen Nachbarn. Zum Auftakt heute: Wie die Schweiz die Flut bremste. Seite 5

POLITIK

Wackersdorf: Einen Brandanschlag auf eine Anlage der Transport-Beton-Gesellschaft in der Nähe von Wackersdorf haben vermutlich militante Gegner der Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) verübt. Das Unternehmen ist an dem Bau der WAA beteiligt.

Tschernobyl: 9000 Studenten haben sich angeblich freiwillig für Arbeitseinsätze in der Nähe des Unglückreaktors von Tschernobyl gemeldet, um die Ziele des Fünfjahresplanes zu erfüllen. Die Parteizeitung „Prawda" schreibt, sie hätten sich verpflichtet, während der Ferien in Industrie- und Landwirtschaft mitzuhelfen.

Israel: Justizminister Modai hat gestern seinen Rücktritt angeboten. Jüngster Anlaß des schon seit mehreren Monaten schwelenden Konflikts ist der Vorwurf Modais gegen den Regierungschef, den für Oktober geplanten Ämtertausch zwischen Peres und dem derzeitigen Außenminister Shamir verhindern zu wollen. (S. 5)

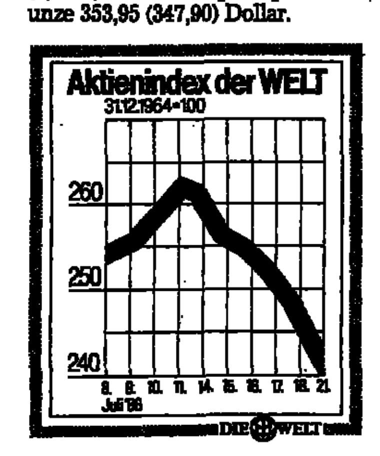
Anschlag: Die französische Terrororganisation „Action directe" wird als Urheber eines Sprengstoffanschlages angesehen, der gestern früh am OECD-Sitz in Paris erhebliche Schäden anrichtete. Die Bombe war vor dem Gebäude in einem Auto explodiert.

WIRTSCHAFT

Streiks: In der Streikstatistik von 17 OECD-Ländern lag die Bundesrepublik Deutschland mit 51 verlorenen Arbeitstagen (pro Jahr und 1000 abhängig Beschäftigte) im Zeitraum von 1970 bis 1985 im unteren Drittel. (S. 7)

Dollar: Der Kurs der amerikanischen Währung hat gestern an den wichtigsten europäischen Devisenmärkten erneut nachgegeben. In Frankfurt verlor der Dollar mehr als zwei Pfennig. Am Mittag wurde ein amtlicher Mittelkurs von 2,1299 Mark nach 2,1505 Mark am Freitag festgestellt.

Börse: Der Verfall des Dollarkurses zieht auch die Kurse an den Aktienmärkten immer tiefer in das Sommerloch. Der Rentenmarkt war freundlich. WELT-Aktienindex 243,50 (249,06). BHF Rentenindex 106,909 (106,851). BHF Performance Index 105,655 (105,568). Dollarmittelkurs 2,1299 (2,1505) Mark. Goldpreis pro Feinunze 353,95 (347,90) Dollar.



KULTUR

Aix-en-Provence: Zu den Festspielen werden in diesem Sommer 50 000 Zuschauer erwartet; vier Opern stehen ihnen zur Auswahl, darunter drei Neuinszenierungen. Festspielleiter Erlo sollte allerdings seinen Plan, pro Jahr sechs Opern zu spielen, nochmals überdenken. Der kurze Höhenflug mit drei Neuproduktionen endete nur knapp vor einer Bruchlandung. (S. 15)

Malerei: In der Münchner Neuen Pinakothek werden zur Zeit holländische Werke des 19. Jahrhunderts gezeigt. Die vorwiegend aus öffentlichem Besitz zusammengetragene Ausstellung „Auf der Suche nach dem Goldenen Zeitalter" ist in diesem Umfang (69 katalogisierte Bilder von 43 Künstlern) die erste überhaupt mit niederländischer Malerei der Zeit zwischen 1800 und 1860. (S. 15)

SPORT

Tennis: Der Einsatz der Saarbrükkerin Claudia Kohde-Kilsch im ersten Spiel des deutschen Teams beim Federation Cup in Prag gegen Belgien ist gefährdet. Die 22jährige laboriert an einer Knieverletzung. (S. 13)

Radsport: Bernard Hinault (Frankreich) gewann die 18. Etappe der Tour de France vor seinem Teamkollegen Greg Lemond, der weiterhin Spitzenreiter bleibt. Hinault schob sich damit auf den zweiten Platz vor.

AUS ALLER WELT



Hitze: Eine schon drei Wochen währende Hitzewelle – ohne Beispiel in der jüngsten Geschichte – plagt derzeit den Süden und Südwesten der USA. Die Temperaturen sinken nicht unter 35 Grad, selbst nachts nicht. Die Weiden sind versengt, der Boden ist ausgedörrt, von Rissen übersät (Foto). 28 Todesopfer werden bisher direkt auf die Hitzewelle zurückgeführt. Nach Schätzungen betragen die Verluste in der Landwirtschaft jetzt schon 800 Millionen Dollar. (S. 16)

Ost-Berlin sichert Gegenleistung zu

Professor Meißner kehrt zurück / Aus „öffentlichem Interesse" wurde auf Strafverfolgung verzichtet

WERNER KAHL, Bonn

Nach der Rückkehr des Ostberliner Professors Herbert Meißner gestern nachmittag aus der Bonner „DDR"-Vertretung in die „DDR" wird jetzt das Gegengeschäft erwartet. Die Bundesregierung schwieg über die Gründe für ihre Entscheidung, aus „öffentlichem Interesse" auf die weitere Strafverfolgung des mutmaßlichen Agenten aus der Akademie der Wissenschaften in Ost-Berlin zu verzichten. In unterrichteten Kreisen wurde jedoch davon ausgegangen, daß die Ostberliner Ärztin Christa-Karin Schumann freigelassen wird, die in einem Sondergefängnis des Ministeriums für Staatssicherheitsdienst (MfS) seit mehr als sieben Jahren gefangengehalten wird. Die Freilassung soll mit einem „kleinen deutschen Häftlingstausch" verbunden werden.

Die seit sechs Tagen andauernden Auseinandersetzungen um den „DDR"-Überläufer Professor Herbert Meißner waren gestern vormittag von den Unterhändlern aus Ost-Berlin und Bonn mit einem Kompromiß beendet worden. Die Bundesregierung ließ sich zusichern, daß im Fall ungehinderter Rückkehr Meißners Gegenleistungen durch Freilassung von Gefangenen erbracht werden. Als Voraussetzung für die Rückkehr willigte die „DDR" ein, daß ein Beauftragter der Regierung mit Meißner sprechen durfte, der sich seit sechs Tagen in der „DDR"-Vertretung aufhielt. Zu dem 30minütigen Gespräch mit Staatssekretär Ludwig Rehlinger vom Ministerium für innerdeutsche Beziehungen in der Außenstelle des Bundeskriminalamtes in Meckenheim bei Bonn wurde auch ein Arzt hinzugezogen, der jedoch keine Anzeichen feststellte, daß der Wissenschaftler möglicherweise vor der Unterredung gedopt worden sein könnte. Unmittelbar nach Meißners Erklärung, er wolle zurückkehren, wurde er an den hessisch-thüringischen Grenzübergang Herleshausen gebracht, wo ihn „DDR"-Offizielle im östlichen Kontrollpunkt Wartha empfingen.

Die juristische Entscheidung in der Affäre war gestern früh bei Dienstbeginn beim Bundesgerichtshof gefallen. Generalbundesanwalt Rebmann hatte das Ermittlungsverfahren gegen Meißner eingestellt. Anschließend hatte der Untersuchungsrichter den Haftbefehl aufgehoben.

In Bonn stellte sich „DDR"-Unterhändler Vogel am Mittag im Prozeß gegen den früheren Bundesminister Franke (SPD) und seinen Ministerialdirektor Hirt als Zeuge zur Verfügung. Von den durch die Beschuldigten angeblich veruntreuten 5,6 Millionen Mark sei kein Geld in die „DDR" bei Häftlingsfreikäufen geflossen, sagte Vogel. Von der Gewohnheit, daß in der früheren sozial-liberalen Bundesregierung Geld für humanitäre Aktionen durch die Caritas in Berlin „gewaschen" wurde und im Koffer von dem damaligen Anwalt der Bundesregierung, Jürgen Stange, zurück nach Bonn zu Hirt gebracht worden sei, habe er nichts gewußt. Er habe er viele „harte Nüsse geknackt", aber der Fall Franke/Hirt sei für ihn ein „Phänomen".

Seite 3: Ein diskreter Mittler



Zurück nach Ost-Berlin: Herbert Meißner
FOTO: HERBERT KNOSAWSKI/rtr

DER KOMMENTAR

Russische Schwalbe

HERBERT KREMP

Das diesjährige „Sommertheater" der Bundesregierung läßt sich erfreulich gut an. Der Durchbruch beim Wissenschafts-Abkommen mit Moskau weist über den Tellerrand des Vertrages hinaus: Die Sowjets haben ihren Widerstand aufgegeben, West-Berlin zumindest indirekt in die Vereinbarung einzubeziehen. Die deutsche Hartnäckigkeit hat sich gelohnt, Riesenhuber reist seinem Kollegen Genscher zur Unterzeichnung nach. Frage ist nur: Warum ließ Gorbatschow auf einmal die Berliner Schwalbe fliegen?

Der Bundeskanzler weiß eine bündige Antwort: Der Kreml-Herr ist an besseren Beziehungen stark interessiert. Was kümmert ihn das Revanchismus-Geschrei von gestern. Die Bundesrepublik ist zum „wichtigsten Faktor in Europa" geworden, den man nicht umgehen könne. So lautet die Bonner Lesart, und sie gilt nicht nur für Wirtschaft und Wissenschaft. Das Gespräch, das Gorbatschow dem deutschen Außenminister gewährte, signalisiert den Ernst des sowjetischen Interesses an allen wichtigen Bündnispartnern der USA in Europa. Mit Schwalben der Courtoisie bedacht, sollen sie in ihre besondere Hilfsrolle beim sowjetischen Abrüstungspoker mit den USA eingeführt werden. Die Grim-Grom-Zeiten Gromykos sind vorbei. Handlungsreisende wie Hans-Dietrich Genscher in Laune und Position zu bringen ist Gorbatschows diplomatische Devise.

Die Sowjets sind offenbar bereit, den westlichen Deutschen die Beteiligung an der Nachrüstung zu verzeihen, sofern diese jetzt Friedensdienste tun und Washington zu Rüstungs-Konzessionen drängen. Wird die Bundesregierung dies um des schönen Sommers willen tun? Vielleicht sendet Gorbatschow eine zweite Schwalbe nach. Vielleicht beendet „Aeroflot" ihre Billigflüge für Asylbewerber in das bedrängte Berlin. Ob Wissenschaft, ob Asylantenstrom – Berlin ist der Druckpunkt, mit dessen Schmerzsignalen Gorbatschow deutsches Wohlverhalten zu regulieren versucht.

CSU bringt Kontrolle an Sektorengrenze ins Spiel

Asylrecht: Strauß macht Vorschläge für Grundgesetz-Änderung

PETER SCHMALZ, München

Der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß hat dem Vorstand seiner Partei gestern ein Papier vorgelegt, das ungeteilte Zustimmung des CSU-Führungsgremiums fand und das Grundlage für die von der bayerischen Koalitionspartei geforderten Grundgesetzänderung sein soll. Strauß sieht darin die einzige Möglichkeit, der Flut der Asylbewerber Herr zu werden. Hier handle es sich um „ein zum Skandal gewordenes Problem, über das sich Bonn zuwenig Gedanken gemacht hat", begründete Strauß den Vorstoß aus München.

Nach der Vorstellung der CSU sollen zwei Artikel des Grundgesetzes geändert werden. Für Artikel 16 schlägt Strauß vor, den zweiten Satz des zweiten Absatzes, der bisher lautet: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht", dahingehend zu ergänzen, daß politisch Verfolgte „nach Maßgabe der Gesetze Asylrecht" genießen. Alternativ wäre auch die Formulierung möglich: „Politisch Verfolgten wird nach Maßgabe der Gesetze Asyl gewährt."

In diesem Zusammenhang betonte Strauß gestern nach der Vorstandssitzung, die Bundesrepublik sei der einzige Staat der Welt, der den Asylanten einen Rechtsanspruch gewährt, während beispielsweise Frankreich die Asylanten- und Ausländergesetzgebung drastisch verschäft habe. So würden künftig die Präfekten über eine Ausweisung entscheiden. Gerichtsverfahren seien grundsätzlich ausgeschlossen.

Um den Aufenthalt eines Bewerbers, dessen Asylersuchen nicht stattgegeben wurde, durch Gerichtsverfahren nicht um Jahre auf Kosten der Sozialhilfe zu verlängern, schlägt Strauß vor, den Artikel 19 des Grundgesetzes zu ergänzen. In Absatz vier heißt es: „Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen." Ihm soll die Formulierung beigefügt werden: „Das gilt nicht für Maßnahmen gegenüber Ausländern nach dem Asylrecht." Damit könnten Bewerber an der Grenze ohne Gerichte zurückgewiesen werden.

Auch über den möglichen Inhalt des Ausführungsgesetzes ließ der Ministerpräsident die Beamten der Münchner Staatskanzlei nachdenken. Ihr Ergebnis: Sogenannte Nachfluchtgründe, also Gründe, die nach der Flucht entstehen, werden nicht mehr anerkannt; Abweisung von Bewerbern aus „gewissen Ländern" der Dritten Welt bereits an der Grenze; Eröffnung von Asylverfahren nur bei Bewerbern aus bestimmten Ländern; Kontigentierung von Flüchtlingen, die aufgenommen werden; Ausschluß von gerichtlichen Nachprüfungen und Verwaltungsentscheidungen. Strauß sagte, er würde nicht vor Kontrollen an der Berliner Sektorengrenze zurückschrecken. Der Berlin-Status sei nicht so vorrangig, um auf dieses Mittel einer Kontrolle offensichtlich mißbräuchlicher Bewerber, die über die „DDR" einzureisen versuchten, zu verzichten. Aber er sei nicht der Regierende Bürgermeister oder einer der Stadtkommandanten. Sollte sich die SPD einer Grundgesetz-Änderung verweigern, werde man im Wahlkampf herausstellen, wer für die wachsende Asylantenflut die Verantwortung trägt.

Seiten 4 und 5: Weitere Beiträge

Riesenhuber unterstützt Genscher in Moskau

Heute Unterzeichnung des Wissenschaftsabkommens?

ARNULF GOSCH, Bonn

Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber ist gestern überraschend nach Moskau gereist. Nachdem zunächst ein Sprecher des Bundespresseamtes diese Information mit dem knappen Hinweis bestätigt hatte, daß alle Einzelheiten über Zielsetzung und Zeitplan dieser Visite in der sowjetischen Hauptstadt mitgeteilt würden, erklärte Regierungssprecher Friedhelm Ost später gegenüber der WELT, „daß es so aussieht, daß ein deutsch-sowjetisches Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit am Dienstag unterzeichnet werden kann". Unter dem Dach dieses Rahmenabkommens werde es drei Ressortabkommen geben. Als erstes soll das Abkommen über die friedliche Nutzung der Kernenergie unterzeichnet werden. Ost bezeichnete diese Entwicklung als „großen Fortschritt", wenn man bedenke, daß schon seit 1973 über ein solches deutsch-sowjetisches Vertragswerk verhandelt werde. Immer wieder war die Unterzeichnung des Vertragswerkes an der Einbeziehung des wissenschaftlich-technischen Potentials West-Berlins gescheitert. Die Frage der Einbeziehung Westberliner Wissenschaftler sei nun „sehr zufriedenstellend" geregelt worden. Von einem Kompetenzstreit zwischen Bundesaußenminister Genscher und Bundesforschungsminister Riesenhuber wollte Ost nichts wissen. Beide Minister würden in Moskau „ein Herz und eine Seele sein". Weitere Erklärungen gab Ost nicht ab.

Dem sicheren Vernehmen nach ist Riesenhuber auf Wunsch von Bundeskanzler Helmut Kohl dem Bundesaußenminister nachgereist. Die Aktion hat in Bonn erhebliche Verwunderung und Verwirrung ausgelöst. Denn erst vor zehn Tagen hatte sich Genscher in öffentlich ausgetragenem Streit um die Kompetenz für den Abschluß eines solchen Abkommens gegenüber Riesenhuber durchgesetzt. Dabei soll Kohl eindeutig die Position Genschers unterstützt und Riesenhuber wegen dessen angeblicher Indiskretion gerügt haben.

In einem der Öffentlichkeit zugänglich gemachten Schreiben des Forschungsministers an Genscher hatte Riesenhuber vor einer übereilten Anfertigung der Vertragsentwürfe gewarnt. Aus der unmittelbaren Umgebung des Ministers war besonders Kritik an der „nur schlampigen und unseriösen" Berücksichtigung der Westberliner Wissenschaft geübt worden. Das jetzt wohl unterschriftsreife Abkommen soll eine „personenbezogene Klausel" für die Einbeziehung von Wissenschaftlern aus Berliner Bundesbehörden beinhalten.

Wie gestern von unterrichteter Seite in Bonn verlautete, sei die Fachdelegation, die in Moskau über Einzelheiten des Vertragsentwurfs verhandelte, „mit leeren Händen" nach Bonn zurückgekehrt. Und Riesenhuber soll wiederholt zum Ausdruck gebracht haben, daß er nicht in der Lage sei, innerhalb einer Woche ein Ressortabkommen mit festen Programmabsprachen auf die Beine zu stellen. In forschungspolitischen Kreisen wurde die Vermutung geäußert, daß Genscher in Moskau eine „Rückenlehne" brauche, weil das ganze Vertragswerk „offenbar sehr wackelig" sei.

Seite 3: „Bei so schönem Wetter"

Hohe Haftstrafe für Spion Rotsch

DW. München

Wegen geheimdienstlicher Tätigkeit und Verletzung einer besonderen Geheimhaltungspflicht hat gestern das Bayerische Oberste Landesgericht in München den KGB-Spion Manfred Rotsch zu acht Jahren und sechs Monaten Freiheitsstrafe verurteilt. Außerdem erkannte ihm das Gericht die Fähigkeit zum Bekleiden öffentlicher Ämter für fünf Jahre ab. Der ehemalige Abteilungleiter beim Rüstungskonzern Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB) hatte geheime Pläne, darunter die des NATO-Kampfflugzeuges Tornado, verraten.

Seite 4: „Denkbar schwerster Fall"

Abenteuerliche Flucht aus Böhmen

DW. Wien

Eine abenteuerliche Flucht nach Österreich ist am Wochenende zwei Männern aus der Tschechoslowakei geglückt. Wie die österreichische Nachrichtenagentur apa meldete, benutzten der 35jährige Forstarbeiter Robert Ospald und der 20jährige Schlosser Zdenek Pohl, beide aus Leitomischl (Litomysl) in Ostböhmen, eine über die Grenze führende Hochspannungsleitung als „Seilbahn", um nach Niederösterreich zu gelangen.

Die beiden Flüchtlinge hatten sich kleine „Rollgondeln" gebastelt, die sie auf der CSSR-Seite der Grenze am nichtstromführenden Monteurkabel einhängten. Mit diesen Geräten gelangten sie dann am Samstag früh ohne Schwierigkeiten über eine Strecke von rund 300 Metern zum ersten Hochspannungsmast auf österreichischem Gebiet.

Im März war ein Fluchtversuch zweier junger Drachenflieger aus der Tschechoslowakei nach Österreich gescheitert. Einer der beiden Fluchtwilligen starb später an den Folgen der Verletzungen, die er beim Absturz des Fluggerätes erlitten hatte.

Seite 16: In den Westen geschwebt

„Iacocca for President"

DW. New York

Chrysler-Chef Lee Iacocca gilt nach Senator Gary Hart bei Anhängern der Demokratischen Partei sowie bei Unabhängigen als populärster Anwärter auf die Nominierung des Spitzenkandidaten der Demokraten für die nächsten US-Präsidentschaftswahlen im Jahre 1988. Das geht aus einer von „Time Magazine" in New York veröffentlichten Meinungsumfrage hervor. Der 61jährige Iacocca, der den finanziell angeschlagenen Automobilkonzern Chrysler wieder flott gemacht und erfolgreich die Spendentrommel für die Restaurierung der Freiheitsstatue im Hafen von New York gerührt hatte, kam nach dem Umfrageergebnis in der Beliebtheitsskala auf Platz zwei hinter dem demokratischen Senator von Colorado, Hart.

Der ehemalige Republikaner Iacocca, der nie ein öffentliches Amt bekleidet hat und sich selbst als politisch unabhängig bezeichnet, erklärte erst vor kurzem, daß er auf keinen Fall als potentieller Kandidat zur Verfügung stehe. Er nahm damit Stellung zu den „Überredungskünsten" eines neu gegründeten Komitees „Iacocca for President".

Howe-Besuch in Pretoria „nutzlos"

DW. Pretoria

Zwei Tage vor dem Eintreffen des britischen Außenministers Sir Geoffrey Howe in Südafrika hat ein Kommentator der regierungsnahen Zeitung „The Citizen" den für morgen geplanten Besuch als nutzlos bezeichnet. Howe sei zur Erfolglosigkeit verdammt, hieß es in dem Leitartikel. Für Südafrika wäre es Selbstmord, auf die Reformforderungen der USA und Europas einzugehen. Es solle auch niemand glauben, daß sich die Regierung in Pretoria durch den britischen Verzicht auf Sanktionen zu mehr Entgegenkommen bewegen lassen werde.

Friedensnobelpreisträger Bischof Desmond Tutu hat gestern zum zweiten Mal seit Verhängung des Ausnahmezustands mit Südafrikas Präsident Botha gesprochen. Tutu hatte vorher erklärt, er werde in dem Gespräch ein Ende des Ausnahmezustands fordern. Bei der ersten Begegnung mit Tutu, die am 13. Juni, einen Tag nach Verhängung des Ausnahmezustands, stattgefunden hatte, hatte Botha seine harte Haltung bekräftigt. Davor waren Botha und Tutu zuletzt im Jahre 1980 zusammengetroffen.

Seite 6: Erfolglosigkeit

Raketen treffen Ministerium im Zentrum von Madrid

Antwortet ETA auf Ausweisung von Basken durch Paris?

DW. Madrid

Das Madrider Stadtzentrum ist gestern durch eine Serie von Anschlägen mit Bomben und Raketen erschüttert worden. Dabei wurden mindestens acht Personen verletzt. Vermutlich gehen diese Anschläge auf das Konto der baskischen Separatistenorganisation ETA.

Wichtigstes Angriffsziel war das Verteidigungsministerium. Aus einem Fahrzeug wurden vier Panzerabwehrraketen auf das Gebäude abgefeuert. Sie beschädigten das zweite und dritte Geschoß und verfehlten das im vierten Stockwerk gelegene Amtszimmer von Verteidigungsminister Narcis Serra.

Zwei Autobomben explodierten in dicht besiedelten Wohngebieten in der Nähe von Bürogebäuden. Über weitere Explosionen gab es widersprüchliche Aussagen. In einigen Fällen soll die Polizei die Explosionen in verdächtigen Fahrzeugen vorsorglich ausgelöst haben.

Erst vor einer Woche waren bei der Explosion einer Autobombe zehn junge Angehörige der paramilitärischen Polizeitruppe Guardia Civil getötet und 30 Menschen verletzt worden. Die ETA-Organisation „Spanien-Kommando" hatte sich zu dem Anschlag bekannnt. Es wird vermutet, daß die ETA mit den jüngsten Anschlägen auf die Ausweisung des mutmaßlichen ETA-Mitglieds Jose Manuel Varona Lopez aus Frankreich in der vergangenen Woche reagiert. Ihm werden Verbindungen zum „Spanien-Kommando" nachgesagt. Er ist der erste Baske, den Frankreich ohne Interpol-Fahndung der spanischen Polizei ausgeliefert hat.

Der französische Außenminister Jean Bernard Raimond, der weitere Ausweisungen von Basken angekündigt hat, wird in dieser Woche zu Gesprächen mit seinem spanischen Kollegen Francisco Fernandez Ordonez über den Status politischer Flüchtlinge aus dem Baskenland in Madrid erwartet. Der spanische Rundfunk meldete, die Polizei habe mehrere mit Sprengstoff beladene Fahrzeuge in der Nähe der Residenz des französischen Botschafters aufgefunden und die Sprengsätze entschärft.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Ein Fall wurde geregelt

Von Enno v. Loewenstern

Es soll also nicht mehr Meißner-Porzellan zerschlagen werden. Der Ostberliner Experte für entschädigungslose Enteignung in westlichen Kaufhäusern erklärte dem Staatssekretär Rehlinger, daß er zurückkehren wolle; der Generalbundesanwalt stellte das Verfahren entgegenkommend ein – gemäß Paragraph 153 d kann in bestimmten Fällen aus politischen Gründen von Strafe abgesehen werden –, und der unselige Professor fuhr noch am Montag zurück in die „DDR", wo man gewiß nicht von Strafe absehen wird.

Insofern also wird der Gerechtigkeit schon noch Genüge geschehen, wahrscheinlich im Übermaß, aber die Entscheidung lag bei Meißner, und er blieb auch auf dem nicht-exterritorialen Boden des Bundeskriminalamts dabei. Zum anderen: Das Gesicht diesseits der Mauer wurde gewahrt. Zwar fuhr Meißner allein, aber er wurde gewissermaßen in ein Paket gegenseitigen Austausches verschnürt, wobei, wie man hört, Ost-Berlin seinerseits einiges für Meißner zugelegt haben soll. Ein teures Stück Schlauch, in jeder Hinsicht.

Dennoch kann, wer will, erleichtert registrieren, daß gewisse finstere Drohungen hinsichtlich des Besuchs- und Reiseverkehrs damit gegenstandslos geworden sind. Wer will, kann gar ein Stück „Normalisierung" verzeichnen. Denn es ist normal im geteilten Deutschland, daß ein Deutscher wegen eines Ladendiebstahls zum Mittelpunkt einer Haupt- und Staatsaffäre wird und sich (bzw. seine Familie) schwersten Pressionen, womöglich Todesdrohungen, ausgesetzt sieht – sofern dieser Deutsche aus dem besetzten Teil unseres Vaterlandes kommt, den wir ganz normal als „zweiten deutschen Staat" bezeichnen und behandeln.

Nun geht das Business as usual weiter, und niemand ist dankbarer dafür als das SED-Regime, denn es hat zur Zeit wichtigere Aufgaben. Es überschwemmt uns mit „Asylanten" und sucht damit zielbewußt und einfallsreich eine innenpolitische Krise in der Bundesrepublik herbeizuführen. Ein „Fall Meißner" hätte vielleicht zu Verschärfungen des, wie sagt man normalerweise, deutsch-deutschen Klimas geführt und diese Kreise gestört.

Libysche Nachgedanken

Von Günter Friedländer

Nicht jeder möchte sich noch an die Reaktion vieler Kritiker in der westlichen Welt erinnern, als Reagan vor genau drei Monaten befahl, Libyens Diktator Khadhafi für seine Rolle im internationalen Terror durch den Angriff auf ausgewählte Ziele in Libyen zu bestrafen. Da hörte man, daß „Gewalt nur neue Gewalt provozieren muß", als wären die USA der Angreifer gewesen. „Kenner" sagten voraus, daß nun alle arabischen Länder gezwungen würden, sich mit Khadhafi zu solidarisieren, und daß man ihm zu neuer Popularität verholfen habe. Liberale Massenmedien der USA bezeichneten die Strafaktion im besten Fall als einen fatalen Irrtum, wenn sie nicht Reagan wieder einmal als den legendären Filmcowboy darstellten, der beim geringsten Anlaß losfeuert.

Das Thema taucht nun abermals in der Presse der USA auf – anders, viele Blätter sind dort bereit, eigene Fehler einzugestehen. Angesehene Zeitschriften wie die konservative „Public Opinion" und die liberale „New Republic" stellen fest, daß Amerikas öffentliche Meinung auch in den erregten Apriltagen fest an Reagans Seite stand und daß die vorausgesagten schlimmen Folgen ausblieben. Sogar die „Washington Post" hat neue Erkenntnisse. Die Folgerungen ergeben dieses Bild:

Erstens hat sich niemand innerhalb oder gar außerhalb Libyens mit Khadhafi identifiziert, er ist vielmehr bis heute völlig isoliert geblieben. Zweitens hat die amerikanische Strafaktion keine neuen Aktionen des libyschen Diktators ausgelöst. Die Zahl der Terroranschläge auf Nordamerikaner war in den neunzig Tagen nach dem Bombardement kleiner als in den neunzig Tagen vorher. Drittens ist auch die Kritik, die die USA aus westlichen Ländern hören mußte, leiser geworden oder verstummt. Nicht nur Libyen, auch der Westen habe etwas dazugelernt.

Gleichviel, ob Reagan Amerikas öffentliche Meinung geändert hat oder ob er nur auf eine bereits vorher erfolgte Änderung reagiert: Vietnam ist überwunden, meint „Public Opinion", und Amerika wird sich seiner Pflichten als mächtigste Großmacht der Erde bewußt. Das sollten Amerikas Feinde ins Kalkül einbeziehen; seine Freunde auch.

Glemp zum Bürgerkrieg

Von Carl Gustaf Ströhm

Der Primas von Polen, Kardinal Glemp, ist kein Freund harter Worte, auch nicht gegenüber dem kommunistischen Regime. Dennoch oder vielleicht gerade deshalb hat Glemp in einem Punkt den Nagel auf den Kopf getroffen: Als er nämlich zur Charakterisierung der gegenwärtigen Situation erklärte, Polen habe sich in den letzten Jahren am Rande eines Bürgerkrieges befunden.

Nun könnte man allerdings die Frage stellen, ob der Begriff „Bürgerkrieg" – mit dem Glemp die Konfrontation zwischen der Gewerkschaft „Solidarität" einerseits und dem kommunistischen Regime andererseits charakterisieren wollte – für ein Land zutreffen kann, in welchem die Kommunisten (nach ihrer eigenen Einschätzung) niemals mehr sein konnten als eine Minderheit. Bürgerkrieg setzt ja voraus, daß die Bürger eines Landes gegeneinander in den Krieg ziehen. Die überwältigende Mehrheit der Polen aber wollte keinen Bürgerkrieg und überhaupt keinen Krieg – sie wollte mit friedlichen, gewerkschaftlichen und demokratischen Mitteln die politische Freiheit für sich erkämpfen.

Man müßte also die Analyse des Primas um einiges präzisieren und fortsetzen. Dazu gehört wohl auch, sich der Tatsache bewußt zu sein, daß Jaruzelski und die Kommunisten nur angesichts der geostrategischen Lage Polens überhaupt eine Chance haben, an der Macht zu bleiben. Die Kommunisten waren, um in Glemps Kategorien weiterzudenken, in Polen eine durch eigene Schwäche unterlegene Bürgerkriegspartei, die die Hilfe einer auswärtigen Macht benötigte, um sich nachträglich durchzusetzen.

Stünde nun die polnische Armee nicht unter sowjetischer Kontrolle (und müßten die polnischen Militärs nicht in der Furcht vor einer sowjetischen Intervention leben), so wäre es höchst zweifelhaft, ob die Streitkräfte den Aufruf zum Vorgehen gegen die freien Gewerkschaften überhaupt befolgt hätten. Damit aber reduziert sich die Legende von Jaruzelski als einem „Patrioten", der das Schlimmste verhütet hat, auf die Frage: Für wen hat er das Schlimmste verhütet – für Polen oder für den sowjetischen Kommunismus?



Honeckers Asylanten-Dreh KLAUS BÖHLE

Mit Kernenergie leben

Von Ulf Hansen

Das Reaktorunglück von Tschernobyl stellt die Kernenergie vor die Existenzfrage. Die Verängstigung darf aber nicht in abwehrender Lähmung erstarren oder in übereilten Aktionismus ausbrechen. Wir müssen die neue Erfahrung verarbeiten und uns den Tatsachen stellen. Wir müssen lernen, mit der Kernenergie zu leben – oder ohne sie.

Es gibt keinen Zwischenweg. Auch eine politische Tolerierung der Kernenergie für eine begrenzte Übergangszeit heißt, sich vor der entscheidenden Frage davonzustehlen. Entweder ist das Risiko zu hoch, um hingenommen zu werden. Dann müßten die Anlagen sofort stillgelegt werden. Oder die Kernenergie ist mit den übrigen Risiken der industrialisierten Welt vergleichbar. Wenn die Kernenergie ähnlich einzustufen ist wie andere Technologien, so muß dies mit dem Bewußtsein geschehen, daß Störungen und Unfälle auch tatsächlich auftreten können. Denn eine Welt ohne Risiken gibt es nicht. Es bleibt nur, den Weg des geringsten Risikos zu suchen.

Andere Techniken haben auch ihre Risiken. Vor wenigen Wochen ist ein Staudamm auf Sri Lanka gebrochen. In den Fluten sind Hunderte ertrunken und Tausende vertrieben worden. Wir haben diesen Unfall und viele ähnliche „akzeptiert". Wir „leben damit", daß jedes Jahr in der Welt etwa tausend Bergarbeiter sterben. Es soll hier nicht gegengerechnet, sondern ein fundamentaler Unterschied herausgestellt werden. Bei anderen Unfällen sind die dort beschäftigten Arbeiter oder eine lokale Bevölkerungsgruppe betroffen, während bei der Kernenergie ein viel größerer Kreis bedroht sein kann.

Es muß das Ziel sein, die Kernenergie so sicher zu beherrschen, daß selbst bei den schlimmsten denkbaren Unfällen niemand in der Umgebung der Anlage einen Schaden erleidet. Für das Personal selbst ist das Berufsrisiko in einem Kernkraftwerk vergleichbar, wenn nicht sogar geringer als in anderen Industrien. Diese Tatsache ist auch den Mitarbeitern bewußt. Der breiten Öffentlichkeit ist aber das Risiko nur schwerlich mit dem Maßstab geringer Wahrscheinlichkeit verständlich zu machen. Das Risiko für die Bevölkerung muß also mit technischen Maßnahmen ausgeschlossen werden. Nach neuesten Berechnungen in der Sicherheitsforschung für deutsche Kernkraftwerke zeichnet sich nun ab, daß selbst bei einem Kernschmelzunfall die Folgen geringer wären als bei einem schweren Unfall in einer nicht-nuklearen Industrieanlage. Selbst dieses beruhigende Ergebnis wird gewiß nicht das Ende der Entwicklung in der Reaktorsicherheitsforschung bedeuten. Die kommerziell betriebenen Leichtwasserreaktoren werden ständig verbessert. Neue Reaktorkonzepte versprechen eine so hohe inhärente Sicherheit, daß ein Kernschmelzen möglicherweise ausgeschlossen werden kann. Die Katastrophe von Tschernobyl ist nicht der Alltag einer Energieversorgung auf Kernenergiebasis. Das Unglück hat uns aber das Gefährdungspotential der Kernenergie deutlich gemacht.

Die Verseuchung großer Landstriche nach dem Unfall in Tschernobyl demonstriert, daß die Gefahren der Kernenergie keine nationale, sondern eine grenzüberschreitende Dimension haben. Die Forderung nach internationalen Sicherheitsstandards ist folgerichtig und für jeden verständlich. Allerdings ist ebenso klar, daß eine international abgestimmte Genehmigung von Kernkraftwerken schwierig, wenn nicht gar unmöglich sein wird. Dennoch werden sich internationale Sicherheitsstandards durchsetzen müssen. Unfälle wie die in Harrisburg und Tschernobyl treffen nämlich nicht nur einen einzigen Betreiber oder Hersteller, sondern die Kernenergie insgesamt. Daher das Streben der Industrie selbst nach weltweiter Durchsetzung höchstmöglicher Sicherheitsstandards, bei dem ihr die Politik beistehen muß.

„Abgemagerte" Anlagen mit verringerter Sicherheitsausrüstung wird es nicht geben. Kernenergie bleibt eine kapitalintensive Energie, die es gerade in Entwicklungsländern schwer haben wird, mit konventioneller Technik aus einheimischer Produktion zu konkurrieren. Es spricht viel dafür, daß die Ausbreitung der Kernenergie auf nur wenige Länder konzentriert bleiben und die häufig geäußerte Befürchtung einer unüberschaubaren Bedrohung aus vielen kleinen Kernenergieländern nicht Wirklichkeit werden wird.

Die Risiken der Kernenergie sind nach allem, was wir wissen, geringer als die sich jetzt bietenden Alternativen. Die Katastrophe im indischen Bhopal hat nicht zu einer Schließung der chemischen Industrie in der Bundesrepublik geführt. Ebensowenig zwingt Tschernobyl zu einem Ausstieg aus der Kernenergie. Die beiden Namen werden aber Symbole der Gefahren unserer industrialisierten Welt und ständige Mahner für ein nicht nachzulassendes Sicherheitsbewußtsein bleiben.

Die energiewirtschaftliche Rolle der Kernenergie darf ungeachtet des unbedingten Sicherheitsvorrangs nicht außer acht gelassen werden. Es ist hinlänglich bekannt, daß zum Beispiel in der Bundesrepublik jede dritte Kilowattstunde in Kernkraftwerken erzeugt wird. Aber weiß man auch, daß weltweit in der Stromerzeugung 500 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE) durch Kernenergie substituiert wurden? Nicht allein Energiesparen und eine höhere Kohle- und Gasförderung, sondern vor allem die Kernenergie hat bewirkt, daß das Öl weltweit an Bedeutung verloren hat. Neben dem direkten Kostenvorteil in der Stromerzeugung sind gerade diese indirekten Wirkungen für den Weltenergiemarkt von nicht zu unterschätzendem Wert. Dazu kommt: alles redet über die mögliche nukleare Katastrophe. Aber niemand scheint die soziale Katastrophe zu bedenken, mit der wir rechnen müßten, wenn die Kernenergie abgeschafft würde, die Preise entsprechend stiegen und die Realeinkünfte entsprechend zurückgingen.

GAST-KOMMENTAR



Ulf Hansen ist Professor für Kraftwerkstechnik an der Universität-Gesamthochschule Essen FOTO: DIE WELT

IM GESPRÄCH Jizchak Modai

Kann rechnen und wehtun

Von Reuven Assor

Heute ist der meistumstrittene Minister im israelischen Kabinett nicht mehr Ariel Sharon, sondern Jizchak Modai – das heißt: er war es. Modai war bis vor kurzem Finanzminister und wurde aus diesem Ministerium von Ministerpräsident Peres ausgebootet – in das Justizministerium; wo er Peres wieder so provozierte, daß dieser den endgültigen Hinauswurf Modais aus der Regierung ankündigte. Woraufhin Modai von selbst zurücktrat. Er scheint zu erwarten, daß, wenn Außenminister Schamir in drei Monaten „turnusgemäß" die Regierung übernimmt, er Modai wieder ein Ministeramt geben wird.

Allgemein wird Modai ob seiner Tüchtigkeit und Intelligenz gelobt. Er hat nicht weniger als drei Diplome: das eines Chemieingenieurs, das eines Wirtschaftswissenschaftlers und das eines Juristen. Der 1926 in Tel Aviv geborene Modai schlug in den fünfziger Jahren zunächst eine militärische Karriere ein, er war unter anderem auch Militärattaché in England. Dann wandte er sich der Wirtschaft zu; als Manager konnte er zwei in die roten Zahlen geratene Unternehmen sanieren.

Seine Aktivität in der kleinen Liberalen Partei brachte ihn in die Knesset und mit Begins Wahlsieg 1977 in die Regierung, in der er zunächst im Wissenschafts-, dann im Energieministerium und in den letzten zwei Jahren als Finanzminister tätig war. Nach einer Reihe von Finanzministern, die schnell kamen und noch rascher gingen, gelang Modai das Unwahrscheinliche: die galoppierende Inflation beinahe vollständig zu stoppen, wenn auch Fachleute den Rückhalt hervorheben, den Peres ihm gab.

Zwar sieht sich Modai unter den Liberalen als führende Persönlichkeit, doch wird dieser Anspruch von seinen übrigen fünf liberalen Ministerkollegen aufs heftigste zurückgewiesen. Auch in der liberalen Parlamentsfraktion ist er wegen seiner Arroganz und seines Gebarens teilweise recht unbeliebt.



Brachte Peres in Wut: Likud-Nachwuchs Modai FOTO: DIE WELT

Zum ersten Eklat mit Peres kam es, als Modai einen von ihm und Peres gemeinsamen Beschluß öffentlich angriff und Peres persönlich lächerlich zu machen versuchte. Peres bestand damals auf seiner Demission als Finanzminister. Modai mußte in das Justizministerium übersiedeln.

Modais neue Vorstöße gegen Peres werden damit erklärt, daß er sich zu profilieren sucht, um nicht nur die führende Persönlichkeit der Liberalen zu werden, sondern auch des Likud. (Der Likud ist aus der „Cherut"-Partei Shamirs, den liberalen Parteien und zwei kleineren Parteien zusammengesetzt). Da die Cherut-Führung zerstritten ist und die drei Spitzenkandidaten Shamir, Sharon und David Levi einander neutralisieren, sieht nun Modai seine Chancen, sich an die Spitze der gesamten in Bälde vereinigten Partei zu stellen. Dazu allerdings müßte er nicht nur über das Spitzentriumvirat der „Cherut" triumphieren – was äußerst unwahrscheinlich ist –, sondern auch, einmal oben, sein Temperament und vor allem seine Zunge beherrschen lernen. Das gilt zwar als schier noch unwahrscheinlicher; sollte es ihm jedoch gelingen, könnte er noch weit kommen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

The Washington Post

Sie findet den vielkritisierten Schlag Reagans gegen Libyen neuerdings verdienstvoll:

Die meisten brauchten den Schock. Das Beispiel der Entschlossenheit, die unbestreitbare Präzision des Geheimdienstes, die nachträgliche Demonstration von Libyens Isolation und nicht zuletzt der Rückgang des Tourismus: diese Elemente haben neue Schlagkraft in die europäischen Reaktionen eingebracht.

General-Anzeiger

Die Bonner Zeitung kommentiert zum Asylanten-Strom:

Was in diesen Wochen vom DDR-Flughafen Schönefeld über Ost-Berlin oder den direkten Transit nach West-Berlin in Marsch gesetzt wird, entspricht einem Angriff auf die Rechtsgrundlagen des Viermächte-Abkommens vom September 1971 ... Jede weitere Flugzeugladung mit Asylbegehrenden, die ihren Weg von Schönefeld ungehindert nach West-Berlin nehmen, wird das Verhältnis zu Bonn weiter belasten. Das muß die klare Botschaft im Gepäck des Bundesaußenministers sein.

BADISCHE NEUESTE NACHRICHTEN

Auch das Karlsruher Blatt beschäftigen die Asylanten:

„Die Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland", sagt Bundesjustiz-Minister Engelhard, doch er und seine FDP lehnen es ab, den „nicht unter Gesetzesvorbehalt" stehenden Asyl-Artikel des Grundgesetzes durch Gesetzesvorbehalt gegen Mißbrauch abzusichern. Politiker der Linken wenden sich fast täglich gegen angebliche Ausländerfeindlichkeit. Ob die derzeitige Praxis nicht zwangsläufig zu Ausländerfeindlichkeit führt, wenn jährlich Zehntausende unbekannter Identität und Nationalität als „Asyldeutsche" in unseren Schulen, Betrieben und Straßen neben uns Platz nehmen und unsere Rechte herausfordern, darüber sollte sich die SPD ernsthaft Gedanken machen.

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Sie gehen auf ein Mitglied der Akademie der Wissenschaften ein:

Duschbrause in Wahrheit gar nicht geklaut, statt dessen unter Psychopharmaka gesetzt, dann auch noch zum BND verschleppt. Eine schöne Räuberpistole ... Am besten also, man handelt mit Ostberlin, wendet Paragraph 153 d der Strafprozeßordnung an und schickt dann den Professor mit oder ohne Duschbrause wieder nach drüben.

Westfälische Nachrichten

Die Zeitung aus Münster meint zur CDU-Landesliste:

Kein Zweifel, für die nordrhein-westfälische CDU sind die Bundestagswahlen diesmal eine besondere Herausforderung. Der SPD-Kanzlerkandidat kommt aus dem Land an Rhein und Weser und ist dort trotz seiner offenkundigen politischen Schwächen ein populärer Ministerpräsident.

Befreier und Besatzer zugleich: Die Syrer in Libanon

„Rosa Panther" auf dem Weg in den Osten des Landes / Von Peter M. Ranke

Die Libanesen nennen sie „Rosa Panther". Denn die syrischen Soldaten einer Kommandoeinheit im muslimischen West-Beirut tragen rosa-braun-grün-gefleckte Tarnuniformen. Zusammen mit syrischen Geheimdienstlern in Zivil, die allerdings schwer bewaffnet sind, mit siebenhundert libanesischen Soldaten der muslimischen 6. Brigade und Gendarmerie kontrollieren sie seit dem 4. Juli West-Beirut und die Zugangsstraßen. Seit dem Abzug der 85. Brigade im August 1982 ist zum ersten Mal wieder syrisches Militär in der libanesischen Hauptstadt stationiert.

In Damaskus spricht man nur von „Beobachtern", die einen Sicherheitsplan ausführen. Aber die Syrer haben schon wieder in der Hamra-Hauptstraße alte Geheimdienstquartiere bezogen, sie kontrollieren Zivilisten und nehmen Verhaftungen vor. Sie überwachen die Arafat-Palästinenser in den Lagern und die fanatisch schiitische Hizbollah-Partei. Dazu der syrische Geheimdienstchef in Libanon, Brigadier Ghazi Kanaan: „Der sunnitische Ministerpräsident Karameh hat uns gerufen."

Schriftliches liegt darüber nicht vor. Aber die Rückkehr der Syrer wird von muslimischen Libanesen damit gerechtfertigt, daß sie endlich die Anarchie im muslimischen West-Beirut beendet hätten. In West-Beirut herrscht jetzt tatsächlich „syrische Ordnung", sogar der Weg zum Flugplatz und über die grüne Grenze nach Ost-Beirut ist wieder einigermaßen sicher.

Aber eben nur einigermaßen: Erst am Samstag mittag ermordeten Moslem-Milizen zwei Studentinnen, einen Studenten und einen Angestellten des amerikanischen Hospitals, als sie mit einem Bus ins christliche Ost-Beirut fahren wollten. Auch im Gebirge wird gekämpft. Präsident Gemayel muß in seinem Amtssitz in Baabda weiterhin von der 8. Brigade gegen die Drusenmiliz von Walid Dschumblatt verteidigt werden.

In Paris erklärte der syrische Vizepräsident Khaddam vorige Woche unverfroren, Syrien und Frankreich verträten „identische Positionen" in Libanon. Nämlich: Verteidigung der nationalen Einheit, Ablehnung jeder Teilung, Verwirklichung der Aussöhnung zwischen allen Parteien auf der Basis des Rechts und der Gleichheit sowie Bewahrung der Unabhängigkeit Libanons als Bestandteil der arabischen Welt.

Nach Ansicht des Ex-Präsidenten Camille Chamoun (86) ist das der reine Hohn. Er richtete die Frage an die Regierung Chirac, warum Paris das Doppelspiel der Syrer mitmache und billige. Beobachter bringen die französischen Konzessionen gegenüber Syrien mit den sieben Franzosen zusammen, die immer noch in Libanon als Geiseln schiitischer Fanatiker festgehalten werden. Khaddam erkärte allerdings, die Geiseln befänden sich nicht in syrisch kontrollierten Gebieten Libanons. Andererseits machen libanesische Christen auch die Unwissenheit der Öffentlichkeit für die prosyrische Haltung von Paris verantwortlich.

Camille Chamoun und die Miliz der „Lebanese Forces" erinnern daran, daß die syrische Streitmacht von 25 000 Mann illegal in Libanon ist und die libanesische Souveränität verletzt. Schon am 1. September 1983 hat die libanesische Regierung bei der Arabischen Liga gefordert, daß Syriens „Abschreckungsmacht" aufgelöst wird und abzieht. Auch der UNO-Sicherheitsrat hat in den Resolutionen 425, 508 und 509 die volle Wiederherstellung der libanesischen Autorität im gesamten Landesgebiet verlangt. Außerdem unterstehen die syrischen Truppen, die seit 1978 das einzige Kontingent der arabischen „Abschreckungsmacht" in Libanon sind, theoretisch dem Präsidenten Libanons – praktisch aber kann davon nach ihrem ungebetenen Vordringen nach Beirut keine Rede mehr sein.

Syrische Truppen drangen am 31. Mai 1976 in Libanon ein. Das ist nun zehn Jahre her, und trotz der Syrer wird noch immer gekämpft und gemordet. Vielmehr: wegen der Syrer, betonen christliche Politiker. Es war Damaskus, das im Februar 1984 den Sturm der Drusenmiliz und schiitischen Amal-Miliz auf West-Beirut initiierte, durch den die regierungstreuen Brigaden der libanesischen Armee vertrieben wurden, so daß die muslimischen Stadtteile im Chaos versanken. Es waren die Syrer, die die Amal-Miliz gegen die Palästinenserlager unter Arafat-Befehl hetzten, und es war die syrische Armee, die immer wieder ihre Verbündeten mit enormen Mengen von Waffen und Munition zum Weiterkämpfen versorgte.

Aber Frankreich schickt noch dieses Jahr Chirac zum Freundschaftsbesuch nach Damaskus, während die christlichen „Libanesischen Streitkräfte" erwarten, daß Syrien seine Soldaten bald auch in den christlichen Landesteil einrücken läßt. Was kündigte der Führer der prosyrischen Baath-Partei, Assem Kanso, am Wochenende an? „Wir werden in die östlichen Regionen vordringen und unsere christlichen Brüder befreien. Das ist völlig legal." Hinter Kanso stehen die Syrer und auch die „Rosa Panther". In West-Beirut sind sie schon.

„Ich war noch nie bei so schönem Wetter hier“

Es war die erste Begegnung des dienstältesten Außenministers der Welt mit dem neuen Chef im Kreml. Hans-Dietrich Genscher traf dabei gestern auf einen Michail Gorbatschow, der jede Polemik vermied und versicherte, Moskau wolle auf keinen Fall einen Keil zwischen Bonn und Washington treiben.

Von BERNT CONRAD

Über Moskau lag schwüle Hitze. Michail Gorbatschow aber strömte kühle Effizienz aus, als er im Ministeratsflügel des Kreml den Bundesaußenminister begrüßte. Straff und elastisch, in dunkelblauem Anzug und hellblauem Hemd, wirkte er wie ein Industriemanager, der einen Geschäftspartner begrüßt und gar nicht wie ein kommunistischer Parteifunktionär alter Schule. Nur eine kleine rote Fahne am Revers – das Abzeichen des Abgeordneten des Obersten Sowjets – und Wandbilder von Marx und Lenin machten den ideologischen Hintergrund deutlich.

In dem gleichen Empfangszimmer hatte einst Parteichef Leonid Breschnew seine Staatsgäste mit leutseliger Jovialität, manchmal auch mit dröhnendem Lachen begrüßt. Sein Nachfolger trat Hans-Dietrich Genscher, den er nie zuvor getroffen hatte, eher reserviert gegenüber. Ein kurzes Händeschütteln, die Andeutung eines Lächelns, etwas Small talk. Das war zunächst alles. Aber der im Auflockern geübte Bonner Außenminister erheiterte die Miene seines Gastgebers bald. „Ich war noch nie bei so schönem Wetter hier", verriet Genscher ohne zu ahnen, daß sich die Hitze bald in einem Gewitter entladen würde. Gorbatschow, nicht minder schönfärberisch, erwiderte: „Mit ein paar Ausnahmen ist das wirklich ein sehr guter Sommer."

Als es dann aber politisch wurde hörte die Schönwetter-Beschwörung auf. Man redete „offen, ernsthaft und lebhaft" (so Genscher). Das heißt, die Begleiter auf beiden Seiten kamen kaum zu Wort. Dafür ging es zwischen dem Generalsekretär und dem deutschen Außenminister um so freimütiger zu. Man sprach unverblümt über Trennendes und über Gemeinsamkeiten, überging die Vergangenheit nicht, konzentrierte sich jedoch auf die Zukunft.

Der Stil des neuen Kreml-Chefs beeindruckte den Bundesaußenminister. Gorbatschow fragte kritisch und erhielt von Genscher offene Antworten – über die Bonner Nachrüstungspolitik als Folge der sowjetischen SS-20-Vorrüstung und über SDI ebenso wie über aktuelle Fragen der Genfer Abrüstungsverhandlungen, technologische Zusammenarbeit und bilaterale Probleme.

Den Willen Bonns zum Dialog und zur Kooperation konnte Genscher durch eine Botschaft des Bundeskanzlers unterstreichen, die er Gorbatschow schriftlich überreichte und mündlich erläuterte. Der Sowjetführer, der während der Ausführungen des Bundesaußenministers den vor ihm liegenden Text kontrollierte, sagte eine substantielle Beantwortung zu.

Natürlich kam der Kreml-Chef auch auf das „gemeinsame europäische Haus" zu sprechen, das er schon gegenüber Mitterrand und dem spanischen Ministerpräsidenten Gonzalez in Moskau gepriesen hatte. Aber er beeilte sich, Genscher zu versichern, es sei nicht das Ziel sowjetischer Politik, einen Keil zwischen die Bundesrepublik Deutschland und die Vereinigten Staaten zu treiben. Denn das wäre unrealistisch. Kommentar Genschers: „Das stimmt."

Das Wort „Revanchismus" – noch immer eine beliebte Losung der sowjetischen Presse – fiel nicht. Gorbatschow hielt sich frei von Polemik und bemerkte nur zurückhaltend, manchmal gebe es Äußerungen in der Bundesrepublik, die in der Sowjetunion Anlaß zur Sorge böten. Den Bundeskanzler kritisierte er nicht.

Propaganda in Sachgesprächen hält der „Macher" Gorbatschow anscheinend für Zeitverschwendung. Darum hörte er sich auch kritische Hinweise seines Gastes ruhig an. Eine galt den Ausreise-Wünschen von Rußland-Deutschen. Gorbatschows Reaktion: „Wir wollen bei der Entwicklung unserer Beziehungen auch an die Zusammenarbeit im humanitären Bereich denken".

Ebenso deutlich schnitt Genscher den immer unerträglicher werdenden Asylantenstrom über den „DDR"-Flughafen Schönefeld nach West-Berlin an. Gorbatschow nahm das ohne Kommentar zur Kenntnis. Doch der Bundesaußenminister will nicht locker lassen und das Problem weiter mit seinem Kollegen Schewardnadse diskutieren.

Zweieinhalb Stunden hatte der Sowjetführer vor kurzem für den SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau Zeit gehabt. Als Genscher gegen Ende seines Tête-à-tête auf die Uhr blickte, waren schon drei Stunden um. Selbst altgediente Moskauer Korrespondenten fanden das bemerkenswert. Gorbatschow sagte: „Das Gespräch war wichtig und notwendig." Und er fügte hinzu, was Genscher sich wie einen Orden an die Brust heftete: „Es geht darum, ein neues Blatt in unseren Beziehungen aufzuschlagen." Man solle die Vergangenheit nicht vergessen, aber mit dem Blick in die Zukunft prüfen, welche Möglichkeiten nach diesem Besuch für eine Entwicklung der Beziehungen zu sehen sind.

Mehr hatten Kohl und Genscher nicht erwarten können. Ein Teilnehmer meinte bei der Rückfahrt vom Kreml: „Ich hätte gewünscht, daß dieses Gespräch vor der Weltöffentlichkeit stattgefunden hätte."



Begegnung im Kreml: Hans-Dietrich Genscher, Michail Gorbatschow FOTO: DPA

Die eigentliche Ernte seines Besuchs aber will der Bundesaußenminister erst heute in die Scheuer fahren: Die Unterzeichnung des Rahmen-Abkommens über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und die Paraphierung der damit verbundenen drei Ressort-Abkommen über den Agrar-, Gesundheits- und Nuklearbereich. Am Abend wurde als Überraschungsgast noch Forschungsminister Riesenhuber in Moskau erwartet, der kürzlich noch mit einem kritischen Vorstoß in gleicher Sache den Unmut Kohls erregt hatte und mit dem Genscher nun Schulter an Schulter Koalitions-Solidarität demonstrieren will.

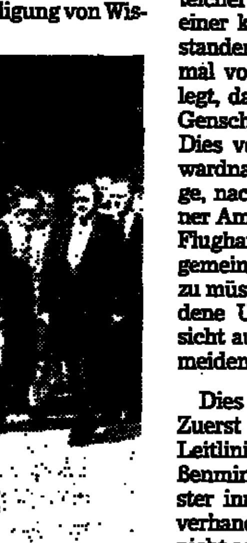
Ein Mitarbeiter des Außenministers erklärte das so: „Regierungsabkommen werden vom Außenminister unterzeichnet. Aber natürlich kann daneben auch noch ein Fachminister unterschreiben. In diesem Fall zeigt das, daß die Materie gut geregelt ist."

„Die Materie" – das ist die Einbeziehung der Berliner Bundesinstitutionen, an der die Unterzeichnung des Abkommens 13 Jahre lang gescheitert war und für die nun eine komplizierte Methode gefunden worden ist. Sie wird so aussehen, daß die Ressort-Abkommen für Agrar- und Nuklearforschung mit Projekt-Programmen überwunden werden sollen, in denen die Beteiligung von Wissenschaftlern aus Bundesbehörden in Berlin vorgesehen ist, ohne daß die Institutionen ausdrücklich erwähnt werden. Als Adressen sollen Postfächer in Berlin angegeben werden. Im Gesundheitsbereich ist diese Regelung offenbar nicht gelungen – hier wurde sie für die Zukunft anvisiert.

Zur „Versüßung" dieser sogenannten personenbezogenen Lösung will Genscher mit den Sowjets die gemeinsame Absicht in künftigen Regelungen auf anderen Gebieten, vor allem im Bereich des Umweltschutzes nach den gleichen Modalitäten bekunden. Dies würde Mitarbeiter des von den Sowjets bisher strikt ignorierten Umweltbundesamtes in Berlin einschließen. Angesichts einer solchen Perspektive kann Riesenhuber guten Gewissens mitunterzeichnen.

Die weiteren Gespräche, die Genscher noch bis heute Abend in der sowjetischen Hauptstadt führen wird, werden nach der Begegnung mit Gorbatschow nur noch marginale Bedeutung haben. Denn in Moskau steht fest, daß der Generalsekretär jetzt auch in außenpolitischen Fragen das letzte Wort zu sprechen hat. Dies wurde schon durch die äußeren Umstände des Genscher-Besuches klar. Hatte früher eine Begegnung mit dem Parteichef (wenn es überhaupt zu solch einer kam) immer erst am Ende gestanden, so hatten die Sowjets diesmal von vornherein Wert darauf gelegt, daß der erste Gesprächspartner Genschers Gorbatschow sein sollte. Dies versetzte Außenminister Schewardnadse in die etwas peinliche Lage, nach der Begrüßung seines Bonner Amtskollegen auf dem Moskauer Flughafen am Sonntagabend auf eine gemeinsame Autofahrt zu verzichten zu müssen, weil er eine damit verbundene Unterhaltung wohl mit Rücksicht auf Gorbatschows Vorgriff vermeiden mußte.

Dies ist der neue Stil im Kreml: Zuerst zeichnet Gorbatschow die Leitlinien vor, dann dürfen der Außenminister und andere Ressortminister innerhalb dieser Linien weiterverhandeln. Genscher fand das gar nicht schlecht. Denn so hatte er Gelegenheit, gleich am Anfang an der richtigen Adresse das unterzubringen, was er in Moskau zu sagen hatte.



Kranzniederlegung am Mahnmal des Unbekannten Soldaten in Moskau FOTO: DPA

Ein diskreter Mittler zwischen hüben und drüben

Gestern vormittag erledigte er den Fall Meißner, am frühen Nachmittag stand er dem Bonner Landgericht im Franke-Prozeß Rede und Antwort. Wo deutsch-deutsche Probleme auftauchen, ist er nicht fern: der Ostberliner Anwalt Wolfgang Vogel ist längst zur Institution geworden.

Von WERNER KAHL

Freitag saß er am späten Nachmittag noch in seiner Anwaltspraxis in der Reiler Straße 4 in Berlin-Friedrichsfelde am Telefon. „Ich übernehme den Fall", sagte er beim Anruf der WELT. Vierundzwanzig Stunden später fuhr er mit seinem neuen Mercedes 300 durch das Tor der Bonner „DDR"-Vertretung in den Innenhof der Mission an der Godesberger Allee 18.

Wolfgang Vogel, Vermittler zwischen hüben und drüben seit einem Vierteljahrhundert, suchte den Mann auf, der in den vergangenen Tagen in Ost und West durch sein rätselhaftes Verhalten politischen Zündstoff aufgehäuft hatte. Eineinhalb Stunden sprach Vogel mit dem Professor der Wirtschaftswissenschaften und stellvertretenden Generalsekretär der Ostberliner Akademie der Wissenschaften, Herbert Meißner, über das Procedere, das dem Unterhändler des „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker zur Lösung der Affäre vorschwebte.

Einzelheiten wahrte der 60jährige weltgewandte Emissär als Anwaltsgeheimnis. „Der Vogel hält den Schnabel", teilte er dem Fernsehpublikum mit. Inzwischen wurde praktiziert, was Vogel vermutlich in Beratungen mit dem Staatssekretär im Ministerium für innerdeutsche Beziehungen, Ludwig Rehlinger, in der komplizierten Sache vorgeschlagen hatte:

1. Schritt: Aufhebung des Haftbefehls der Generalbundesanwaltschaft aus übergeordneten Interessen der Bundesrepublik Deutschland; 2. Schritt: Gegenüberstellung Meißners mit Staatssekretär Rehlinger, bei der sich die Bonner Behörden vergewissern wollten, ob es Meißners freier Entschluß sei, nach dem Überlaufen in den Westen doch wieder zurückzukehren; 3. Schritt: die Rückkehr Meißners nach Ost-Berlin, von der Bonner Stellen erwarten, daß der Professor zunächst scheinbar rehabilitiert, in seinen Ämtern bestätigt wird. Allerdings dürfte ihm sofort der Reisepaß der „DDR" entzogen werden, und zwar mit der Begründung, daß westlichen Geheimdiensten keine Gelegenheit mehr geboten werden dürfe, den Wissenschaftler zu behelligen.

Was später mit Herbert Meißner geschieht, der in einem gequälten Interview mit dem „DDR"-Fernsehen am vergangenen Freitag den Anschein zu erwecken suchte, er glaube daran, daß er drüben „noch gebraucht" werde, wird die Zukunft erweisen. Wenn er Glück hat, wird ihm irgendwo in einem Gebäude unter Aufsicht des Staatssicherheitsdienstes ein Zimmer ohne Telefon zugewiesen, in dem er Schreibarbeiten leistet bis zur vorzeitigen Pensionierung.

So rasch, wie Anwalt Vogel „die Kuh vom Eis brachte", mußte er sich am selben Tag einer anderen brisanten Affäre zuwenden. Diesmal als Zeuge. Das Bonner Landgericht führte Vogel zu jenem Gebiet, auf dem er die meisten Erfahrungen in den innerdeutschen Beziehungen hat: Ist Bargeld bei den offiziellen Freikäufen von Gefangenen aus „DDR"-Strafanstalten von Bonn nach Ost-Berlin geflossen?

Die Aussage des „DDR"-Unterhändlers bestätigte Angaben der Bundesregierungen seit Beginn solchen Handels Mitte der sechziger Jahre, daß nichts Bares über die Grenze wechselte, sondern der Freikauf-Erlös durch das Ostberliner Regime in Form von Verrechnungs-Einheiten, sozusagen Gutscheinbons, zur Verfügung gestellt wurde und wird, mit denen die „DDR" Güter im Westen einkaufen kann.

Die vielfach kritisierte moralische Seite dieses Handels kam gestern im Landgericht Bonn nicht zur Sprache. Vogels Haltung zu diesen Ost-West-Geschäften ist bekannt. Auf die Frage „Wie kann man in der DDR die Tatsache rechtfertigen, daß für Häftlinge Geld verlangt wird?" sagte Vogel in einem früheren Interview: „Um dieses Verfahren, das anscheinend überrascht und schokkiert, zu verstehen", müsse man die „politische und marxistische Einstellung in Betracht ziehen, nach der in einem sozialistischen Staat Delikte beurteilt und bewertet werden. Bei uns wird ein Delikt nach dem Schaden beurteilt, der dem sozialen System und der Gesamtheit zugefügt worden ist. Das ist natürlich eine Denkweise, die jener der kapitalistischen Länder völlig fremd ist. Die grundlegende Auffassung, daß diese Delikte auch materiell wiedergutzumachen sind, ist in Wirklichkeit der wahre und einzige Hintergrund dieser Austauschverfahren."



Grund zur Heiterkeit: Rechtsanwalt Wolfgang Vogel gestern in Bonn FOTO: SVEN SIMON

Und aus diesem Grund, so Vogel, habe „die DDR die politische Entscheidung getroffen, diese Gefangenen dem Westen zu überlassen". Er sei persönlich überzeugt, daß „beide Staaten gleichermaßen" von diesen Aktionen „profitieren".

Fotos belegen die Aktivitäten dieses Mannes für alle Grenzfälle: Eine Aufnahme zeigt ihn bei Schneefall an einem dunklen Winterabend am Kontrollpunkt Herleshausen. Neben ihm stieg damals Spion Heinz Felfe in die Limousine des Anwalts. Auf einer Aufnahme vom Februar dieses Jahres legt der russische Regimekritiker Schtscharanski seine rechte Hand auf Vogels Hand. „Ich gehe stille Wege", sagte er kürzlich dem Besucher der „Zeit", Ben Witter, im Garten seines Ostberliner Reihenhauses.

Am Ende jedes dieser Wege saßen sie vor ihm an seinem Schreibtisch – die vorzeitig aus der Haft Entlassenen, die Begnadigten aus der west-östlichen Geheimdienstszene: Luftwaffenpilot Gary Powers aus den USA, Sowjetspion Rudolf Abel aus New York, der stolz erzählte, daß ihn der amerikanische Richter stets mit „Oberst" angeredet habe, und Günter Guillaume, dessen Austausch Vogel nach nur sieben Jahren Haft ebenfalls arrangierte.

Fotografen, die den braungebrannten Anwalt jetzt in Bonn bei den Gesprächen über den Fall Meißner entdeckten, vermuteten in der Begleiterin an seiner Seite eine junge Mitarbeiterin; es handelt sich aber um seine Frau, Tochter eines ehemaligen Polizeipräsidenten im Ruhrgebiet. Sie arbeitet zugleich in der Kanzlei.

Der Anwalt, der 1954 eine Praxis in Ost-Berlin eröffnete, wurde nach dem 13. August 1961, dem Mauerbau, Erich Honeckers Beauftragter für humanitäre Probleme zwischen der „DDR" und der Bundesrepublik Deutschland. „Ich verehre ihn und erkenne seine Leistungen und die Verbesserungen an, die ihm zu verdanken sind", revanchierte sich Vogel für Honeckers Vertrauen.

Es ist nicht bekannt, ob Vogel am vergangenen Wochenende mit einer Blanko-Vollmacht Honeckers nach Bonn kam, um den Fall Meißner zu lösen, oder an strenge Weisungen gebunden war. Doch so wie er nicht mit leeren Händen zurückkehrt, profitiert auch sein Partner, Staatssekretär Rehlinger, nach den Bekundungen der Bundesregierung vom jüngsten Deal. Schon bald kann damit gerechnet werden, daß sich für Gefangene in „DDR"-Haftanstalten und für mehrere Agenten in westdeutschen Gefängnissen die Tore öffnen werden.

Vom Mittag an stand Vogel gestern im Landgericht der Bundeshauptstadt beim Prozeß gegen seine früheren Verhandlungspartner bei Häftlings-Freikäufen zur Verfügung. Als Zeuge im Verfahren gegen den ehemaligen Bundesminister Egon Franke (SPD) und dessen Ministerialdirektor Edgar Hirt bekundete Vogel, beide seien ihm stets „anständig und korrekt" begegnet. Auf die Frage des Vorsitzenden, was er denn glaube, wohin die fehlenden 5,6 Milionen Mark aus dem Freikauffonds geflossen sein könnten, paßte der Jura-Professor: „In den 30 Jahren meiner Anwaltstätigkeit habe ich vor vielen harten Nüssen gestanden. Sie sind alle geknackt worden. In die DDR ist das Geld nicht gelangt. Hier stehe ich vor einem Phänomen."

Kardinal Meisner erinnert an den Mauerbau

dpa, Berlin

Zur Bewahrung der Einheit des Bistums Berlin hat der im Ostteil der Stadt residierende katholische Bischof von Berlin, Kardinal Joachim Meisner, aufgerufen. Er schrieb im Hinblick auf den 25. Jahrestag des Mauerbaus am 13. August an die Pfarrer der Diözese, zu der beide Teile der Stadt und die Provinz Mark Brandenburg sowie Teile von Restpommern an der Ostsee gehören, und bat sie, am 10. August des Datums in den Gottesdiensten zu gedenken. Gleichzeitig hat der Kardinal dazu aufgerufen, im christlichen Geist „dem Ungeist des Hasses" zu widerstehen. Im katholischen Bistum Berlin erinnert man sich am 13. August auch der Gründung des Bistums im Jahr 1930. In einem vom Bischof den Pfarrern für diese Gottesdienste vorgeschlagenen Gebetstext wird der frühere Berliner Bischof, Alfred Kardinal Bengsch, als „treuer Diener der Einheit des Bistums" erwähnt.

Nutzungsplan für privaten Rundfunk

dpa, Stuttgart

Den Weg für neue Hörfunk- und Fernsehprogramme in Baden-Württemberg hat die Stuttgarter Landesanstalt für Kommunikation (LfK) mit der Verabschiedung eines Nutzungsplans für Kabelnetze und drahtlose *Frequenzen freigegeben. Mit dem* bundesweit ersten Nutzungsplan sei die wesentliche Voraussetzung für die öffentliche Ausschreibung und spätere Nutzung neuer Übertragungskapazitäten für Rundfunkprogramme geschaffen worden, betonte LfK-Direktor Christian Schurig. Anfang August wird die dreimonatige Ausschreibungsfrist beginnen. Öffentlich ausgeschrieben werden Übertragungsmöglichkeiten, die spätestens am 1. Juli 1987 nutzbar sind. Bisher liegen nach Angaben Schurigs Anfragen von 130 Interessenten vor. Gerhard Mahler, *Vorstandsvorsitzende* der LfK, erklärte, die von der Bundespost zur Verfügung gestellte Standardtechnik für Breitbandverteilnetze ermögliche die Verbreitung von 24 *Fernseh- sowie 24 Hörfunkprogrammen* über Kabel. Ab 1. Januar 1987 sei eine Ausweitung auf 35 Fernsehprogramme vorgesehen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Zimmermann erinnert Genscher an Asylproblem

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann hat in einem Brief Außenminister Hans-Dietrich Genscher vor seiner Reise nach Moskau noch einmal eindringlich gebeten, das Problem der über Ost-Berlin einreisenden Asylbewerber im Kreml zur Sprache zu bringen. Zimmermann hat den Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger und Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble von diesem Schreiben vom 17. Juli unterrichtet.



Brief an den Minister-Kollegen: Friedrich Zimmermann bat Hans-Dietrich Genscher vor seiner Moskau-Reise um Amtshilfe FOTO: WEREK

Sehr geehrter Herr Kollege,

ich begrüße es sehr, daß Sie anläßlich Ihrer bevorstehenden Reise nach Moskau das Problem der illegalen Einreise von Ausländern über den Flughafen Berlin-Schönefeld ansprechen wollen. Dies erscheint mir dringend erforderlich. Denn für die weiteren Beratungen der Bundesregierung zur Lösung des Asylantenproblems wird es entscheidend darauf ankommen, ob es gelingt, den Zustrom von Asylbewerbern über Berlin-Schönefeld zu stoppen.

Wie Sie wissen, liegt hier die Hauptursache der in den letzten Monaten explosionsartig gestiegenen Asylbewerberzahlen. Rund 60 Prozent aller Flüchtlinge, die in die Bundesrepublik Deutschland drängen, reisen über den Flughafen Schönefeld ein. Im laufenden Jahr dürften das rund 60 000 Menschen sein. Bei Ihren Besprechungen sollte – wie ich *meine – darauf hingewiesen werden,* daß nach unseren Feststellungen 60 bis 70 Prozent dieses Personenkreises mit der sowjetischen Fluggesellschaft Aeroflot nach Schönefeld befördert werden.

In Übereinstimmung mit den internationalen Gepflogenheiten sollte die Aeroflot nur noch solche Reisenden aus Problemstaaten wie Äthiopien, Bangladesch, Ghana, Indien, Irak, Iran, Jordanien, Libanon, Nigeria, Pakistan, Sri Lanka, Syrien, Türkei und Tunesien nach Berlin-Schönefeld befördern, die über einen Einreisesichtvermerk für ein westeuropäisches Zielland verfügen. Eine solche Verfahrensweise stünde auch im Einklang mit Nummer 8 b des Beschlusses des Ministerrates der UdSSR Nummer 433 vom 10. Mai 1984.

Eine entsprechende Regelung besteht offenkundig bereits seit Mitte Juli 1985 für Staatsangehörge von Sri Lanka.

Praktische Schwierigkeiten mit einer solchen Regelung dürften sich für die Aeroflot nicht ergeben, da die Einreisevoraussetzungen *für die westeuropäischen* Staaten aus dem von 14 IATA-Mitgliedsfluggesellschaften herausgegebenen Travel Information Manual (TIM) ersichtlich sind. Dieses *Handbuch* gehört zum täglichen Handwerkszeug aller internationalen Fluggesellschaften.

Ich bin sicher, daß Sie die besondere Bedeutung dieser Frage für die Bundesrepublik Deutschland Ihren sowjetischen Gesprächspartnern verdeutlichen und mit Nachdruck darauf hinweisen werden, wie entscheidend dies für die bilateralen Beziehungen ist.

Ich wäre dankbar, wenn Sie mich über das Ergebnis Ihrer Gespräche unterrichten würden.

In Berlin wächst der „Volkszorn" gegen die Flut von Asylbewerbern

Krawalle vor Zeltlager / Ausländerbeauftragte fordert „politische Diskussionen"

DIETER DOSE, Berlin

Nach schweren Ausschreitungen vor einem Asylantenlager hat die Berliner Ausländerbeauftragte Barbara John (CDU) vor „feindseligen Stimmungen" gegenüber den Ausländern gewarnt. „Volkszorn" sei völlig unangebracht, erforderlich in der schwierigen Situation sei die „politische Diskussion".

Heute wird der Berliner Senat über die erforderlichen Maßnahmen beraten, um der sich zuspitzenden *Situation* Herr zu werden. Man befürchtet weitere Demonstrationen gegen die Asylbewerber. Die Möglichkeiten zur Unterbringung sind so gut wie erschöpft.

Bis Montag war die Zahl der in Berlin im Juli eingetroffenen Asylbewerber auf rund 4500 gestiegen. „Wir stehen vor der Notwendigkeit, noch einmal *Quartiere zu schaffen*", sagt Sozialsenator Ulf Fink (CDU). Eine weitere Turnhalle und ein ehemaliges Arbeitswohnheim sind als Unterkünfte vorgesehen. Sogar die Nutzung *eines derzeit leerstehenden* ehemaligen Verwaltungsgebäudes der AEG im Bezirk Wilmersdorf wird erwogen.

Besorgnis bei Behörden

Senator Fink weist Vorwürfe, seine Behörde sei nicht auf die entstandene Situation vorbereitet gewesen, zurück. Die kritische Lage sei nicht allein durch den ständigen Zustrom entstanden, sondern auch dadurch, daß 70 Prozent der Asylbewerber nach der Ablehnung des Antrages in der Bundesrepublik verbleiben und nicht abgeschoben werden.

Mit Besorgnis registrieren die Berliner Behörden Berichte, daß der Strom von Iranern, die das Land verlassen und auf dem Weg in Richtung Türkei sind, unvermindert anhält. Fast alle ankommenden Asylbewerber sprechen von Zehntausenden Landsleuten, die in die Türkei wollen oder schon dort sind. „Abgelehnte Asylanten müssen schnellstens zurückgeschickt werden, damit sich in ihren Heimatländern herumspricht, daß es sich nicht lohnt, Geld für einen Flug nach Ost-Berlin auszugeben", fordert Barbara John.

Schwere Krawalle, an *denen* die Asylanten unbeteiligt waren, gab es Sonntag abend im Bezirk Neukölln. Dort sind auf einem Sportplatz (WELT vom 21. 7.) 120 Ausländer, zum größten Teil Iraner, in einem Zelt untergebracht. Darunter schwangere Frauen und Kinder.

Eine Bürgerinitiative „Demokratie und Identität", die der rechten Szene zugerechnet wird, wiegelte die Anwohner auf und protestierte mit Flugblättern und Sprechchören („Wir fordern Volksentscheid") vor dem Tor des Sportplatzes.

Linke Gruppen, kurz danach eingetroffen, und die Angehörigen der „Bürgerinitiative" gerieten aneinander. Beim Versuch, die beiden Gruppen zu trennen, entwickelte sich eine Massenschlägerei. Rund 100 Personen waren daran beteiligt. Die Polizei ging mit Schlagstöcken gegen die Demonstranten vor. Ein Beamter wurde schwer, zwei weitere leicht verletzt.

Bereits in der Nacht zum Sonntag hatten Unbekannte versucht, das Zelt durch Leuchtraketen in Brand zu setzen. Diese trafen jedoch *nicht. Der* Sportplatz mit dem Asylanten-Zelt steht jetzt unter Polizeischutz. Auch die Anwohner nehmen ständig eine drohende Haltung gegen die Asylanten ein. Augenzeugen berichten, daß die Asylgegner, darunter Skinheads, mit Stahlstangen und Baseballschlägern ausgerüstet waren.

Mit Aeroflot via Moskau

„Wir wollen nach Schweden und waren ganz erstaunt, daß wir plötzlich in Ost-Berlin landeten", haben Iraner bei der Polizei berichtet. Sie flogen von Istanbul nach Sofia und von dort zum Ostberliner Flughafen Schönefeld. „Landsleute", offensicht*lich professionelle* Schlepper, hätten ihnen in der Türkei versichert, daß ihre Flugtickets bis Stockholm gültig seien.

Ihnen war nicht bekannt, daß Schweden und Dänemark ohne Sichtvermerk keine Einreise gestatten und von den „DDR"-Behörden schon die Weiterreise in Richtung Stockholm und Kopenhagen verhindert wird.

Allerdings sind das Ausnahmen. Die meisten Asylbewerber wissen, daß der Weg über die „DDR" ausschließlich nach West-Berlin führt. Ein großer Teil der asiatischen Asylbewerber kommt über Moskau mit Maschinen der sowjetischen Fluggesellschaft Aeroflot nach West-Berlin.

Achteinhalb Jahre für Rotsch

Gericht stuft KGB-Agenten als „denkbar schwersten Fall" ein

PETER SCHMALZ, München

Er war nach Ansicht der Bundesanwälte der sowjetische Agent mit den meisten Dienstjahren, gestern wurde gegen ihn im Saal 208 des Bayerischen Oberlandesgerichts in München das Urteil verkündet: Wegen geheimdienstlicher Tätigkeit und Verletzung einer besonderen Geheimhaltungspflicht erhielt der ehemalige Abteilungsleiter des Luft- und Raumfahrtunternehmens Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB), der KGB-Spion Manfred Rotsch, achteinhalb Jahre Freiheitsentzug. Die Bürgerrechte werden ihm für fünf Jahre entzogen, 18 000 Mark seines Agentenlohns werden eingezogen.

Der 62jährige Angeklagte, zuckerkrank und nur bedingt verhandlungsfähig, verfolgte die halbstündige Urteilsbegründung stumm mit gesenktem Kopf. In seinem Schlußwort hatte er noch unter Tränen gesagt: „Ich bereue, was ich getan habe, mein Leben ist zerstört." Das Geständnis und die Schuldeinsicht haben das Gericht bewogen, die Höchststrafe von zehn Jahren – wie sie der Vertreter der Generalbundesanwaltschaft, Oberstaatsanwalt Ekkehard Schulz, gefordert hatte – „nicht unwesentlich" zu unterschreiten. Auch der Umstand, daß er seine Lebensgrundlage verloren hat, und die Art und Weise seiner Anwerbung durch den KGB, als er 1953 aus der „DDR" in den Westen übersiedeln wollte, seien ihm zugute zu halten, meinte der Vorsitzende Richter Werner Biebl.

Dennoch stufte das Gericht den Ost-Agenten als „denkbar schwersten Fall" ein: Rotsch, der gebrechlich und labil wirkt, sei der Verpflichtung, für den sowjetischen Geheimdienst zu arbeiten, 30 Jahre nachgegangen. Nach seiner nachrichtlichen Ausbildung sei er bereits ein fertiger Agent gewesen, bevor er 1954 in die Bundesrepublik kam. Die über drei Monate dauernde Verhandlung mit mehr als 30 Zeugen brachte ein ziemlich klares Bild seiner Spionagetätigkeit. Unter seinem Decknamen „Emil" hatte Rotsch Briefe an Deckadressen geschickt, in „toten Briefkästen" abgelegt und bei mindestens einem halben Hundert Treffs übergeben. Das Material war zum Teil sehr umfangreich, so übergab er allein über das Weltraum-Labor Spacelab 18 bis 20 Filme mit je 36 Aufnahmen.

Seine Agentenarbeit konzentrierte sich auf drei Gebiete: die Raumfahrt, den Tornado (hier hatte er Zugang zu den Unterlagen über die Wingbox, von Sachverständigen als Herzstück des Mehrzweckkampfflugzeuges bezeichnet) und unbemannte Raumkörper, die der Verteidigung der 90er Jahre dienen sollen.

Er war dem KGB kein „ganz unwichtiger" Agent, meinte das Gericht, wenngleich sein Lohn von 25 000 Mark in 30 Jahren „nicht gerade hoch" war. Aber der KGB zahle schlecht und ersetze dies durch besondere Freundlichkeit: „Er versucht dem Agenten das Gefühl einer besonderen Bedeutung zu geben." Daß davon nur 18 000 Mark eingezogen werden, hat einen fiskalischen Grund: Spion Rotsch muß für seinen bislang unversteuerten Agentenlohn 7000 Mark Steuern nachzahlen. Sein Verteidiger erwägt, Revision einzulegen.

RCDS-Appell an Politiker

Studenten fordern „Einstellungs-Korridore" für Lehrer

PAUL F. REITZE, Bonn

Der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS) hat an Bund und Länder appelliert, der Akademiker-Arbeitslosigkeit gegenzusteuern. Der Bundesvorsitzende des RCDS, Christoph Brand, erklärte in Bonn, es gebe zwar zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte keine Alternative, jedoch sei eine größere Flexibilität vonnöten.

Der RCDS plädiert für eine Vorruhestandsregelung im öffentlichen Dienst, um den Ersatzbedarf an Stellen zu erhöhen. Bei Lehrern sollen in allen Bundesländern „Einstellungskorridore" offengehalten werden, um wenigstens den Besten eine Chance bieten und der drohenden Überalterung der Kollegien vorbeugen zu können. Unzufrieden ist der RCDS damit, daß die derzeitige Regelung Lehramtsstudenten förmlich in das Referendariat „hineindrängt", obwohl die Aussichten auf Beschäftigung im Schuldienst fast Null seien.

Hier sei „häufig eine vollständige berufliche Neuorientierung erforderlich", meinte Brand. Das Referendariat werde indes vielfach „einem Umschulungskurs vorgezogen, weil mit ihm eine mäßige Besoldung einhergeht, während beim Besuch von Lehrgängen, die zu einem Beruf mit größeren Beschäftigungschancen qualifizieren, der Lebensunterhalt nicht gesichert ist". Der RCDS empfiehlt, Einsparungen bei der Referendarausbildung gegen Zuschüsse zum Lebensunterhalt während der Umschulung zu verrechnen.

In der Gruppe der Berufsanfänger unter den Akademikern wurden Ende September 1985 (die neuesten Zahlen) rund 25 000 Arbeitslosenmeldungen registriert, rund 3000 weniger als 1984. Inwieweit sich hier ein etwas positiverer Trend abzeichnet, ist strittig, da mit der Meldung beim Arbeitsamt keine sozialen Vorteile verbunden sind. Statt sich registrieren zu lassen, ziehen es daher viele vor, einige weitere Semester an der Hochschule zu bleiben, um im Genuß der dortigen Vergünstigungen bleiben zu können. Die Gesamtzahl der arbeitslosen Akademiker weist steil nach oben. Von 1973 bis 1985 wuchs sie von 5500 auf 117 600. Weit überdurchschnittlich sind Frauen betroffen, was nur teilweise damit zu erklären ist, daß viele von ihnen Lehrerinnen werden wollten.

Ende September 1985 waren über 30 000 arbeitslose Lehramtskandidaten gemeldet. An zweiter Stelle in der Statistik standen die Ingenieure (ein*schließlich Architekten und Bauingenieuren*); sie stellten mehr als 19 000 Arbeitslose. In den akademischen Heilberufen (Ärzte, Apotheker) fanden 5700 kein Unterkommen mehr.

Der Anteil der Akademiker unter den Erwerbstätigen wuchs zwischen 1970 und 1982 von 5,2 auf 8,6 Prozent. Im öffentlichen Dienst liegt diese Quote bei 21,9 Prozent, in der Privatwirtschaft hingegen bei nur 4,6 Prozent. Nach Berechnungen der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung werden bis zum Jahr 2000 voraussichtlich 2,6 Millionen Jungakademiker sich um maximal eine Million Stellen bewerben.

Von ‚Partnern' im Osten ist kaum mehr die Rede

Von GEORG BAUER

Das Schreiben der Ständigen Vertretung der „DDR" in Bonn muß den Oberbürgermeister der Stadt Marburg, Hanno Drechsler, sehr ernüchtert haben. In wenigen Worten ließ Ost-Berlin das kommunale Oberhaupt wissen, daß man derzeit an einer Städtepartnerschaft zwischen Marburg und Eisenach nicht interessiert ist. Vor dem Hintergrund der Beziehungen zwischen Bonn und Ost-Berlin, so *las* Drechsler in der Absage, fehlten noch „die erforderlichen Voraussetzungen, um in breitem Rahmen Städtepartnerschaften herzustellen und zu pflegen". *Mögliche* Aufnahmen einzelner Kontakte seien eine Ausnahme.

Euphorie geschwunden

Das Nein aus Ost-Berlin wird nicht nur den Oberbürgermeister Marburgs auf den Boden der Realität zurückgeholt haben. Auch die Euphorie bei *anderen kommunalen* Vertretern der Bundesrepublik, die nach dem Abschluß des Vertrages zwischen Eisenhüttenstadt und Saarlouis das Tor für weitere Ab*kommen schon weit geöffnet* wähnten, ist nun der Ernüchterung gewichen.

Bei dem Bemühen um Kontakte zu Kommunen im kommunisti*schen Herrschaftsbereich* werden sich die Kommunalpolitiker vor allem mit drei Erkenntnissen auseinandersetzen müssen. Zum einen ist es die Tatsache, daß im Gegensatz *zum Prinzip der kommunalen* Selbstverwaltung der Bundesrepublik Partnerschaften zwischen Kommunen in den Staaten des Ostblocks zentral gelenkt und von staatlichen Entscheidungsgremien bestimmt werden. Zum andern ist es der Versuch, kommunale Übereinkünfte politisch zu mißbrauchen und sie auf den Austausch offizieller Delegationen zu beschränken.

Diese Bestrebungen zum Mißbrauch kommunaler Absprachen werden besonders in der Politik der Sowjetunion deutlich, die sich in einem Beschluß des Obersten Sowjet im November vergangenen Jahres für eine verstärkte Förderung der Partnerschaften ausgesprochen hat. Im Vordergrund stehen dabei eindeutig die sowjetischen Sicherheitsinteressen und das Bemühen, Rechtspositionen zu verwässern. Von besonderer Brisanz sind dabei Kontakte zu Kommunen im Baltikum, dessen Annektion durch die Sowjetunion Bonn bis heute nicht anerkannt hat. Das Auswärtige Amt hat daher den Städten in der Bundesrepublik empfohlen, Formulierungen mit nationalen Bezügen in Prokollen und Vereinbarungen, um deren Einbau sich die Sowjetunion immer wieder bemüht, abzulehnen und statt dessen Texte zu verfassen, die sich auf den direkten Kontakt zwischen den Städten beschränken.

Zur Zeit unterhalten 15 Städte, darunter Saarbrücken, Hagen, Duisburg, Oberhausen, Bremen, Hamburg, Kiel, Münster und München Kontakte zu Kommunen in der UdSSR. Übereinkünfte sind dabei unterschiedlicher Natur. So schloß Saarbrücken einen formalen Partnerschaftsvertrag mit Tiblissi, während Bremen ein Rahmenabkommen mit Riga einging. Lockere Absprachen hingegen halten Hamburg und Leningrad, Dortmund und Rostow am Don oder Mainz und Baku.

Hintergrund der unterschiedlichen Kontakte ist ein Eklat aus dem Jahre 1975. Damals verweigerten sowjetische Gäste des Deutschen *Städtetages trotz eines vorher* abgesprochenen Besuchsprogramms eine Visite in Berlin. Unter Vorsitz des damaligen Bremer Bürgermeisters Hans Koschnick beschloß seinerzeit das Präsidium des Deutschen Städtetages aus Solidarität mit der Stadt Berlin, die Aufnahme neuer formilisierter Partnerschaften mit sowjetischen Städten zurückzustellen.

Bürgernähe unerwünscht

Wie die Erfahrungen in der Vergangenheit gezeigt haben, stößt neben dem Berlin-Komplex auch das Bemühen deutscher Kommunen auf Abschluß von Verträgen auf der Basis von Bürgernähe und Gegenseitigkeit auf große Probleme.

Als problematisch haben sich in der Vergangenheit auch die kommunalen Verbindungen zwischen deutschen und polnischen Städten erwiesen, von denen zur Zeit fünf existieren (Bremen–Danzig; Göttingen–Thorn; Nürnberg–Krakau; Hannover–Posen und Kiel–Gdingen). Obwohl sich die Vertreter positiv über den Charakter der Partnerschaft geäußert haben, beschränken sie sich bisher weitestgehend auf das Stadium offizieller Begegnungen.

Saar-CDU klagt gegen Schulreform

Opposition hält Novelle von Kultusminister Breitenbach für verfassungswidrig

ULRICH REITZ, Saarbrücken

„Schlampig vorbereitet, dilettantisch durchgeführt und hektisch verabschiedet" – die Saar-CDU geht mit der Schulreform von Kultusminister Breitenbach (SPD) hart ins Gericht und – gemeinsam mit der FDP, auch vor Gericht. Die Schulrechtsnovelle, mit der Gesamtschulen den bisherigen Regelschulen gleichgestellt werden sollen, ist nicht mit der Landesverfassung in Einklang zu bringen, glaubt die Opposition.

„Schulsterben" befürchtet

CDU und FDP werden „noch vor Schulbeginn", und das ist schon in zwei Wochen, ein Normenkontrollverfahren vor dem Landesverfassungsgerichtshof anstrengen. Für die CDU, die als größte Oppositionspartei bei der Klage federführend ist, hat Professor Wimmer, der frühere Vorsitzende der Schulrechtskommission des Deutschen Juristentages, ein Gutachten angefertigt, auf das sich die Klageschrift stützt.

Das wichtigste Ergebnis des Wimmer-Gutachtens: Ohne eine Änderung der Landesverfassung dürfen Gesamtschulen gar nicht eingeführt werden. Das Wort „Gesamtschule" kommt in der Landesverfassung nicht vor. Dem Argument der Landesregierung, dies sei nur deshalb nicht der Fall, weil man damals nicht wußte, daß andere Schulformen einmal eine Rolle spielen könnten, begegnet das Gutachten mit dem Hinweis auf gescheiterte Anstrengungen der SPD, die Gesamtschulen expressiv verbis in der Verfassung zu verankern. Ein entsprechender SPD-Antrag *scheiterte 1969 an der CDU-*Mehrheit. Schon 1969 wurde mithin, so die CDU, „abschließend" darüber entschieden, daß nur das gegliederte Schulwesen Rechtens ist.

Das Wimmer-Gutachten *kommt* zu dem Ergebnis, daß die Breitenbach-Novelle noch in einem anderen Punkt gegen die starke Bestandssicherung des dreigliedrigen Schulwesens in der Verfassung verstößt. Das Gesetz, das die Landesregierung noch kurz vor der Sommerpause mit einer Stimme Mehrheit verabschiedete, verhindere nicht, daß das dreigliedrige Schulwesen nach und nach zugunsten von Gesamtschulen verschwinde. Denn der Kultusminister hat in sein Gesetz Schülerzahlen geschrieben, die, wenn sie unterschritten werden, zur Schließung von Schulen führen. Die Opposition sieht hierin einen Hebel, der es Breitenbach ermöglicht, „schleichend" eine „herkömmliche" Schule nach der anderen durch Gesamtschulen zu ersetzen. Die Opposition spricht schon jetzt von „Schulsterben". Zum neuen Schuljahr werden in einem ersten Schritt 26 der rund 470 allgemeinbildenden Schulen im Saarland geschlossen. Es wird fünf neue Gesamtschulen geben.

Schwer wiegt auch der Vorwurf gegen den SPD-Minister, die Regelung durch die Landesregierung genüge nicht *dem „Parlamentsvorbehalt"*. Bei einem Schritt, der die Schullandschaft an der Saar von Grund auf verändert, muß das Parlament, so die CDU, über die Grundstrukturen der *„neuen"* Schule *unterrichtet* sein. Doch bis heute wissen weder die Parlamentarier noch die besorgten Eltern, was ihre Kinder im neuen Schuljahr erwartet. *Es sei weder bekannt,* was unter der von Breitenbach propagierten „Gesamtschule der zweiten Generation", noch unter dem „Team-Kleingruppen-Modell", das die Rolle der Schüler im Unterricht zu Lasten der des Lehrers verstärkt, letztendlich zu verstehen sei.

Diese Entscheidung scheint auch der Minister noch nicht getroffen zu haben. Denn er hat sich eine Verordnungsermächtigung erteilen lassen – „Näheres wird noch geregelt" – die es ihm selbst ermöglicht, die Konzeption seiner Gesamtschule noch bekanntzugeben. Doch eine entsprechende Verordnung gibt es nicht.

Aus den vorgebrachten Vorwürfen ergibt sich, so lautet ein weiterer Einwand, daß das Recht der Eltern „verletzt" wurde. Für die CDU, die sich als „Partei der Eltern" versteht, unter wahltaktischen Gesichtspunkten ein wichtiger Aspekt.

Paradoxe Situation

Die Eltern müssen den Bildungsweg ihrer Kinder frei wählen dürfen. Das sei jedoch nicht mehr der Fall, wenn Schulen auf „schleichendem" Weg verschwinden könnten. „Der Staat muß sich von jeder Bewirtschaftung des Begabungspotentials freihalten", heißt es im Gutachten Wimmers. *Ein Satz, der übrigens* auch für die Gesamtschulen gilt: Denn sollten sich nicht genügend „Gesamtschüler" finden, müßten auch diese Schulen geschlossen werden. *Und so ergibt sich die paradoxe* Situation, daß die Opposition für eine Schule klagen muß, die sie gar nicht will.

„Erhebliche Irritationen"

Wallmann von Gesprächen in Paris, London und Washington zurück

E.N. Bonn

Anläßlich der Konferenz über Reaktorsicherheit vom 24. bis 26. September dieses Jahres in Wien erwartet Bundesminister für Umweltschutz, Naturschutz und Reaktorsicherheit, der frühere Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann, außer Abkommen zur Informationspflicht und wechselseitiger Hilfeleistung auch eine internationale Resolution über Sicherheitsmaßnahmen. Das sagte Wallmann gestern vor der Presse in Bonn nach Abschluß seiner Reisen nach London, Paris und Washington.

Kein Verzicht auf Kernkraft

Während politische Kreise in Bonn beanstandeten, daß die UdSSR die Wiener Konferenz in eine solche ohne Beschlüsse, jedoch mit Berichten über Reaktorenstörfälle der letzten 20 Jahre umfunktionieren wollten, betonte Wallmann, daß man seiner Ansicht nach schon durch die Unterstützung der USA, Großbritanniens und Frankreichs zu einem Beschluß kommen müsse, mit dem eine „Internationalisierung" von Problemen bei Kernenergieanlagen zugunsten nationaler Verantwortlichkeit ausgeschlossen werden müsse. Seine Gespräche mit Politikern in den drei Ländern hätten ihn zudem in der Überzeugung bestärkt, daß man nirgendwo die Möglichkeit sehe, schnell auf Kernenergie zu verzichten.

Zu den „erheblichen Irritationen", *die er bei seinen Gesprächen in* Paris zunächst ausgemacht habe, habe zum einen die dort vorhandene Annahme gehört, daß nicht ein Bundesland (das Saarland), sondern die Bundesrepublik Deutschland wegen des Kernkraftwerks Cattenom in Lothringen vor dem Europäischen Verwaltungsgerichtshof in Straßburg Klage erhebe. Außerdem könnten die Franzosen nicht verstehen, daß zehn Jahre hindurch die Deutschen in allen einschlägigen Kommissionen den Ausbau des Reaktors zustimmend begleitet hätten, und jetzt Einspruch erhöben.

Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland, so Wallmann, werden vor Inbetriebnahme von Cattenom einen gemeinsamen Sicherheitsbericht vorlegen, der „bis zum Herbst" von der deutschen Reaktorsicherheits-Kommission und der ihr entsprechenden französischen „Commission Permanente" ausgearbeitet werden würde. Diese „nochmalige abschließende Bewertung" solle auch die französische Zusage verbindlich machen, daß die radioaktive Bela*stung der Mosel durch Cattenom* nicht 60 Curie pro Jahr, wie laut Abkommen möglich, sondern nur zwölf Curie (für jeden Meiler drei) betragen werde.

Zusage Frankreichs

Im Bereich des allgemeinen Umweltschutzes hat Wallmann von den Franzosen die Zusicherung erhalten, daß tatsächlich ab 1. Januar 1987 die aus den französischen Kalibergwerken stammende Salzfracht für den Rhein um 20 Kilo pro Sekunde abgebaut werde – ohne daß bisher erkennbar ist, wie das technisch bewerkstelligt werden soll.

„Eine dubiose Sonderbeziehung"

UR. Saarbrücken

Die saarländische CDU hat die SPD-Landesregierung mit Blick auf die beabsichtigte Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen dem Saarländischen Landtag und dem Bezirkstag von Cottbus zur „Zurückhaltung" aufgefordert. CDU-Fraktionschef Günther Schwarz verwies darauf, daß nach dem Verfassungsschutzbericht 1985 des Bundes der SED-Bezirksleitung Cottbus die Westarbeit und die Betreuung der DKP im Saarland als „Patenbezirk" zugeteilt sei. Schwarz: „Wir sind gegen eine Sonderbeziehung auf dieser dubiosen Grundlage".

München will mehr Wohngeld

dpa, München

Der Oberbürgermeister von München, Georg Kronawitter (SPD), hat von der Bundesregierung die Einführung einer sechsten Stufe des Wohngeldes eigens für München gefordert. Die Mietpreise in der bayerischen Landeshauptstadt lägen 35 Prozent höher als das Niveau der Mieten im Bundesdurchschnitt. Nach wie vor sei preiswerter Wohnraum in München knapp. Die Stadt werde preiswerten Wohnungsbestand „wo immer möglich und *vertretbar*" ankaufen und die Zweckentfremdungsverordnung strikt anwenden, kündigte Kronawitter vor der Presse an.

Mit „Lavie" verbinden sich Hoffnungen

lav. Tel Aviv

Unter Jubel und Freude vor 2000 geladenen Gästen, darunter fast das ganze Establishment, sowie die Präsidenten der größten Flugzeugfabriken der USA, rollten die Israelis gestern Abend den Prototyp ihres neuen Kampfflugzeuges „Lavie" aus dem Hangar. Operative Daten des Flugzeugs, das für die 90er Jahre gedacht ist, sind noch geheim. Doch der Befehlshaber der Luftwaffe, General Amos Lapidot, sagte: „Dieser Vogel ist für uns maßgeschneidert. Kein amerikanisches Flugzeug vereinigt alle diese Vorteile in sich". Ministerpräsident Shimon Peres bekannte voll Stolz: „Ein Produkt israelischen Geistes und Könnens". Trotz alledem ist es noch nicht sicher, ob der Lavie (hebräisch für „junger Löwe") tatsächlich fliegen wird. Denn auch der Geist kann keine leeren Kassen füllen. Die USA, die den Großteil des israelischen Verteidigungshaushalts decken, behaupten, die Israelis hätten die Produktionskosten unterschätzt und jetzt nicht mehr genug Gelder für andere Rüstungszwecke. Der Ankauf schon in Serienerzeugung befindlicher amerikanischer Flugzeuge käme viel billiger.

Als die Regierung im Jahre 1980 auf Betreiben des damaligen Verteidigungsministers Weizman die Entwicklung des Lavie genehmigte, handelte es sich noch um ein viel kleineres Modell. Ein Jahr darauf regte die Luftwaffe eine Vergrößerung der Maßtäbe an und verlangte auch ein erheblich stärkeres Triebwerk. Begin stimmte zu, und seither gibt es finanzielle Schwierigkeiten mit dem Lavie. Statt der geplanten Gesamtproduktion von 450 Exemplaren wurde der Plan auf 300 gesenkt, wodurch sich der vorgesehene Stückpreis von 16 Millionen Dollar auf 22 Millionen erhöhte. Die auf 2,1 Milliarden Dollar veranschlagte Entwicklung wird schätzungsweise auf 2,6 Milliarden zu stehen kommen. Die Regierung ist dennoch entschlossen, das Projekt fortzusetzen. Der Grund: Eine eigene Flugzeugproduktion macht Israel von weltpolitischen Schwankungen mindestens zum Teil unabhängig. Und: Das Entwicklungsprogramm, in das bisher 1,2 Milliarden Dollar gesteckt worden sind, hat eine Hi-Tech-Infrastruktur von ungeheurem Wert für die zivile Technologie. (SAD)

Wie die Schweiz die Asylantenflut bremste

Ein Drittel weniger / Verschärfte Bestimmungen, abschreckende Maßnahmen / Rauhes Klima für „falsche" Flüchtlinge

ALFRED ZÄNKER, Genf

Während der Asylantenzustrom in der Bundesrepublik wieder anschwillt, scheint die Schweiz ihr Flüchtlingsproblem durch eine straffere Zulassungspraxis in den Griff zu bekommen. Die Zahl der Asyl-Bewerber ist inzwischen erheblich gesunken, die Debatte über die Flüchtlingspolitik hat sich entschärft. Für die ersten sechs Monate 1986 werden nur noch 2500 neue Asylanträge gemeldet, rund ein Drittel weniger als im Vorjahr. Es kommen vor allem weniger Türken, Asiaten, Afrikaner und Chilenen. Die Anerkennungsquote in der ersten Instanz liegt jetzt bei nur 13 Prozent verglichen mit noch rund 80 Prozent zu Beginn der 80er Jahre. Viele Gesuche sind zurückgezogen worden. Insgesamt leben bereits rund 32 000 anerkannte Flüchtlinge in der Schweiz. Dazu kommen 19 000 Bewerber, die auf einen Entscheid warten oder bereits abgewiesen wurden, aber noch nicht zurückgekehrt sind.

„Boot noch nicht voll"

Als traditionelles Asylland steht die Schweiz vor einem Dilemma. Humanitäre Erwägungen müssen gegen den zunehmenden Mißbrauch des Asylrechts abgewogen werden. Politisch Verfolgte, die in ihrer Heimat an Leib und Leben bedroht werden, sind nach wie vor willkommen, heißt es in Bern. Für sie ist „das Boot noch lange nicht voll". Aber sie sind nur eine kleine Minderheit.

Etwa 80 bis 90 Prozent aller Bewerber gehören nicht in diese Kategorie, sondern kommen aus wirtschaftlichen oder persönlichen Gründen und oft mit Hilfe von Schlepperorganisationen. Sie hoffen hier bessere Lebensbedingungen zu finden. Auch eine großzügige Sozialfürsorge läßt die Schweiz in den Augen vieler Flüchtlinge verlockend erscheinen.

Es geht darum, die „echten" von den „falschen" Flüchtlingen zu trennen und die Schweizer Asylpolitik durch eine konsequente Praxis wieder „glaubwürdig" zu machen, erklärt die für Flüchtlingsfragen zuständige Bundesrätin Elisabeth Kopp, die das Schweizer Justiz- und Polizeidepartement leitet. In Asylantenkreisen und bei den „Schleppern" hat sich bereits herumgesprochen, daß das Klima für „falsche" Flüchtlinge in der Schweiz härter wird. Abschreckend wirkt auch die Androhung des Lagerzwangs.

„So wie europäische Staaten mit verschiedenen Abschreckungsmethoden versuchen Flüchtlingsströme abzulenken, so läuft offenbar auch auf nationaler Ebene zwischen den Kantonen ein erfolgreicher Abschreckungswettbewerb", schreibt ein Züricher Blatt. Innerhalb der Kantone wieder suchen die lokalen Behörden ihre Gemeinden für Asylanten so wenig attraktiv wie möglich zu machen.

Besondere Probleme schaffen die über 5000 Tamilen aus Sri Lanka. Sie sind mit wenigen Ausnahmen keine politischen Flüchtlinge im Sinne des Asylgesetzes und stoßen auch bei großen Teilen der Bevölkerung auf Ablehnung. Dazu hat beigetragen, daß straff organisierte Gruppen tamilischer Asylanten in Bern, Basel und Genf einen umfangreichen Rauschgifthandel entwickelt hatten. Den Stoff erhielten sie zum Teil auf dem Postwege oder durch Kuriere aus Indien und Pakistan. Inzwischen sind zahlreiche Verhaftungen und Verurteilungen erfolgt.

Thuner Asylantenbatzen

In Thun haben die örtlichen Behörden für die Tamilen ein besonderes Blechgeld, im Volksmund „Thuner Asylantenbatzen" genannt, eingeführt, um Mißbräuche bei der Verwendung von Fürsorgegeldern zu verhindern. Bundesrätin Kopp bezeichnet diesen Schritt, der nach Ansicht einiger Kritiker gegen die Menschenwürde verstoße, als eine zweckdienliche, angemessene Maßnahme.

Inzwischen ist der Tamilenstrom auf ein Drittel des Vorjahres geschrumpft. Wegen der zunehmenden Gewalttätigkeit in Sri Lanka will Bern zunächst auf massive Ausweisungen verzichten, bis sich die Lage entspannt hat. Bewerber aus „sicheren Regionen" werden dagegen zurückgeschickt. Schweizer Experten befinden sich in Sri Lanka, um die Wiedereingliederung dieser Heimkehrer vorzubereiten. Drogenhänder finden keine Gnade. Sie werden grundsätzlich innerhalb von 40 Tagen und spätestens bei Haftentlassung abgeschoben.

Im Spätherbst soll die Bundesregierung durch eine weitere Verschärfung des Asylgesetzes ermächtigt werden, notfalls auch in Kriegszeiten rigorose Maßnahmen zu ergreifen, um die Asylantenflut abzuwehren. Asylanträge könnten nach dem neuen Gesetz bei der ersten Prüfung abgelehnt werden, um das Verfahren zu beschleunigen. Asylsucher sollen auch nur noch an bestimmten „Grenztoren" einreisen, um Schlepperorganisationen das Handwerk zu legen.

Widerstand gegen die straffe Asylpolitik kommt vor allem aus kirchlichen und gewerkschaftlichen Kreisen und von der politischen Linken. Bei der großen Mehrheit der Bürger dagegen kann Bern auf volle Unterstützung rechnen. Die jüngste Entwicklung in Berlin hat die Schweizer Behörden eher noch in ihrer Auffassung bestärkt, daß es jetzt darauf ankommt, konsequent und glaubwürdig zu handeln, um einer neuen Asylantenwelle vorzubeugen.

Modais Rücktritt verhindert vorerst Peres' große Krise

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Um nicht von Ministerpräsident Shimon Peres (Arbeiterpartei) entlassen zu werden, hat der israelische Justizminister Itzhak Modai, der der Liberalen Gruppe der rechtsnationalen Likud-Fraktion angehört, am Montag seinen Rücktritt erklärt. Er vermied durch dieses „Opfer" gleichzeitig eine größere Regierungskrise – und eine Gefährdung der in drei Monaten fälligen „Rotation", des Wechsels im Amt des Regierungschefs von Peres auf Likud-Chef Shamir. Der Regierungschef hatte die Entlassung Modais beschlossen, weil dieser eine kritische Bemerkung über Peres' Fähigkeiten gemacht hatte, die er (Peres) als unerträglich empfand. Modais Entschuldigung, so Peres, sei unzulänglich gewesen.

In seiner Rücktrittserklärung vor der Presse zeigte sich Modai verbittert. Seine Bemerkung („Peres ist soweit von der Justiz entfernt wie von der Volkswirtschaft") sei kein Grund für eine Entlassung gewesen. Er deutete an, was die meisten politischen Beobachter schon offen sagen: Der Grund für die geplante Entlassung sei Peres' Bemühen, eine Regierungskrise zu entfachen und damit die „Rotation" zu sabotieren. Die Rotation ist im Koalitionsvertrag zwischen den beiden Großparteien – der Arbeiterpartei unter Ministerpräsident Peres und dem rechtsnationalen Likud unter Außenminister Shamir – vorgesehen. Zur Halbzeit der vierjährigen Legislaturperiode sollen der Regierungschef und der Außenminister ihre Ämter tauschen. Das heißt, daß Peres Mitte Oktober Außenminister und Shamir Ministerpräsident wird und es bis zu den nächsten Wahlen im Herbst 1986 so bleibt. Diesen Vorteil will sich der Likud nicht entgehen lassen. Die Arbeiterpartei drängt Peres aber seit Beginn dieses Jahres dazu, den Likud zum Verlassen der Regierung zu provozieren, denn ein Ausscheiden des Likud würde der Arbeiterpartei in die Hände spielen.

In gewissem Sinne hat die jetzige Entwicklung der Dinge dem Likud jedoch einen gewissen Nutzen gebracht. Denn Peres' Begründung für die Entlassung Modais klang so fadenscheinig, daß sie jedermann nur als der Vorwand zur künstlichen Schaffung einer Regierungskrise erscheint. Ferner hat sich Peres als wortbrüchig erwiesen. Denn der Koalitionsvertrag schreibt vor, daß er zur Entlassung eines Likud-Ministers das Einverständnis Shamirs hätte einholen müssen. Dies wurde ihm von Shamir ausdrücklich versagt.

Vor allem jedoch wollte Peres beweisen, daß er der starke Mann in dieser Regierung ist und den Likud zurechtweisen kann. Das ist ihm durch Modais Rücktritt mißlungen. Im nächsten Wahlkampf wird darüber noch viel zu hören sein. Aber noch ist nicht aller Tage Abend in Israel. Und bis zum „Rotations"-Termin sind gewiß noch einige Regierungskrisen möglich. Übrigens: Nicht wenige Beobachter rechnen fest damit, daß Modai in drei Monaten, nach der Rotation, wieder als Minister in das dann von Shamir geführte Kabinett geholt wird. (SAD)

Muslimrebellen zeigen Manila ihre Schlagkraft

Entführungen im Krisengebiet Mindanao / Propagandacoup

JOCHEN HEHN, Hongkong

Der sich mit der wirtschaftlichen Notlage, der Marcos-loyalen Opposition und der kommunistischen Guerrilla herumschlagenden philippinischen Regierung ist in der vergangenen Woche auf spektakuläre Weise vor Augen geführt worden, daß ihr ohnehin auf schwankendem Boden stehendes politisches Programm der „nationalen Versöhnung" noch durch einen weiteren Unruheherd gefährdet ist.

Vier Millionen Moros

Die Entführung von zehn Nonnen aus einem Karmeliterinnen-Kloster bei Mawari auf der südphilippinischen Insel Mindanao lenkte ebenso wie die Verschleppung von zwei Ausländern, einem amerikanischen Missionar und einem Schweizer Staatsbürger, die Aufmerksamkeit der Regierung im 800 Kilometer fernen Manila auf die größte ethnische Minderheit des Landes: die vier Millionen „Moros", die seit mehr als 15 Jahren erbittert um ihre Unabhängigkeit kämpfen. Die Nonnen sind inzwischen im Austausch für eine Lösegeldzahlung, Waffen und ein Amnestieversprechen wieder freigegeben worden.

Der politische und militärische Kampf der „Moro Nationalen Befreiungsfront" (MNLF), deren bewaffneter Arm, die im Untergrund operierende Rebellenarmee „Bangsa Moro Armee" (BMA), die Entführungsaktion durchführte, war in den letzten Monaten seit der Übernahme der Regierung durch Staatspräsidentin Corazon Aquino schon fast in Vergessenheit geraten. Die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit hatte sich fast ausschließlich auf die kommunistische Guerrilla und ihre Gespräche mit der Regierung Aquino gerichtet. Auch die beiden Inspektionsreisen Corazon Aquinos ins Krisengebiet nach Mindanao hatten vor allem den Kommunisten gegolten, an die Frau Aquino auch ihre beschwörenden Appelle richtete, den bewaffneten Kampf einzustellen und über einen Waffenstillstand zu verhandeln.

Doch nun haben sich auch die Moros ins Gespräch gebracht. Die schnelle Freilassung der zehn Nonnen für eine relativ geringe Gegenleistung deutet darauf hin, daß es den muslimischen Filipinos diesmal eher um einen Propagandacoup ging. Kampfbereitschaft sollte demonstriert werden und die Entschlossenheit, den Widerstand auch gegen die Regierung Aquino fortzusetzen.

Im Gegensatz zu den Kommunisten, die in den letzten Jahren ihre „Neue Volksarmee" (NPA) rasch auf schätzungsweise 17 000 „reguläre" Kämpfer ausbauen konnten, haben die Moros nach und nach an militärischer Stärke eingebüßt. Noch Mitte der 70er Jahre kämpften 30 000 Moro-Guerrillas gegen das Marcos-Regime. Ferdinand Marcos gelang es jedoch, die auf die Unabhängigkeit Mindanaos hinarbeitenden Rebellen zu spalten und ihre Kampfkraft mit lukrativen Amnestieversprechen zu schwächen. Viele der muslimischen Rebellen legten damals die Waffen nieder und nahmen das Angebot an. Heute ist die Moro-Armee auf rund 6000 Mann zusammengeschmolzen. Doch handelt es sich hier um den harten Kern, eine schlagkräftige, zu allem entschlossene Kampftruppe.

Eine ihrer Einheiten, die „Moro Revolutionäre Organisation", arbeitet sogar mit den kommunistischen Rebellen zusammen – und das trotz fundamental entgegengesetzter ideologischer Auffassungen. Die Zusammenarbeit ist bisher allerdings mehr taktischer Natur. So gestatten sich Kommunisten und Moslem-Rebellen bei militärischen Operationen das Überschreiten der eigenen kontrollierten Regionen. Einer Einheitsfront von allen Gegnern der philippinischen Regierung, wie sie von den Kommunisten angestrebt wird, ist die MNLF noch nicht beigetreten.

Von Arabern unterstützt

Im Gegensatz zu den kommunistischen Rebellen wird der Unabhängigkeitskampf der muslimischen Filipinos auf Mindanao, das nach Luzon die zweitgrößte Insel des philippinischen Archipels ist, auch von außen gefördert. So wird die MNLF von der Islamischen Konferenz anerkannt und von einigen arabischen Staaten materiell unterstützt. Die Tatsache, daß die Führungstruppe der Moro-Armee im benachbarten Malaysia militärisch ausgebildet wurde, belastet bis heute die Beziehungen zwischen beiden Ländern.

Union: Tanken von bleifreiem Benzin belohnen

dpa, Bonn

Umweltexperten der CDU/CSU-Fraktion erwägen eine weitere Senkung der Mineralölsteuer für bleifreies Benzin. Die Bundesregierung solle prüfen, ob eine solche Maßnahme möglich ist, um den Absatz des umweltfreundlichen Treibstoffs zu fördern, forderten sie gestern in Bonn. Derzeit beträgt der Steuernachlaß gegenüber verbleitem Benzin fünf Pfennig, nachdem es bisher zwei Steuersenkungen im April und November vergangenen Jahres gegeben hat. Der umweltpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Paul Laufs, zog eine positive Bilanz der seit 1982 praktizierten Umweltpolitik. Daß 1,3 Millionen umweltfreundliche Autos auf den Straßen der Bundesrepublik Deutschland führen, sei ein Erfolg. Die Abgassonderuntersuchung (ASU) habe sich bewährt. Dringend notwendig sei nun eine Regelung über Rußgrenzwerte für Diesel-Pkw. Dabei müsse Bonn auf strengere Werte als die von der EG vorgeschlagenen drängen. Laufs erklärte, in diesem Jahr sei nicht mit einer Verschlechterung des Zustandes der Wälder *in unteren und mittleren Lagen* zu rechnen. Die Bergwälder seien jedoch zunehmend gefährdet.

In Südafrika wird Minister Howe „zur Erfolglosigkeit verdammt"

Pretoria signalisiert ein Festhalten an der harten Gangart / Tagung der EG-Außenminister

DW. Brüssel

Zwei Tage vor der Südafrika-Reise des britischen Außenministers Sir Geoffrey Howe ist deutlich geworden, daß die Erfolgsaussichten der Vermittlungs-Mission nur gering sind. Während Howe in Brüssel vor den Außenministern der EG-Staaten die Beschlüsse der Gemeinschaft zur Südafrikapolitik bekräftigte, wurden in Pretoria Stimmen laut, wonach die Regierung von Präsident Botha bei ihrer harten Position bleiben werde.

Drei-Monats-Frist

Wie aus der Außenministerkonferenz bekannt wurde, haben sich die Positionen der einzelnen Regierungen in der Europäischen Gemeinschaft nicht verändert. Bereits auf einer Sitzung des Europäischen Rats Ende Juni in Den Haag hatten sich Großbritannien, die Bundesrepublik Deutschland und Portugal im Gegensatz zu den anderen Partnern in der Gemeinschaft gegen Wirtschaftssanktionen ausgesprochen. Howe vertrat in Brüssel die Ansicht Londons, der Regierung in Pretoria müsse eine Drei-Monats-Frist zur Änderung ihrer Rassentrennungspolitik gegeben werden. Erst danach werden auch Wirtschaftssanktionen im EG-Verbund nicht mehr ausgeschlossen.

Wie in Südafrika die Chancen Howes bewertet werden, darüber gibt ein Kommentar in der regierungsnahen Zeitung „The Citizen" Auskunft. *Darin wird der Besuch Howes als* nutzlos bezeichnet. Der britische Außenminister sei zur „Erfolglosigkeit verdammt", hieß es in dem Leitartikel. Der Kommentator vertritt die Meinung, daß es für Südafrika Selbstmord wäre, auf die Forderungen der *USA und Europas nach einer Rück*kehr auf dem Reformkurs einzugehen. Es solle niemand glauben, daß sich die Regierung in Pretoria durch den britischen Verzicht auf Sanktionen zu mehr Entgegenkommen bewegen lassen werde.

Howe selbst beurteilt offenbar die Erfolgsaussichten seiner Reise skeptisch. Nach Angaben von Diplomaten weigerte sich der Außenminister in Brüssel, von einer „letzten Chance" bei seinen Gesprächen in Südafrika zu sprechen. Dies, so interpretierte der Staatsminister im Bonner Auswärtigen Amt, Lutz Stavenhagen, „würde ja ein Prinzip der Hoffnungslosigkeit begründen". Der belgische *Außenminister Leo Tindemanns* nannte die Mission Howes „schwierig und sehr wichtig".

Pretoria ist isoliert

Die EG-Staaten verbinden mit dem Howe-Besuch in dem Apartheidsstaat die Hoffnung, daß sich Pretoria über seine Isolierung klar wird. Südafrika müsse begreifen, daß sich die öffentliche Meinung in der ganzen Welt gegen das auf die Rassentrennung *aufbauende Regime „verhärtet"*, verlautete aus den meisten Delegationen. Die derzeitige Position der EG dürfe nicht als Unentschlossenheit mißverstanden werden. Die Gemeinschaft habe in Den Haag „keinen Automatismus beschlossen, sich aber alle Optionen offengehalten", sagte Stavenhagen.

Wenig Erfolg dürfte auch ein Gespräch zwischen Friedensnobelpreisträger Bischof Desmond Tutu mit Südafrikas Präsident Botha haben. Tutu hatte vor dem zweiten Zusammentreffen mit dem Regierungschef erklärt, er werde von Botha ein Ende des Ausnahmezustandes fordern.

Streit der Ressorts um „Überschußstrom"

Wirtschaftsminister sucht Gespräch mit Elektrizitätswirtschaft

ARNULF GOSCH, Bonn

Schon im Vorfeld der Bonner Ressortsberatungen über die sicherheits-, gesundheits-, forschungs- und energiepolitischen Folgerungen aus der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl zeichnen sich deutliche Meinungsunterschiede zwischen dem Bundesforschungsministerium und dem Bundeswirtschaftsministerium ab. Obgleich es gestern – entgegen anderslautenden *Ankündigungen – noch* nicht zu einer Sondertagung der beteiligten Staatssekretäre gekommen war, stellte ein Sprecher des Bundeswirtschaftsministeriums klar, daß sein Haus – anders als das Bundesforschungsministerium – nicht an einen „Einspeisungszwang", also an gesetzliche Vorschriften zur Einspeisung von Überschußstrom aus Wasser- und Windkraft sowie Solarenergie in das öffentliche *Leitungsnetz* denke. Vielmehr setze man auf eine weitere Gesprächsrunde mit der Elektrizitätswirtschaft, die voraussichtlich Ende Juli stattfinden wird. Gedacht sei dabei an Regelungen analog den Vereinbarungen mit der industriellen Kraftwirtschaft.

Skeptisch äußerte sich der Sprecher über die von Bundesforschungsminister Riesenhuber in einem Brief *an den Bundeskanzler vorgeschlage*ne Investitionszulage für ausgesuchte energiesparende Maßnahmen. Fachleute im Hause Bangemann befürchteten hier Mitnahmeeffekte.

Das Bundesfinanzministerium hat von Riesenhubers Schreiben nach eigenem Bekunden keine Kenntnis. Insofern könne es, wie ein Sprecher betonte, auch keine Stellung zu den *haushaltswirksamen* Steuervorschlägen nehmen, die Riesenhuber in seinem Schreiben unterbreitet hatte.

Der Forschungsminister hatte dargelegt, daß es bei vielen Energietechniken nur noch um einen sehr begrenzten Forschungsbedarf gehe. Das *Problem liege in der Durchsetzung* der neuen Energietechniken auf dem Markt, und zwar jenseits der Ressortgrenzen des Forschungsministeriums.

Nach Regierungsangaben ist bisher völlig offen, wann es zu den Beratungen über die Folgerungen aus Tschernobyl auf Staatssekretärsebene kommt. An dieser Runde beteiligt wären unter Vorsitz des Kanzleramtes die Ressorts Finanzen, Forschung, Gesundheit, Inneres, Umwelt, Verkehr und Wirtschaft.

Wimmer: Mehr Militärattachés für Krisengebiete

gba. Bonn

Zusätzliche Militärattachés an den *deutschen Botschaften hat* der Wehrexperte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Willy Wimmer, gefordert. Seiner Meinung nach sind diese unverzichtbar, um die Entwicklung der Sicherheitslage in entfernten Regionen besser beurteilen zu können. Wimmer erklärte nach Rückkehr von einer Reise im pazifischen Raum, er habe – nach Gesprächen mit dem Befehlshaber der *amerikanischen* Truppen in der Pazifik-Region und mit Experten in Singapur und Djakarta – den Eindruck, daß die Sowjetunion dabei sei, eine Kette von Stützpunkten zu bilden. Diese dienen der UdSSR dazu, die Seegebiete des Pazifiks und des *Indischen Ozeans* unter Kontrolle zu bekommen. Offiziell hieß es, daß die Basen den sowjetischen Handelsaustausch mit Ostasien sichern sollen.

Die Beobachtung solcher sicherheitspolitisch wichtigen Entwicklungen mit unterbesetzten Militärattaché-Stäben vornehmen zu wollen sei nicht tragbar. Es gehe nicht an, daß der deutsche Militärattaché in Tokio zugleich für die Philippinen zuständig sei und auch diese Region mitbeobachten müsse.

Vater warnt vor „bösem Ende"

DW. Hamburg

Der Vater der steckbrieflich gesuchten Terroristin Barbara Mayer, Ulrich Metzger, hat seine Tochter aufgefordert, sich der Polizei zu stellen. Metzger bezweifelt, daß seine Tochter „ausführendes Organ" bei der Roten Armee Fraktion (RAF) ist. Er traut ihr aber eine theoretische Führungsrolle zu. Schon vor dem Abtauchen 1984 habe er sie vor der RAF gewarnt und appelliere nun an seine Tochter, die „Sache" zu beenden, da sonst *„ein* böses Ende" drohen würde.

Weiter erklärte Metzger in seinem Appell, daß man nicht ein ganzes Leben auf der Flucht leben könne. Allerdings würde er sie nicht an die Polizei verraten. Die Verbindung zur RAF habe sie schon *1976* in Stuttgart geknüpft. Dort habe sie Kontakte zu KPD-Mitgliedern gehabt und sei „irgendwie" in die Terroristenszene abgeglitten.

Bulgarischer Protest in Ankara

AP, Sofia

Als „ungesetzlich" und als eine „Verletzung der internationalen Flugnormen" hat die bulgarische Regierung das Festhalten einer bulgarischen Maschine der Balkan-Air in Istanbul bezeichnet. Um eine Entschädigung über umgerechnet 200 000 Mark zu erhalten, hatten türkische Behörden auf dem Instanbuler Atatürk-Flughafen das Flugzeug beschlagnahmt. Die 135 Passagiere des Flugzeuges wurden mit einer Sondermaschine weitertransportiert. Die konfiszierte Maschine wurde dem türkischen Zoll übergeben.

Ankara verwies darauf, daß die Beschlagnahme auf gerichtliche Anordnung zurückgehe. Der Grund: Die Luftlinie weigert sich, den Angehörigen eines beim Absturz einer Balkan-Air-Maschine 1984 ums Leben gekommenen Türken eine Entschädigung zu zahlen.

USA: Es soll ein Schwarzer sein

rtr, New York

Die US-Regierung will offenbar ihren Botschafterposten in Südafrika in jedem Fall mit einem Schwarzen besetzen. Nach Informationen der „New York Times" ist jetzt der Diplomat Terence Todman, zur Zeit Botschafter in Dänemark, aussichtsreicher Kandidat. Robert Brown, der zunächst für diese Position vorgesehen war, kommt offensichtlich nicht mehr in Frage. Bei einer Routineüberprüfung seiner Vergangenheit soll sich herausgestellt haben, daß er Kontakte zu dem der Korruption verdächtigten nigerianischen Ex-Minister Dikko hatte, der nach einem Militärputsch seine Heimat verlassen mußte. Beobachter rechnen damit, daß Präsident Reagan heute in einer Rede vor dem „Rat für Weltangelegenheiten" und der „Außenpolitischen Vereinigung" den neuen Botschafter endgültig benennen wird.

Paris sieht SDI positiver

AP, New York

*Der französische Verteidigungsmi*nister André Giraud hat in einem Interview mit dem amerikanischen Nachrichtenmagazin „Newsweek" erklärt, daß Frankreich und die USA in Fragen der Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) einander nähergekommen seien. Giraud sagte, die Abschreckung mittels Atomwaffen werde noch lange Zeit der Eckpfeiler der westlichen Verteidigungspolitik *bleiben, doch müsse auch der Welt*raum in der Planung eine Rolle spielen. Es sei durchaus gerechtfertigt, erklärte Giraud, daß man daran interessiert sei, Anti-Raketen-Raketen zu entwickeln, was einen Aspekt der SDI-Forschungen darstelle.

Der Minister sagte weiter, jeder Staat sollte Waffen in dem Bereich herstellen, in dem er führend sei, und die anderen woanders kaufen oder mit anderen zusammen entwickeln.

TV-Satelliten in Gefahr

Pariser Zweifel berühren auch die Pläne der Bundespost

A. G. Paris/Bonn

Die französische Regierung wird möglicherweise das Programm für die beiden Fernsehsatelliten TDF 1 und TDF 2 reduzieren oder sogar ganz aufgeben. Einen entsprechenden Vorschlag des Staatssekretärs für Post und Fernmeldewesen, Gérard *Longuet, an Premierminister Jacques* Chirac hat die in Paris erscheinende Zeitschrift „Le Point" gestern in Auszügen veröffentlicht. Danach sollte TDF 2 ganz gestrichen und TDF 1 allenfalls als Versuchssatellit gestartet werden, weil dieses insgesamt 1,15 Milliarden Mark teure Programm technologisch überholt und einige technische Probleme nicht gelöst seien.

Die Zweifel des französischen Staatssekretärs Longuet beziehen auch den Zwillingssatelliten von TDF 1, nämlich den deutschen TV-SAT 1, ein.

Wie ein Sprecher des Bundespost*ministeriums hierzu auf Anfrage* erklärte, werde man sich im Hause Schwarz-Schilling zunächst um Einzelheiten dieses Schreibens bemühen, bevor man in eine sachliche Wertung eintrete. Die Bundespost werde sich gleichwohl durch solche Nach*richten nicht aus der Bahn werfen* lassen. Das Thema werde sicher in der deutsch-französischen Arbeitsgruppe über die Nachfolge-Satellitengeneration eine wichtige Rolle spielen.

Wie die WELT außerdem erfuhr, *halten Kenner der Pariser Regie*rungsgeschäfte Longuets Vorstoß für einen Ausfluß der Rivalität zwischen Post und Rundfunkbehörde TDF. Im übrigen würde die Aufgabe des Satellitenprojekts TDF 2 keine wesentlichen finanziellen Erleichterungen bringen, weil drei Viertel der Gesamtkosten bereits angefallen seien.

Neue Anklage gegen Agentenpaar

dpa, Wellington

In Neuseeland ist offenbar ein letzter Versuch unternommen worden, die Freilassung der französischen Geheimdienstagenten Major Alain Mafart und Hauptmann Dominique Prieur zu verhindern. Das Agentenpaar war im vergangenen November in Zusammenhang mit der Versenkung des Greenpeace-Schiffes „Rainbow Warrior" in Neuseeland wegen Sabotage und Totschlags zu zehn Jahren Haft verurteilt worden.

Am kommenden Freitag sollten die Agenten aufgrund eines Überein*kommens zwischen* Paris und Wellington in ein dreijähriges „Exil" entlassen werden, bevor sie in ihre Heimat zurückkehren dürfen. Ein Anwalt warf jetzt den Agenten Vergehen gegen das neuseeländische Sprengstoffgesetz vor. Ein Gericht verfügte daraufhin die Vorführung des Paares für den 12. September.

Das vor vier Monaten in Dienst gestellte deutsche Forschungsschiff Meteor II hat gestern Bremerhaven zu seiner dritten Forschungsreise in Richtung Atlantik verlassen. Erstmals im Einsatz ist der Prototyp eines frei auf dem Meeresboden schwebenden Meßgerätes, das die Aktivität der Lebensgemeinschaften in 5000 Meter Tiefe untersuchen soll.

Auf Spurensuche nach Wanderungen in der Tiefsee

Von DIETER THIERBACH

Das umfangreiche Meteor-Programm ist diesmal in zwei Fahrtabschnitte eingeteilt, die geographisch und thematisch weit auseinanderliegen. Auf dem größten Teil *der Reise geht es um die Tief*seebiologie im Atlantik, auf dem sich anschließenden kürzeren Teil werden im Skagerrak sedimentologische und ozeanographische Untersuchungen durchgeführt.

Der wissenschaftliche Fahrtleiter des ersten Abschnittes ist Prof. Hjalmar Thiel vom Hamburger Institut für Hydrobiologie und Fischereiwirtschaft. Mit über einem Dutzend Fahrten auf der „alten" Meteor bezieht der biologische Ozeanograph zum ersten Mal Station auf der Meteor II.

Arbeit im Biotrans-Gebiet

Zusammen mit zwölf deutschen Wissenschaftlern – sieben Biologen, einem Ingenieur und vier Technikern – wird das „Biotrans-Gebiet" angesteuert, das auf halbem Wege zwischen Irland und den Azoren liegt. „Biotrans" steht dabei für „biologischer Transport". Dahinter verbirgt sich die Frage, in welchem Radius sich Tiefsee-Tiere in der Horizontalen und Vertikalen bewegen.

Für Prof. Thiel stellt dies einen Problemkreis dar, der nur in internationaler Zusammenarbeit und in internationalen Gewässern bearbeitet werden kann. So wird die Biotrans-Forschergruppe der Universitäten Hamburg und Kiel während der „Meteor"-Expedition nicht nur von Wissenschaftlern aus Bremerhaven und Tübingen, sondern auch aus England, Irland und Dänemark unterstützt.

Hjalmar Thiel: „Uns interessiert, ob die Tiere da unten wandern. Wir wissen, daß die Tiere *im Ozean* ständig herumstreifen, und zwar in den oberen 1000 Metern. Man nimmt nun an, daß sich diese Tiere auch in tieferen Gewässern bewegen."

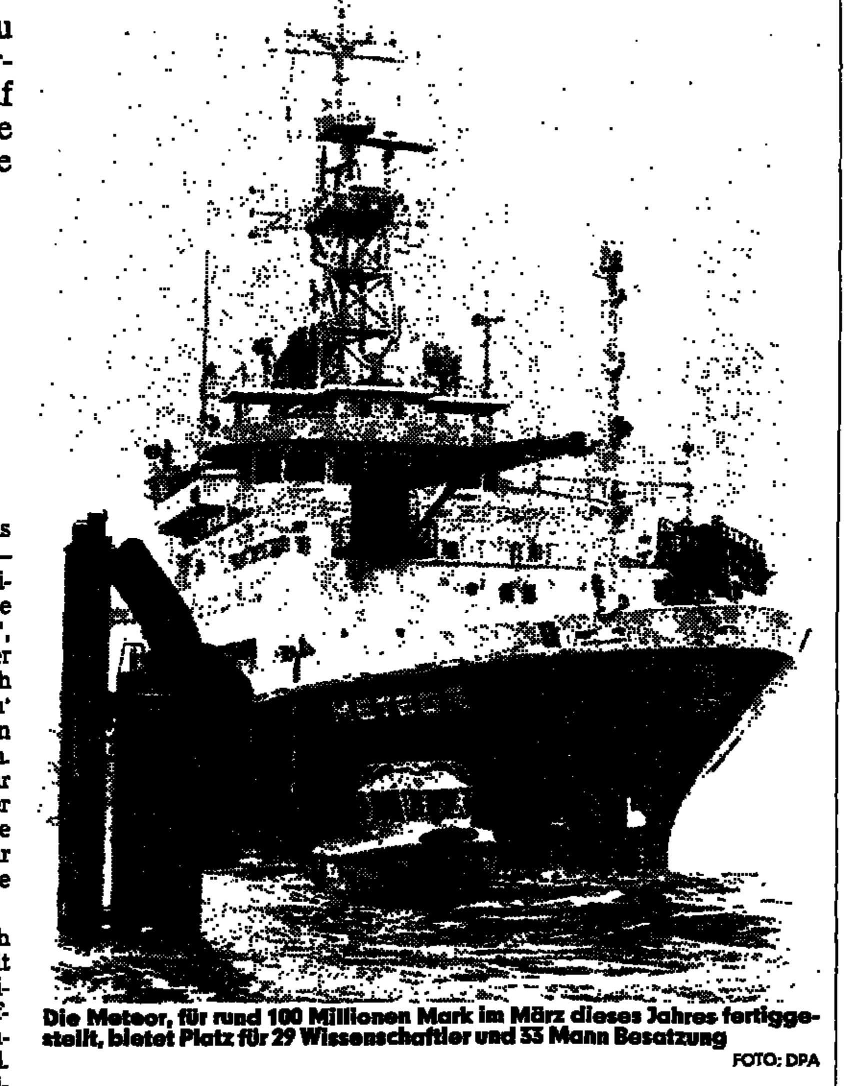
Über das Verhalten der Fauna in 4000 bis 5000 m Tiefe – und das ist das Operationsgebiet von „Biotrans" – sind in den letzten 25 Jahren zahlreiche wissenschaftliche Ergebnisse veröffentlicht worden. „Trotzdem", so Hjalmar Thiel, „wissen wir über das Leben dieser Organismen noch arg wenig. Mit *'Meteor der Jüngeren'* soll die Tradition der biologischen Tiefseeforschung fortgesetzt werden. In der Gruppe arbeiten wir jetzt nur in den unteren 500 Metern über Grund. Das ist für uns einfach eine notwendige Beschränkung, weil wir uns nicht die gesamte Wassersäule vornehmen können."

Zum ersten Mal kommt – nach fünfjährigen Vorarbeiten – ein Gerät zum Einsatz, das die Atmungsaktivität, also die Intensität des Sauerstoffverbrauches, der Lebensgemeinschaft *am Tiefseeboden messen soll.* „Das Ganze ist neu für unsere biologische Meeresforschung. Dieser Geräte-Prototyp, im eigenen Haus entwickelt, mißt per Elektroden direkt unten am Boden."

„Denn nur so bekommen wir die Information, die wir benötigen, wenn es um Fragen des Naturschutzes für die Tiefsee – den größten Lebensraum auf der Erde – geht. Der Tiefseeboden wird heute zur Ablagerung von Abfallstoffen genutzt. Wir müssen erforschen, ob das eine gute Lösung der Abfallprobleme ist, oder ob wir damit ein zu großes Risiko eingehen."

Die Meßeinheit, eine Art Dreifuß von *zwei Meter Durchmesser* und 3,50 Meter Höhe schwebt freifallend, also ohne direkte Trossenverbindung mit dem Schiff, auf den Meeresboden hinunter. Der Apparat ist mit Gewichten so austariert, daß er sehr langsam absinkt. „Das ist für uns von großem Vorteil, weil diese Art von Geräten erschütterungsfrei am Boden stehen muß. Wenn das Schiff per Trosse verbunden ist und im Seegang treibt, würden sich immer wieder Störungen nach unten übertragen.

Ein anderer Grund ist der: Die Geräte müssen für die einzelnen Messungen mindestens drei Tage am Boden stehen. Wenn die Meteor die ganze Zeit mit dem Gerät verkabelt wäre, könnte das Schiff während der Zeit nichts anderes machen und wäre blockiert."



Die Meteor, für rund 100 Millionen Mark im März dieses Jahres fertiggestellt, bietet Platz für 29 Wissenschaftler und 33 Mann Besatzung

FOTO: DPA

So *kann das Gerät selbständig ar*beiten: Die Registrierung der Aktivitäten erfolgt sowohl durch biochemische Messungen an Sedimentproben, als auch durch die Kultivierung von Bakterien unter dem hohen hydrostatischen Druck in speziell dafür entwickelten *Gefäßen.* In der untersuchten Tiefe herrscht ein Druck von rund 500 Atmosphären dem alle Organismen unterliegen und unter dem alle Lebensprozesse ablaufen.

Langsames Auftauchen

Prof. Thiel: „Das Gerät zu orten, ist keine Schwierigkeit. Satellitennavigation und ein exzellenter Satz topographischer Aufnahmen hilft uns dabei. Über Funk schließen wir dann die Boden-Verschlußklappen, um Sedimentproben zu greifen. Schließlich werden die Gewichte abgeworfen. Das Ganze kommt dann von selbst langsam aus 5000 Meter Tiefe wieder hoch. Nach rund zwei Stunden – so lange dauert das Manöver – treibt die Anlage auf der Meeresoberfläche und kann wieder eingesammelt werden."

Am 19. August wird die Meteor in Cuxhaven zurückerwartet. Hier soll die gesamte wissenschaftliche Besatzung ausgetauscht werden. Nach nur wenigen Stunden Aufenthalt beginnt dann der 2. Fahrtabschnitt unter der Leitung von Prof. Günther Krause vom Alfred-Wegener-Institut für Polar- und Meeresforschung.

Das umfangreichste Teilvorhaben geht der Frage nach, wo die feinen Schwebstoffe und die daran haftenden chemischen Substanzen verbleiben, die über die Flüsse in die Nordsee gelangen.

Geologische Entnahmegeräte sollen dazu dienen, *Bodenproben zu ge*winnen, in denen die Ablagerungsgeschichte – wie in einer Querschnittzeichnung – gespeichert ist. Mit Hilfe chemischer Analysen von Schwermetallen, organischem Kohlenstoff und Phosphaten kann man die Tiefe der Ablagerungen seit Beginn der Verschmutzung festlegen. Auf diese Weise läßt sich auch die Gesamtmenge der seit der Industrialisierung abgelagerten Sedimente im Skagerrak berechnen.

AUS LABORS UND INSTITUTEN

Kraftwerk abgeschaltet

Schweinfurt (dpa) – Das wenige Kilometer vom Stadtgebiet Schweinfurt entfernte Kernkraftwerk Grafenrheinfeld ist nach einem Störfall abgeschaltet worden. Dies teilte gestern ein Sprecher der Bayernwerk *AG mit. Der Reaktor* sei wegen einer Störung am Generator im nichtnuklearen Teil der Anlage vom Netz genommen worden. Es handle sich nicht um einen „sicherheitstechnisch bedeutsamen" Vorgang. Die Abschaltung werde einige Tage dauern. *Wie der Sprecher sagte,* zeigten bestimmte Meßwerte an der Kühlung des Generators Unregelmäßigkeiten. Eine Kühlsubstanz sei „zu schnell nachgespeist" worden.

Aluminium-Legierung

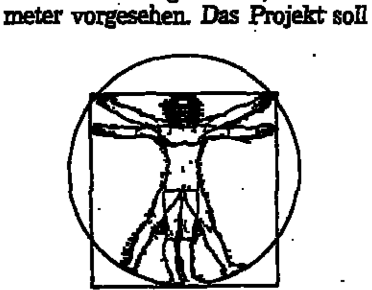
Seattle (DW) – Eine um sieben Prozent leichtere und zugleich festere Aluminium-Lithium-Legierung, die in den 90er Jahren in Verkehrsflugzeugen Anwendung finden soll, testet derzeit die Boeing Commercial Airplane Company. Zu diesem Zweck wurden Zugvorrichtungen dieses Materials an „Jumbos" so angebracht, daß sie als Anhängevorrichtung für die Zugmaschinen des Bodenpersonals dienen und damit erheblichen Belastungen ausgesetzt sind. Falls die Legierung im gesamten Flugzeugrumpf Verwendung finden kann, ließe sich nach Ansicht der Ingenieure das Gewicht der „B 747" um rund 4,5 Tonnen reduzieren.

Neues Bodenhorchgerät

Bochum (DW) – Ein neues Bodenhorchgerät, *das speziell für den Ein*satz im Katastrophenschutz zur Menschenrettung konzipiert ist, wurde jetzt am Institut für Geophysik der Ruhr-Universität Bochum vorgestellt. Seine Herstellung wurde durch die Entwicklung einer Drei*komponenten-Geosonde ermöglicht.* Diese kann mit Hilfe eines Spezialverstärkers auch minimale, außerhalb des menschlichen Hörbarkeitsbereiches liegende Bodenschwingungen aufzeigen. Bei weichen Böden, Sand und Trümmerschutt tritt bevorzugt der nur schwer lokalisierbare Boden-Infraschall mit sehr tiefen Frequenzen auf. Mit der Geophonsonde ist es jetzt möglich, selbst Frequenzen bis in Bereiche zu zwei Hertz mit Hilfe eines besonderen Tonimpulsgenerators hörbar zu machen. Schwerverletzte und Bewußtlose können auf diese Weise geortet werden.

Glasfaser im Atlantik

London (DW) – Über die Verle*gung eines Glasfaserkabels durch* den Atlantik haben sich nach einer Mitteilung der British Telcom Frankreich, Großbritannien, Kanada und USA geeinigt. Mit der Inbetriebnahme wird für das Jahr 1991 gerechnet. Für seine Digitalübertragungen sind Datenraten von 565 Millionen Bit pro Sekunde und eine Infrarot-Wellenlänge von 1,55 Mikrometer vorgesehen. *Das Projekt* soll



rund 400 Millionen Dollar kosten und mit seiner erhöhten Übertragungskapazität den steigenden Bedarf an Telefonverbindungen decken.

Tierversuchsgegner

Göttingen (dpa) – Etwa 300 Tierversuchsgegner aus dem In- und Ausland haben nach Angaben der Polizei in Göttingen aus Anlaß des 11. Kongresses der Internationalen Primatologischen Gesellschaft gegen die Forschung mit Affen protestiert. *Auf dem Kongreß bis Freitag* werden mehr als tausend Wissenschaftler aus verschiedenen Bio-Disziplinen ihre Untersuchungsergebnisse vorstellen. Der Präsident der Weltkoalition zur Abschaffung der Versuche an Mensch und Tier, Jacques Kalmar (Genf), kündigte in der Universitätsstadt einen Gegenkongreß an, bei dem Tierschutzorganisationen aus aller Welt die Forschungsergebnisse aus ihrer Sicht darstellen wollen.

Umweltforschung

Garmisch-Partenkirchen (dpa) – Mit zehn Millionen Mark Unterstützung aus dem Bundesforschungsministerium wird die Fraunhofer-Gesellschaft ihr Institut für Atmosphärische Umweltforschung ausbauen. In einem neuen Schwerpunktprogramm sollen rund 75 Wissenschaftler und Techniker künftig Spurengase und deren Wirkungen auf die Atmosphäre erforschen. Neben Meßprogrammen in Europa und Überseeder *Entwicklung neuer Meßtech*niken wird das Institut an der Luftüberwachung im Alpenraum mitarbeiten. Darüber hinaus ist die Einrichtung einer Langzeit-Meßstation auf der Zugspitze geplant, um Veränderungen in der chemischen Zu*sammensetzung der Atmosphäre* zu erforschen.

Förderung mit positiver Bilanz

Von EBERHARD NITSCHKE

Durch ihre Beteiligungen an Förderprogrammen haben die Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland im letzten Jahr *378 Millionen Mark* aus dem Etat des Bundesministeriums für Forschung und Technologie erhalten.

Anläßlich der Vorlage einer „Bilanz der Förderung von Grundlagenforschung 1982-86" teilte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT), Albert Probst (CSU), gestern in Bonn mit, daß die Bundesrepublik im internationalen Vergleich bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung (gemessen am Bruttosozialprodukt) vor Japan weltweit an der Spitze liege.

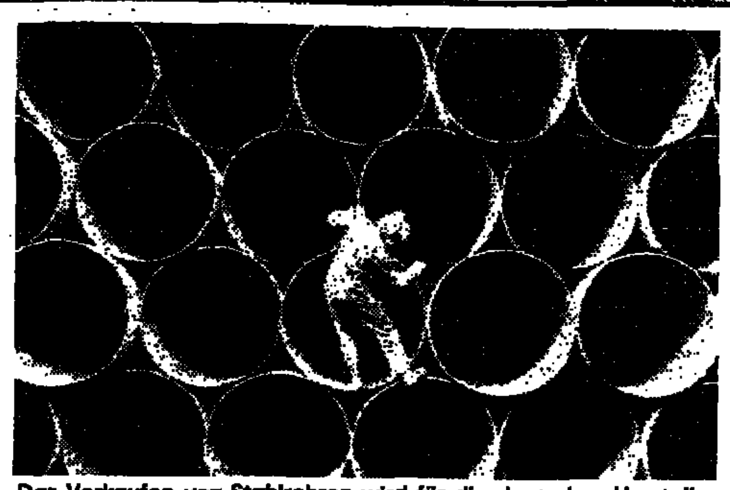
Da ein großer Teil der nicht-institutsgebundenen BMFT-Projektmittel *für Grundlagenforschung den Hoch*schulen zugute komme, sei das Ministerium damit neben der Deutschen Forschungsgemeinschaft der zweitgrößte „*Drittmittelgeber*" für diesen Sektor.

Großprojekte wie zum Beispiel in der Astronomie und Weltraumkunde werden meist in Großforschungseinrichtungen oder internationalen Organisationen realisiert, in denen die Bundesrepublik Mitgliedstaat ist.

Über das Instrument der Projektförderung, so Probst, werden vom *Forschungsministerium seit 1982* erheblich mehr Mittel für Grundlagenforschung bereitgestellt. 1985 waren es mit 454 Millionen Mark 28 Prozent mehr als 1982. Der Mittelzuwachs kommt schwerpunktmäßig vor allem den Gebieten Biotechnologie, Um*weltforschung*, Meeresforschung und Geowissenschaften zugute.

Wie auf der Veranstaltung weiter verlautete, soll im Herbst endgültig die Entscheidung darüber fallen, ob im Schwarzwald oder in der Oberpfalz das tiefste Bohrloch der Bundesrepublik entstehen wird. Die Geologen wollen dabei im Zuge des Deutschen Kontinentalen Tiefbohrpro*gramms (DKT) bis* zu 14 Kilometer tief in die Erdkruste vordringen.

Auch dieses Vorhaben zählt zu den vom Forschungsministerium geförderten wissenschaftlichen Großprojekten. Die Gesamtkosten werden auf nahezu eine halbe Milliarde Mark in den nächsten 15 Jahren veranschlagt. Nach der Grundsatzentscheidung über den eigentlichen Bohrort ist für *das nächste* Jahr eine erste Vorbohrung bis in eine Tiefe von 2500 Meter vorgesehen.



Das Verkaufen von Stahlrohren wird für die deutschen Hersteller immer schwieriger. Der Dollar-Verfall und die Behinderungen des Stahlexports in die USA machen ihnen zu schaffen. Zudem ist mit den als Folge des Ölpreisrückgangs zusammengestrichenen Investitionsprogrammen zur Erschließung neuer Ölfelder ein großer Markt für Großröhren (Foto) praktisch zusammengebrochen. Aus diesen Gründen sieht sich der zweitgrößte deutsche Stahlrohr-Hersteller, die Paderborner Benteler-Gruppe, gezwungen, die Kapazitäten abzubauen. (S. 9) FOTO: DPA

FÜR DEN ANLEGER

Dollar: Die US-Währung ist zu Wochenbeginn in Frankfurt um gut zwei Pfennig auf 2,1299 DM zurückgefallen. Der Goldpreis zog in London auf 353,95 (347,90) Dollar je Feinunze an. Das Pfund rutschte auf 3,1860 (3,2180) DM und erreichte damit den einen Tiefststand.

Adig: Reduzierte Barausschüttungen, durch eine höhere Körperschaftssteuergutschrift aber konstante oder leicht verbesserte Gesamtausschüttungen erhalten die Anteilsinhaber von Aktien- und gemischten Fonds. (S. 9).

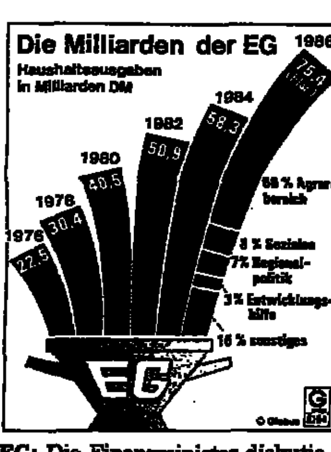
Mengentender: Die Bundesbank bietet den Kreditinstituten neue Wertpapierpensionen mit einem Festzins von 4,35 Prozent für 28 Tage (22. Juli bis 20. August).

Festverzinsliche: Das Bundesfinanzministerium erhöht mit Wirkung von heute den Ausgabekurs der fünfjährigen Bundesobligation mit einem Nominalzins von 5,5 Prozent auf 99,5 (99,0) Prozent. Damit sinkt die Emissionsrendite auf 5,62 (5,74) Prozent. Bei den Bundesschatzbriefen Typ A mit sechs Jahren Laufzeit steigt die Rendite dagegen auf 5,53 (5,21) Prozent, der Typ B mit sieben Jahren Laufzeit und Zinsansammlung bringt 5,99 (5,7) Prozent.

Neuseeland: Floating-Rate-Notes über 500 Mill. Dollar mit Endfälligkeit 1993 begibt das Land über Salomon Brothers. Sie kommen zu 100,275 Prozent auf den Markt und verzinsen sich mit Sechsmonats-Libor.

WELT-Aktien-Indizes
Gesamt: 243,50 (249,06); Chemie: 143,67 (146,35); Elektro: 283,97 (288,98); Auto: 647,61 (671,56); Maschinenbau: 137,05 (141,08); Versorgung: 138,51 (141,15); Banken: 371,40 (376,84); Warenhäuser: 140,12 (141,92); Bauwirtschaft: 463,33 (61,85); Konsumgüter: 164,06 (167,79); Versicherung: 1255,42 (1284,79); Stahl: 142,49 (148,42).

WELTWIRTSCHAFT



EG: Die Finanzminister diskutieren seit gestern über den Haushaltsplan für 1987. Nach den Vorstellungen der Kommission würde die Ausgabenexpansion der letzten Jahre (Grafik) mit einer 4,4prozentigen Ausweitung fortgesetzt werden.(S.8)

Japan: Die Regierung will den Etat für das Haushaltsjahr 1987/88 entgegen internationalen Forderungen nach einer expansiven Fiskalpolitik nur um ein Prozent ausweiten.

Großbritannien: Im Gegensatz zur Bundesrepublik haben die Preise am Immobilienmarkt kräftig angezogen; in den vergangenen zwölf Monaten um zwölf Prozent. (S.8)

MÄRKTE & POLITIK

Gebrauchtwagen: Der sommerliche Nachfragerückgang ist nach Feststellungen der Deutschen Automobil Treuhand GmbH (DAT) ohne spürbare Auswirkungen auf die Preise geblieben. Nur Auslaufmodelle würden billiger.

Bundesfinanzhof: Die Zahl der unerledigten Fälle ist seit Jahresbeginn von 5190 auf 5267 gestiegen. Die durchschnittliche Verfahrensdauer liegt bei über vier Jahren.

Sauerkirschen: Das Bundesernährungsministerium hat den vergangenen Freitag verfügten Importstopp aufgehoben, da die Brüsseler EG-Kommission den Bonner Antrag abgelehnt hat.

Preise: Der Preisindex für Nahrungsmittel ist im ersten Halbjahr 1986 gegenüber dem Vorjahr um 0,8 Prozentpunkte zurückgegangen. Die gesamte Lebenshaltung hat sich nur um 0,2 Prozent verteuert.

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Ford: Der Aufsichtsrat des Kölner Unternehmens hat Kenneth Whipple (51), Vorstandsvorsitzender von Ford Europa, zum neuen Vorsitzenden gewählt.

BASF: Der Chemiekonzern bestätigte Gespräche mit der Siemens AG über eine Kooperation in der Datentechnik. Nach Presseberichten soll der BASF-Hardware-Bereich in eine neue Tochtergesellschaft unter Beteiligung von Siemens ausgegliedert werden.

SKF: Die gesunkenen Auftragseingänge im deutschen Maschinenbau und die aggressive Marktstrategie der japanischen Konkurrenten dämpfen bei dem Wälzlager-Hersteller den Optimismus. (S.9)

Kuwait: Die Hoechst AG und die Metallgesellschaft AG sehen keine Anzeichen, daß sich das Scheichtum von Anteilen getrennt hat. Das erklärten Sprecher zu Börsengerüchten.

Die Bundesrepublik im Mittelfeld der internationalen Streikbilanz

Weltweit immer weniger Arbeitskämpfe – Italien und Kanada sind Spitzenreiter

HANNO WIEDENHAUS, Bonn

Die Sreikbereitschaft hat in den vergangene Jahren deutlich abgenommen. Zwischen 1970 und 1985 sind in der Bundesrepublik durchschnittlich 1,1 Mill. Tage pro Jahr gestreikt worden. Dies geht aus einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft, IW, hervor, in der 17 Länder untersucht wurden. Im internationalen Vergleich liegen die deutschen Arbeitnehmer damit im Mittelfeld der Arbeitskampfstatistik.

Gemessen an der Anzahl der Beschäftigten des jeweiligen Landes hingegen ergibt sich folgendes Bild. 1276 Arbeitstage pro Jahr und 1000 Beschäftigten verloren die Italiener, die damit gefolgt von den Kanadiern (798) und Spaniern (729) die internationale Streikrangliste anführen. Die Amerikaner folgen bei dieser Berechnung an achter Position (269). Am Ende der IW-Liste finden sich die deutschen Arbeitehmer, mit 51 Tagen nur noch unterboten von Österreich und der Schweiz.

Von relativ geringer Bedeutung hingegen waren die arbeitskampfbedingten Zeitverluste aus gesamtwirtschaftlicher Sicht, betont das Institut. Ein Vergleich der Streik- und Krankheitstage in der Bundesrepublik mache dies deutlich: Im streikintensivsten Jahr 1984 gingen durch Krankheit 83 Stunden pro Mann verloren. Nur zwei Stunden je Arbeitnehmer hingegen betrug der Verlust durch Arbeitskämpfe, oder: mit 45 Mill. Stunden nur 0,1 Prozent des gesamten Arbeitsaufkommens (43,2 Mrd. Stunden). Von unterschiedlicher Bedeutung allerdings waren die Ausfälle in den einzelnen Branchen. Betrug der Anteil am Arbeitsvolumen in der Druckindustrie nur 0,8 Prozent in 1984, so mußte der Kraftfahrzeugbau im gleichen Jahr rund 2 Prozent Streikausfall hinnehmen.

Unterschiedlich waren auch die Verluste an Arbeitstagen in den einzelnen Jahren. Der für die Periode 1970 bis 1985 ermittelte Durchschnitt von 51 Tagen jährlich hierzulande wurde durch die hitzigen Kampfjahre der Drucker und Metaller in den Jahren 1978 (206 Tage) und 1984 (262 Tage) nach oben gedrückt.

Seit 1980 gehen die jährlichen Streiktage in absoluten Zahlen zurück und liegen zum Teil erheblich unter dem langfristigen Durchschnitt. Für die überwiegende Zahl der untersuchten Länder fällt das Jahr mit den geringsten Streikverlusten in die achtziger Jahre. Arbeitskampfrekorde für diese Periode verzeichneten nur Schweden 1980 und die Bundesrepublik 1984. Als Gründe für die abnehmende Streikbereitschaft nennt das Institut engere Verteilungsspielräume und die andauernde hohe Arbeitslosigkeit, die „das gesamtwirtschaftliche Bewußtsein der Arbeitnehmer geschärft und damit die Konfliktbereitschaft vermindert" hätten. Weitgehend unbeeinflußt zeige sich die Intensität der Arbeitskonflikte von anderen konjunkturellen Schwankungen, heißt es weiter in der Untersuchung. Es seien vielmehr davon unabhängige soziale und politische Ziele , für welche am hitzigsten gestreikt werde.

Wirtschaft warnt vor überzogener Publizitätspflicht

A. G. Bonn

Die von der EG-Kommission vorgeschlagene Einbeziehung der GmbH & Co. KG in die strengen Publizitäts- und Prüfungsvorschriften der Bilanzrichtlinien für Kapitalgesellschaften wird von der deutschen Wirtschaft abgelehnt. Wie es in einer Stellungnahme, die der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) zusammen mit anderen Spitzenorganisationen dem Bundesjustizministerium übermittelt hat, unter anderem heißt, sei der Kommissionsentwurf einer Ergänzungrichtlinie ein „einseitiger Schritt allein gegen deutsche mittelständische Unternehmen".

Mit dieser Richtlinie habe Brüssel nunmehr die Zielsetzung der Römischen Verträge eindeutig verlassen. Die GmbH & Co. KG-Ergänzungsrichtlinie sei letztlich nur Symptom eines verfehlten Harmonisierungsansatzes. Dies führe dazu, daß neue europäische Vorschriften von den betroffenen Unternehmen nur noch als Belastung empfunden würden, während der Nutzen für die Wirtschaft und die europäische Integration nicht mehr erkennbar werde. Dies müsse letztlich zu Lasten der europäischen Idee gehen. Richtig verstandene Harmonisierung bedeutet nach Ansicht der deutschen Wirtschaft eine Förderung der Unternehmen und nicht eine Addition der Belastungen.

AUF EIN WORT

„Von gewissen Gewerkschaftsführern darf man wohl sagen: Sie kamen, um Gutes zu tun, und sie endeten damit, es sich gutgehen zu lassen."

Christian Schwarz-Schilling, Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen. FOTO: LOTHAR KUCHARZ

Ausgaben für Forschung nicht verändert

VWD, Bonn

Das Bundesforschungsministerium (BMFT) will den Anteil der Grundlagenforschung im Haushalt des Ministeriums langfristig auf das jetzige Niveau von 35 Prozent festschreiben. Diese Absicht hat am Montag in Bonn der Staatssekretär des BMFT, Albert Probst, bei der Vorlage einer Zwischenbilanz der Förderung der Grundlagenforschung von 1982 bis 1986 bekräftigt. Nach Darstellung des BMFT stieg der Anteil der Haushaltsmittel des Ministeriums für diesen Zweck im genannten Zeitraum auf 35 Prozent – von 26 Prozent. Besonders hohe Steigerungsraten hatten dabei die Bereiche Biotechnologie, Geowissenschaften, Umwelt- und Klimaforschung sowie Meeres- und Weltraumforschung.

Etwa drei Viertel der vom BMFT für Grundlagenforschung eingesetzten Mittel fließen in die sogenannte institutionelle Förderung von Forschungseinrichtungen außerhalb der Universitäten. Dies sind insbesondere die Max-Planck-Gesellschaft und die 13 Großforschungsanlagen. Allein die Mittel zur Finanzierung der Grundlagenforschung in den Großforschungs-Einrichtungen kletterten in diesem Jahr auf 990 Mill. DM und werden 1987 aufgrund zahlreicher Großinvestitionen zum ersten Mal die Milliarden-DM-Grenze übersteigen.

In Karttes Klauen

Von HARALD POSNY

Auch wer plausible (nicht unbedingt gute) Gründe vorbringt, kann schlechte Karten haben. Das mußten in diesen Tagen die deutschen Rechtsschutzversicherer erfahren, denen die Zusage abgerungen worden war, im Rahmen eines angedrohten Mißbrauchsverfahrens auf zwei Jahrzehnte alle Kalkulations-Besonderheiten, den Risikozuschlag und den Gewinnzuschlag, zu verzichten.

Beide Zuschlagsformen, bislang nicht umstritten, im Fall des Gewinnzuschlags auch bei anderen Sparten gang und gäbe, sind in die üblichen Brutto-Beitragsempfehlungen des Verbands eingearbeitet. Man sieht sie nicht, man kennt sie nicht, als individuelle Größe mit gesetzlicher Begrenzung nach oben sind sie bei den Versicherern ein gut gehütetes Geheimnis. Das schon ist ein psychologisches Handicap für die Branche.

Das Bundeskartellamt hält die Kalkulation der Rechtsschutzversicherer für mißbräuchlich. Dagegen wehrt sich das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen.

Das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen (BAV) sieht in diesen Zuschlägen kein Haar in der Suppe, wohl aber das Bundeskartellamt, das am liebsten in Kalkulationsgrundlagen der Versicherer die Hände im Spiel haben will. Das BAV will dem beharrlich einen Riegel vorschieben.

Auch wenn Prof. Siegfried Klaue, der Leiter der zuständigen achten Beschlußabteilung des Bundeskartellamtes, vorrechnet, die Versicherten würden künftig rund 100 Millionen Mark an Prämien sparen; die Auseinandersetzung ist ein Streit um Kompetenzen zweier Bundesbehörden. Der Präsident des BAV, August Angerer, hat sich vehement gegen die Einmischung des Kartellamtes beim Genehmigungsverfahren von Versicherungsbedingungen und Geschäftsplänen gewandt, während das Kartellamt nicht ohne List darlegt, schließlich würden sich auch Verbesserungen oder Verschlechterungen der Bedingungswerke für den Kunden in Leistung oder Prämien auswirken, so oder so.

Angerer muß sich vorsehen, daß er nicht in Karttes Klauen gerät. Schnell könnte sich bei den publicityerfahrenen Kartellbeamten unter Prof. Kartte eine „Über-Aufsicht" entwickeln. Das Kartellamt will ja nicht nur mehr Preiswettbewerb und damit günstige Prämien für die Versicherten, es möchte vielmehr über eigene Einschaltung unterschiedliche Bedingungsgenehmigungen erreichen, öffnet damit jedoch einer verbraucherunfreundlichen Intransparenz Tür und Tor.

Man wundert sich hin und wieder, wie bestimmte rechtliche und wirtschaftliche Zusammenhänge „locker vom Hocker" als mißbräuchlich angeprangert werden, notwendige und unstreitige Verbandsstatistiken angezweifelt werden, wenn man schon selbst dem Wettbewerb als Marktkorrektiv mißtraut. Niemand wird ernsthaft behaupten, daß sich die 40 Rechtsschutzversicherer in der Vergangenheit „goldene Nasen" verdient haben. Bis 1984 zumindest haben sie mehr als 150 Millionen Mark an technischen Verlusten eingefahren.

Damit wird aber der Risikozuschlag begründet. Gerade die Rechtsschutzversicherer unterliegen vielerlei administrativen Preisen, die sie selbst also nicht beeinflussen können. Jede vom Gesetzgeber beschlossene Erhöhung von Anwalts-, Gerichts-, Zeugen- und Sachverständigengebühren sowie inflationsbedingt höhere Streitwerte schlagen voll auf die Versicherer durch. Die Gewinnzuschläge dienen am wenigsten der Aktionärsdividende, sondern der Eigenkapitalausstattung. Bislang wurde sie zwar meist aus den Kapitalerträgen dargestellt, nur sollten die technischen Ergebnisse zumindest ausgeglichen sein.

Risikozuschläge mögen unerwünscht sein, sie sind zumindest begründbar. Ein Mißbrauch also, wenn Versicherer die gefährlichen, im voraus oft kaum belegbaren Änderungsrisiken in der Beitragskalkulation berücksichtigen? Wohl kaum. Prämienanpassungsklauseln wirken – wenn überhaupt – nur mit erheblicher zeitlicher Verzögerung.

Zwei Auffassungen stoßen sich im Raum: das Kartellamt würde in der Konsequenz lieber eine Versicherung pleite gehen lassen, die Versicherungsaufsicht sieht als oberstes Prinzip die Erfüllbarkeit langfristiger Verträge. Im Herbst wird der Streit zwischen den beiden Bundesbehörden auf die Spitze getrieben, wenn das Kartellamt in einem Musterverfahren die Prämienanpassungsklausel in der Auto-Teilkaskoversicherung aus den Angeln heben will. Die Kartellbehörde muß wissen, daß schon einmal über eine Prämienanpassungsklausel vor dem Bundesverwaltungsgericht entschieden worden ist, und zwar zugunsten der Rechtsschutzversicherer.

Immer neue Fragen bei Harmstorf

GEORG BAUER, Kiel

Der Niedergang der zur Harmstorf-Gruppe gehörenden Werften in Büsum, Flensburg und Lübeck wirft im Norden zunehmend Fragen nach den finanziellen Transaktionen des Konzerns im Vorfeld des Antrags auf Eröffnung eines Vergleichsverfahrens auf. Im Mittelpunkt der Diskussion stehen vor allem zwei Fragen. Was ist aus den drei Millionen Mark geworden, die die Landesregierung in Kiel im Zusammenhang mit ihrer Rettungsaktion für den Konzern im Februar dieses Jahres für einen Sozialplan der Büsumer Werft zur Verfügung gestellt hat? Und entsprechen die bisherigen Leistungen für den Bau zweier Flottendienstboote im Auftrag des Bundesministeriums der Verteidigung den bisher überwiesenen Geldern?

Nach Aussage von Oberstleutnant Trittermann, Sprecher für Luftwaffe und Rüstungsprojekte auf der Hardthöhe, flossen für den Bau der Boote in Flensburg bisher 75 Mill. DM an die Harmstorf-Gruppe. Unter Hinweis auf den Bau von Sektionen des Schiffes meinte Trittermann gegenüber der WELT: „Der Stand der Arbeiten entspricht den bisher erbrachten Leistungen." Das Gegenteil hingegen hört man aus Flensburg.

In dieser Woche wollen sich daher Vertreter des Verteidigungsministeriums, der Banken und der Harmstorf-Gruppe in Bonn zusammensetzen, um die Zukunft des Projektes zu beraten. Wie es heißt, denkt das Verteidigungsministerium bereits über einen neuen Generalunternehmer für den Bau der Boote nach.

Ungewiß ist auch das Verbleiben der 3 Mill. DM von seiten der Landesregierung. Wie der Wirtschaftsminister des Landes, Biermann, sagte, sei bei der Vorlage eines Sanierungskonzeptes auch ein Sozialplan im Gesamtkonzept für die zur Entlassung anstehenden Mitarbeiter in Büsum vorgesehen gewesen. Biermann: „Die Landesregierung hat mit ihrem finanziellen Beitrag das Konzept insgesamt, also auch den Sozialplan, gestützt und nicht bestimmte herausgenommene Teilbereiche des Konzepts. Die Landesregierung geht dabei davon aus, daß mit den ersten Zahlungen auch die im Konzept vorgesehenen Mittel für den Sozialplan zur Verfügung standen." Das Konto aber, zu dem angeblich nur der Gründer des Unternehmens, Alnwick F. Harmstorf und der Vorstandsvorsitzende des Konzerns, Bernd Kosegarten, Zugriff haben, wies vor der Eröffnung des Vergleichsantrags diese Summe nicht mehr aus.

In Kreisen der Union des nördlichsten Bundeslandes wird angesichts der Harmstorf-Misere, die zu einer Affäre zu werden scheint, laut darüber nachgedacht, ob für die Sanierung der Werften bereitgestellte Gelder nicht in andere Aktivitäten der Gruppe geflossen sind. Der Firmengründer, der der Landesregierung vorhielt, sie habe mit ihrer Hilfe nur das Werftensterben künstlich verlängert, meinte auf die Frage nach der Zukunft seines Unternehmens: „Man versucht, eine Gruppe zu bilden von Betrieben, die schiffbaufremd sind, die sich tragen, die gesund sind. Und wir versuchen, vielleicht eine Werft daran zu hängen und dann über diese Gruppe Kontakt zur Großindustrie zu bekommen und die Tochter irgendeines Großbetriebes zu werden."

Prügel für die Braven

J. G. – Ungeachtet aller Erfolge in der Stahlrohr-Produktveredelung muß auch die Familienfirma Benteler, weit hinter Mannesmann (und ohne die von Benteler nicht produzierten Großrohre) zweitgrößter deutscher Röhrenproduzent, in diesem Jahr mit massiver Kurzarbeit sowie mit Kapazitätskürzung der weltweiten Röhrenkrise bitteren Tribut zollen. Fast ein Zehntel der Arbeitsplätze in der Gruppe (bei Mannesmann-Röhren-Werke sogar ein Viertel) geht dabei erst eimal perdu. Und dies nur, weil die Folgen schwacher Rohrkonjunktur durch Subventionen zugunsten der Konkurrenz multipliziert werden.

Glasklar zeigt sich das beim für die deutschen Produzenten wichtigsten Teil der Geschäftsbaisse, der drastischen Röhrenimport-Beschränkung auf dem Riesenmarkt der USA. Benteler-Chef Adams, „mit großer Mühe um so moderate Ausdrucksweise ringend", pointiert: Gar kein Verständnis habe die Firma dafür, daß ein solches subventionsfrei gebliebenes Privatunternehmen im Rahmen des „praktisch erzwungenen" Selbstbeschränkungsabkommens für Lieferungen europäischer Produzenter in die USA genau so behandelt werde wie hoch subventionierte Unternehmen.

Und an die Adresse der EG-Stahlpolitik: Da plädiere man zwar lautstark für Leistungswettbewerb, doch zugleich würden die Subventionsfreien in einen Topf mit denen geworfen, „die Subventionen im Preis weitergegeben und damit die amerikanischen Abwehrmaßnahmen zum großen Teil verursacht haben". Das kann man getrost mit stärkeren Worten kritisieren. Wenn auch die Braven Prügel bekommen, ist der Verfall der Sitten unausweichlich. Und den bezahlt dann letztlich der Steuerbürger überall mit Subventionen. Auch wenn im Europamarkt aller Stahlprodukte von Freiheit schon seit einem Dutzend Jahren nicht mehr die Rede ist, bleibt das Geißen politischen Unfugs sinnvoll,- zumindest als letzte Hoffnung.

Yen verursacht Krisenstimmung

Japans Unternehmen gewähren nur geringe Lohnerhöhungen

dpa/VWD, Tokio

Zum ersten *Mal* in der Nachkriegsgeschichte ist der US-Dollar gestern an der Devisenbörse in Tokio unter 155 Yen gehandelt worden. Damit wurde erneut eine der vielen „psychologischen Schwellen" überschritten. Die Devisenbörse reagierte wenige Stunden später: Der Nikkei-Index für 225 Aktien fiel um 539,46 auf 17 301 Punkte, der schärfste Tagesrückgang in der Geschichte. Der Kurs erholte sich bis zum Börsenschluß auf 17 522 Punkte. Der Kurssturz beweist die Nervosität der japanischen Wirtschaft angesichts der schwindenden Exportaussichten durch den Höhenflug des Yen.

Oberflächlich und auf Dollar-Basis betrachtet, nehmen die japanischen Handelsüberschüsse weiter zu. Für die ersten zehn Tage im Juli wurden gestern Exportsteigerungen um 21,5 Prozent und Importzunahmen um 8,5 Prozent im Vergleich zur entsprechenden Vorjahreszeit veröffentlicht. Auf Yen-Basis allerdings gingen die Exporte um 18,4 Prozent und die Importe um 27,1 Prozent zurück.

Japanische Autoproduzenten erhielten vor einem Jahr eine Kontogutschrift von 2,4 Mill. Yen, wenn sie in den USA ein Auto für 10 000 Dollar verkauften – heute sind das nur noch 1,55 Mill. Yen. In Dollar-Werten ausgedrückt sind die japanischen Arbeitnehmer durch die Yen-Aufwertung inzwischen die höchstbezahlten der Welt. Nach einer Statistik des Tokioter Arbeitsministeriums lag das Realeinkommen für die Beschäftigten in der verarbeitenden Industrie schon bei einem Dollar-Yen-Kurs von 160 bei 1872 Dollar monatlich, erheblich über dem der US-Kollegen mit 1671 Dollar oder dem westdeutschen *Durchschnitt von 1280 Dollar.*

Unter Berufung auf die negativen Folgen des Yen-Kurses gewährten die japanischen Unternehmer ihren Beschäftigten in der letzten Frühjahrs-Lohnrunde die niedrigsten Zuschläge seit dem Beginn der Statistik in den 50er Jahren. Auch mit den Zulieferern wird härter verhandelt. Nippon Steel Corp., selbst hart bedrängt, gestand dem größten japanischen Autohersteller Toyota Motor Corp. vor einigen Tagen zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg Preissenkungen um durchschnittlich zwei Prozent zu und setzte damit vermutlich ein Beispiel für allgemein niedrigere Preise für Lieferungen an die Autoindustrie.

Die japanische Regierung, die nach der Parlamentswahl in dieser Woche neu gebildet wird, betrachtet ein umfassendes Konjunkturprogramm mit einem außerordentlichen Haushalt im Herbst als dringlichste Aufgabe. Damit soll verhindert werden, daß die Wachstumsrate dieses Jahres, die offiziell immer noch mit vier Prozent projiziert ist, auf 2,5 oder noch weniger absinkt. Regierungschef Yasuhiro Nakasone hat dieser Tage bekräftigt, daß das Programm auch beträchtliche Mittel für zinsgünstige Kredite an kleine Unternehmen enthalten wird.

Hausse am britischen Immobilienmarkt

Im Vereinigten Königreich wohnen 64 Prozent in eigenen Wohnungen oder Häusern

WILHELM FURLER, London

1971 kaufte die Londoner Familie Pink im damals noch unfeinen Stadtteil Wandsworth ein Haus. Es stand in einer typischen Londoner Straße, die vom viktorianischen Stil geprägt war. Damals zahlten die Pinks für das Haus 3500 Pfund (zum heutigen Kurs 11 375 DM). Vor wenigen Tagen wurde in derselben Straße ein vergleichbares Haus verkauft: für 225 000 Pfund, rund 730 000 DM.

Dieses Beispiel spiegelt eine Entwicklung am britischen Immobilienmarkt wider, die so ganz der in der Bundesrepublik widerspricht. Besonders auffällig ist der Preisauftrieb in der Metropole. So schossen die Preise in den plötzlich als „chic" erkannten Stadtteilen Chelsea und Fulham im Südwesten Londons kräftig in die Höhe. Einfamilienhäuser sind kaum noch unter 400 000 Pfund zu haben.

Je stärker die Hauspreise in Chelsea anzogen, desto mehr Hausbesitzer verkauften ihr Eigentum gewinnbringend und suchten sich ein preiswerteres Zuhause im benachbarten Fulham.

Diese Wanderung wiederum trieb die Fulhamer Hauspreise in die Höhe. Das Bild der Anwohner wandelte sich. Zu den Künstlern und Schauspielern gesellten sich Broker, Anwälte und Wirtschaftsberater. Lagen die Preise für ein „terraced house" in ruhiger Lage (vier bis fünf Schlafzimmern) 1981/1982 unter 80 000 Pfund, so kosten sie heute mindestens 240 000 Pfund (780 000 DM).

Ähnliches gilt für die Südwest-*Londoner Stadtteile Putney, Wimble*don und Sheen. Immer wieder war in den letzten Jahren behauptet worden, der raketenhafte Anstieg der Immobilienpreise in diesen Gegenden müsse bald seinen Höhepunkt überschritten haben. Doch bislang ist davon nichts zu spüren. Der jüngsten Studie der Bausparkasse Halifax zufolge sind die Preise im Großraum London in den vergangenen zwölf Monaten im Schnitt um knapp 22 Prozent geklettert. Landesweit erhöhten sie sich durchschnittlich um gut zwölf Prozent.

Auch die Halifax weist Angaben, wonach sich der Anstieg der Hauspreise verlangsamt, als falsch zurück. So stiegen sie in den letzten drei Monaten um durchschnittlich 5,4 Prozent, verglichen mit einem fünfprozentigen Anstieg in den drei Monaten zuvor. Als Gründe gelten niedrigere Kredit- und Hypothekenkosten sowie ein höherer Lebensstandard bei niedriger Inflationsrate (2,5 Prozent) und weit darüberliegenden Anhebungen der Bezüge.

Die Kauflust der letzten Jahre hat dazu geführt, daß heute 64 Prozent der britischen Haushalte ein eigenes Haus oder eine eigene Wohnung besitzen. Damit ist nach Ansicht der Bausparkasse Nationwide der Sättigungspunkt nicht mehr fern. Nur noch 30 Prozent der Haushalte leben in Mietwohnungen, die in der Regel den Gemeinden und Stadtteil-Verwaltungen gehören.

Nach Angaben der Bausparkasse *Abbey National liegt* der *durch*schnittliche Hauspreis Großbritanniens (Häuser aller Typen und Preisklassen) bei 36 814 Pfund. Allerdings: Im Großraum London hat er inzwischen 54 425 Pfund erreicht, im noch günstigen Norden Englands nur 25 083 Pfund. Diese Schere öffnet sich immer stärker.

Wohin die Immobilienpreise in ein bis zwei Jahren tendieren, wenn die nächsten Parlamentswahlen und damit die Möglichkeit eines Labour-Wahlsieges bevorsteht, wagt niemand vorauszusagen. Außerdem gibt es Stimmen, die behaupten, daß sich immer mehr Ausländer aus London und damit aus den teuren Wohngegenden ins eigene Land oder in ein anderes *Ausland zurückziehen.*

Anlaß für diese Behauptung ist die Entscheidung der Regierung, einen erheblichen Einkommensteuer-Vorteil für Ausländer, die in Großbritannien als Mitarbeiter ausländischer Unternehmen beschäftigt sind, zu streichen. Bislang mußten solche Ausländer je nach Länge ihres Aufenthaltes nur einen Teil ihrer Bezüge versteuern.

Sollte es tatsächlich zu einer gewissen Ausländer-Abwanderung kommen, dann würde sich dies mit Sicherheit auf die Hauspreise in den teuren Wohngegenden Londons auswirken. Doch daran mag im Augenblick der Champagner-Laune kein Hausbesitzer denken.

Diskussion um EG-Finanzen

Die Fachminister beraten über den Haushalt für 1987

DW. Brüssel

Die Diskussionen über die Finanzen der Europäischen Gemeinschaft nehmen kein Ende. Gestern haben die Finanzminister oder ihre Vertreter begonnen, über den Haushalt 1987 zu beraten. Heute setzen sie die Gespräche fort. Experten erwarten allerdings kaum, daß die Ländervertreter sich schon in diesem Stadium auf einen Kompromiß einigen. Zu stark weichen die Meinungen voneinander ab. Vor allem zwei Ausgabenblöcke erhitzen die Gemüter: die landwirtschaftlichen Garantiefonds gegenüber den Regional- und Sozialfonds.

Während die Nordlichter – die Bundesrepublik, Frankreich, die Niederlande und die Dänen – ihre Agrarpolitik im Auge haben, legen die Italiener, Spanier, Portugiesen und die Griechen viel mehr Wert auf die regionale Förderung, von der sie am meisten profitieren. Nach einem Vorentwurf der Kommission, der den Beratungen zugrunde liegt, sollen die Ausgaben für die landwirtschaftlichen Garantiefonds 1987 um 3,8 Prozent auf knapp 49,3 Mrd. DM angehoben werden, die Ausgaben für die Sozial- und Regionalfonds hingegen um wackere 13,2 Prozent auf 20,7 Mrd. DM. Von diesem Anstieg wollen die Deutschen und „ihre Anhänger" nichts wissen, zumal er sich nicht im Rahmen der Haushaltsdisziplin bewegt. Danach dürfte der Steigerungssatz höchstens 8,1 Prozent betragen. Doch selbst das erscheint den Vertretern der nordischen Staaten als übertrieben. Für angemessen hielten sie rund vier Prozent.

Der Grund ist klar. In den vergangenen Jahren sind die Finanzierungsschwierigkeiten der EG erheblich gestiegen. 1984 und 1985 konnten nur Vor- und *Zuschüsse verhindern, daß* die EG zahlungsunfähig wird. Die Vorschüsse für 1984 muß die Gemeinschaft bis Ende 1989 zurückgezahlt haben. Die zusätzlichen Zahlungen des letzten Jahres wurden in Zuschüsse umgewandelt, so daß daraus keine weiteren Forderungen abgeleitet werden können.

Dennoch: Unter diesen Umständen wirkt selbst eine Erhöhung der Gesamtausgaben um 4,4 Prozent auf 78,9 Mrd. DM, wie die Kommission sie für 1987 vorschlägt, gewagt. Denn die EG-Eigenmittel wären damit nahezu ausgeschöpft. Außerdem erlaubte die Haushaltsdisziplin nur ein Volumen von 78,6 Mrd. DM; allerdings ließe auch dieser Betrag kaum Platz für ein Reservepolster.

Daß die Haupteinnahmequelle, der 1,4-Prozent-Anteil an den Mehrwertsteuereinnahmen der Mitgliedstaaten, in diesem Jahr sehr viel stärker sprudelt als früher, ändert an den Finanzschwierigkeiten wenig. Die um rund 60 Prozent erhöhten Einnahmen werden von der Ausgabeneskalation aufgesogen. Die weiteren Finanzquellen – Zölle, Agrarabschöpfungen, die Finanzbeiträge Griechenlands und jetzt auch Portugals anstelle der Mehrwertsteuergelder – steigen gar nicht oder nur unmerklich.

Wiener Börse bekämpft Flaute

Trotz guter Voraussetzungen hält die Lustlosigkeit an

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Relativ gut gehalten hat sich die Wiener Börse auch in diesem Jahr. Nachdem sie 1985 monatelang unter den Weltbörsen den größten Anstieg des allgemeinen Kursniveaus vermelden konnte, fiel der Kurseinbruch seit Anfang Mai 1986 vergleichsweise moderat aus: Der Börsenkammer-Index ging von 296,19 bis 18. Juli auf 260,96 um nahezu zwölf Prozent zurück.

Die Entwicklung während der nächsten Wochen oder Monate ist allerdings höchst unsicher, obwohl genug Liquidität vorhanden wäre, und das Zinsniveau aus Sicht der Anleger nicht gerade attraktiv ist, folgt die Stimmung in Wien dem vorherrschenden Trend an den internationalen Börsen. Die Lustlosigkeit des Publikums spiegelt sich in dürftigen Umsätzen wider. Und solange aus dem Ausland Kaufimpulse fehlen, werden sich in Wien die Kurse kaum nach oben bewegen.

Unabhängig von der Auslandsnachfrage sind vorerst die großen Banken am Wiener Platz für das Geschehen an der Börse, auch in den letzten Monaten, hauptverantwortlich.

Da gab es Neuemissionen zu überhöhten Preisen, deren Kurs gleich nach Einführung abstürzte. Dann wieder wurde Material einige Tage zurückgehalten, so daß der Kurs kurzfristig um rund 30 Prozent anstieg und dann erst das breite Publikum zu Höchstkursen befriedigt wurde, ehe ein scharfer Kursrückschlag erfolgte.

Derartiges und verschiedene Abrechnungsmodalitäten zuungunsten der Privatanleger waren natürlich nicht geeignet, beim privaten Publikum das nötige Vertrauen zu einer Börse zu festigen, die erst im Vorjahr aus einer jahrzehntelangen Lethargie erwacht ist.

Als weitere Belastung kommt hinzu, daß die steuerliche Begünstigung der „jungen" Aktien und die vorangegangene gute Börsenstimmung zu einer wahren Kapitalerhöhungsflut geführt haben, die praktisch ohne Auswirkung auf das Kursniveau Liquidität abschöpfte. Im ersten *Halbjahr* hatten solcherart zehn Gesellschaften 2,6 Mrd. Schilling aufgesogen; vier Neuemissionen erbrachten 800 Mill. Schilling; und mit den für die Kreditinstitute gleichsam als Aktienersatz und Haftkapital neu geschaffenen Partizipationsscheinen akquirierte die Kreditanstalt weitere 275 Mill. Schilling, so daß bis Ende Juli bereits 3,7 Mrd. *Schilling kursneutral* abgeschöpft wurden – im gesamten Jahr 1984 gab es an der Börse nur Kapitalerhöhungen im Gesamtausmaß von 1,6 Mrd. Schilling.

Und weil für den Rest des Jahres weitere Neuemissionen für die Firmen Voith, Tiroler Loden, Welsermühl und Pharmazent ebenso im Gespräch sind wie Kapitalerhöhungen und Partizipationsscheine anderer Banken, könnte die Wiener Börse schon bald überfordert sein, sofern nicht eine entsprechende Nachfrage aus dem Ausland für eine Entlastung sorgt. Die ist aber vorerst nicht zu spüren.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

Uhren-Christ kehrt zurück

Frankfurt (dpa/VWD) – Die in US-Besitz übergegangene Schmuck- und Uhrenkette Christ, Hanau, kommt wieder in deutsche Hände. Klaus Wiegandt, Generalbevollmächtigter des Handelsriesen Rewe-Handelsgesellschaft Leibbrand OHG, übernimmt Mitte August sämtliche Anteile der Christ-Gruppe Deutschland und Schweiz. Der Schmuckhersteller mit 90 Läden wird in diesem Jahr voraussichtlich einen Umsatz von 150 Millionen DM erzielen.

Buitoni bleibt ohne SME

Mailand (ds.) – Das zu dem De Benedetti-Konzern gehörende Nahrungsmittelunternehmen Buitoni S. p. A. wird in den kommenden Jahren hauptsächlich im Ausland expandieren und aquirieren. Diese Absicht besteht Konzernchef Carlo De Benedetti zufolge, nachdem das römische Landgericht jetzt die vor einem Jahr zwischen ihm und dem Präsidenten der Staatsholding IRI, Romano Prodi, abgeschlossene Vereinbarung zum Erwerb des IRI-eigenen Nahrungsmittelkonzerns SME für nichtig erklärt hat.

ADAC immer attraktiver

Düsseldorf (Py.) – Die im letzten Jahr um zehn Prozent gesenkten Beiträge *haben offensichtlich die* Attraktivität der ADAC-Rechtsschutz-Versicherung 1986 entscheidend erhöht. Die Gesamtprämieneinnahmen wuchsen um 4,2 Prozent auf 46 Mill. *DM, die Zahl der Verträge erhöhte* sich um 9,3 Prozent auf 573 500. Der Jahresüberschuß von 3,4 Mill. DM *geht je zur Hälfte in die Rücklagen* und an die Holding aller ADAC-Tochtergesellschaften. Die ADAC-Schutzbriefversicherungs AG steigerte ihre Mitgliederzahl um 11,5 Prozent auf 2,9 Mill. *und die Beiträge um 36,5* Prozent auf fast 95 Mill. DM. Die Gesellschaft ist mit einem Anteil von 75 Prozent Marktführer im Schutzbrief- und Verkehrsservice-Versicherungsbereich.

Mayer auch in Österreich

Stuttgart (nl.) – Das Schuh- und Sportfilialunternehmen Mayer-Schuh GmbH, Ditzenbach, an dem die co op-Gruppe minderheitlich beteiligt ist, hat die SIG-Concert-Beteiligungs Ges. m.b.H. übernommen, die ihrerseits an der Stapa Schuhgroßmarkt Hans Huemer KG, Lambach/Österreich, mit 50 Prozent beteiligt ist. Auf diese Weise stoßen zu der Mayer-Filialgruppe 60 Schuhfachgeschäfte in Wien, Nieder- und Oberösterreich.

Trendwende erwartet

Hameln (dos) – Die BHW-Bauspar*kasse, Hameln, hat im ersten Quartal* 1986 gut 82 500 neue Verträge mit einer Bausparsumme von rund 3,3 Mrd. DM abgeschlossen. Damit seien die Ergebnisse der entsprechenden *Vorjahreszeit wieder erreicht worden.* Das Plus von 1,6 Prozent beim Geldeingang zeige allerdings, daß sich die „Sparfähigkeit der BHW-Klientel" noch nicht nachhaltig verbessert habe. *Weiter erhöht auf 91 Prozent des* Neugeschäfts habe sich im Berichtszeitraum der Anteil des Bausparsy*stems „Dispo 2000".*

Krügerrand-Preis steigt

Johannesburg (dpa/VWD) – Die jüngste offiziell verfügte Verknappung des Krügerrands hat gestern an der Devisenbörse in Johannesburg den Preis für die südafrikanische Goldmünze um mehr als 14 Prozent auf 1155 Rand (etwa 970 DM) getrieben. Seit Montag ist der Verkauf auf den Gegenwert von 6000 Unzen Feingold in der Woche begrenzt.

Gespräche in Moskau

Moskau (dpa/VWD) – Vertreter der UdSSR und Chinas haben gestern in Moskau eine Erweiterung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen erörtert. Dies meldete die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur TASS. Am Donnerstag beginnt eine chinesische Wirtschaftsausstellung in der sowjetischen Hauptstadt; die bisher größte seit dem Bruch der Beziehungen zwischen beiden Ländern vor über zwanzig Jahren.

US-Qualm für Südkorea

Seoul (rtr) – Südkorea wird zur Verbesserung der Handelsbeziehungen mit den USA den Import von US-Zigaretten zulassen. Ein Sprecher der Regierung *versicherte, daß seine* Landsleute nach einer jetzt abgeschlossenen Vereinbarung mit den USA ab 1. September amerikanische Zigaretten kaufen und rauchen dür*fen. Bislang war der Besitz ausländi*scher Zigaretten verboten.

Bonn lobt Japans Importsteigerungen

A.G. Bonn

Nach der bisher sehr einseitigen Verflechtung seiner Handelsbeziehungen scheint Japan allmählich den Weg zur „Zweibahnstraße" im Au*ßenhandel* gefunden zu haben. Diesen Eindruck gibt das Bundeswirtschaftsministerium in einem Positionspapier über sich abzeichnende Veränderungen bei der Integration *dieses fernöstlichen Industriegigan*ten in die Weltwirtschaft wieder.

Immer unterstellt, daß die Yen-Aufwertung von Ende September 1985 anhält, zeichne sich ab, daß Japan auf dem Wege zu einem Hochpreisland sei, was auf die Dauer nicht allein durch Rationalisierungen und/oder „Preisdruck" auf heimische Unterlieferanten aufgefangen werden könne. Nicht zuletzt deshalb nehme die Verlagerung von Produktionen ins Ausland zu. Auch spielten technologische (Vor-)Erzeugnisse eine wachsende Rolle bei der Struktur der japanischen Fertigwarenimporte.

Das BMWi sieht in dieser Entwicklung eine Bestätigung seiner Handelspolitik gegenüber Japan: expansiver und nicht *defensiver* Abbau der Ungleichgewichte. Inzwischen sei der japanischen Regierung ein gemeinsames Papier zwecks Erleichterung der Pkw-Einfuhren vorgelegt worden. Eine an *das Ifo-Institut* vergebene Studie über das japanische Verteilungssystem soll potentiellen deutschen Japan-Firmen noch dieses Jahr Verhaltenshinweise und Le*benshilfe für den Umgang mit den* japanischen Behörden geben.

Italiens Firmen entdecken die Börse

ds. Mailand

An der Mailänder Börse sind in den ersten sieben Monaten dieses Jahres 21 neue Gesellschaften zum Börsenhandel zugelassen worden. Dazu ge*hören Großkonzerne wie der von der* Staatsholding IRI kontrollierte Flugzeugbauer Aeritalia; Italiens größtes Kreditinstitut Banca Nazionale del Lavoro; der *größte italienische* Chemiefaserhersteller Montefibre, *von* Montedison kontrolliert; sowie eine Reihe von Fiat- und Olivetti-Töchtern.

In der zweiten Jahreshälfte wird mit der Zulassung eines weiteren Dutzend Firmen gerechnet, womit in diesem Jahr ein Rekord an Neuzulassungen eintreten wird. Verglichen mit den anderen europäischen Börsen bleibt der Mailänder Aktienmarkt mit etwa 160 zugelassenen Gesellschaften und insgesamt etwa 220 Titeln dennoch arm an Material.

Börsenexperten rechnen damit, daß in den nächsten Jahren weitere Gesellschaften an die Börse gehen. Etwa 150 Unternehmen haben schon die Absicht bekundet, Antrag auf Börsenzulassung zu stellen.

Unter den großen Konzernen beabsichtigt Fiat in nächster Zeit weitere vier oder fünf Konzerngesellschaften an die Börse zu bringen. Große Pläne hat auch die dem Industriellen Carlo De Benedetti gehörende Firmengruppe. Die Staatsholdings IRI und ENI wollen insgesamt etwa ein Dutzend Töchter notieren lassen. Ursache für *das erwachte Interesse ist der Wandel* am italienischen Kapitalmarkt.

Dr. rer. pol. Kurt Dankworth

* *14. 10. 1898* Magdeburg † *16. 7. 1986* Königsbronn

In Liebe und Dankbarkeit
Irmgard Dankworth geb. Mund
Dr. Jürgen F. Dankworth
Brigitte Dankworth geb. Vogeley
Dipl.-Ing. Geert Meyer
Inge Meyer geb. Dankworth
Ulrich C. Dankworth
Maureen Dankworth geb. Leahey
Dr. Rudolf Großkopf
Henriette Großkopf geb. Dankworth
und 9 Enkel

7923 Königsbronn (Eschenweg 11), Bensheim-Auerbach, Toronto, Neckarsulm

Die Beisetzung findet im engsten Familienkreis in aller Stille statt

Weinet nicht an meinem Grabe, gönnet mir die ewige Ruh, denkt was ich gelitten habe, eh' ich schloß die Augen zu.

Reinhard Schleiffenbaum

Diplom-Ingenieur
* 11. 4. *1931* † *19. 7. 1986*

Ein tapfer gekämpfter Kampf ist zu Ende.
Uns bleiben Erinnerungen und Dankbarkeiten.

Karla Metzig
mit Lutz und Katja
Karl Schleiffenbaum und Joan geb. York
mit Astrid, Ingrid, Jonathan und Kim
Hans-Dieter Keune und Gudrun geb. Schleiffenbaum
mit Karsten und Jutta

4030 Ratingen 5
Am Kiefernhain 2a
19. Juli 1986
Guildford/England, Menden 2

Die Trauerfeier ist am Mittwoch, den 23. Juli 1986 um 14 Uhr in der Friedhofskapelle auf dem Lintorfer Waldfriedhof, Krummenwegerstraße.
Anschließend erfolgt die Beerdigung.

Wir trauern um unser Vorstandsmitglied

Bernd Zurstiege

Er ging im 55. Lebensjahr viel zu früh von uns.

Über ein Jahrzehnt hat er unseren Vertrieb dynamisch und erfolgreich geführt. Seine Art, Menschen zu gewinnen und zu begeistern, sein hohes Verantwortungsbewußtsein und seine unternehmerische Weitsicht waren die herausragenden Merkmale seiner Persönlichkeit.

Wir bleiben ihm in Dankbarkeit verbunden.

Aufsichtsrat, Vorstand und Mitarbeiter
der
HAG GF Gesellschaften

Die Trauerfeier ist Donnerstag, 24. Juli 1986, um 11.30 Uhr in der Kapelle des Riensberger Friedhofes, Bremen.



Nur gedämpfter Optimismus

SKF rechnet in diesem Jahr mit einem leichten Wachstum

DANKWARD SEITZ, Schweinfurt

Deutet sich schon das nächste Wellental für die deutsche Wälzlagerindustrie an? Die Autokonjunktur läuft zwar unverändert auf Hochtouren. Doch in der für die Branche gleichermaßen äußerst wichtigen Maschinenbau-Industrie läßt der in den ersten fünf Monaten 1986 um sieben Prozent geringere Auftragseingang (Inland plus drei, Ausland minus 15 Prozent) bereits gewisse Skepsis aufkommen. Und mit leichter Sorge stellt man fest, daß seit einiger Zeit die Japaner zunehmend aggressiver auf den europäischen und deutschen Markt drängen. Auch künftig werden da „bei weitem nicht die Vorstellungen über notwendige Preiserhöhungen" zu realisieren sein.

Alles in allem ist dies für die deutsche SKF GmbH, Schweinfurt, nach den Worten ihres Vorsitzenden der Geschäftsführung, Kajo Neukirchen, kein Grund zum Pessimismus. Für 1987 könne durchaus noch mit einem Wachstum von zwei bis drei Prozent gerechnet werden, doch so ganz optimistisch wie noch vor wenigen Monaten sei man nicht mehr. Aber auch in Zukunft seien die Aussichten der Branche nicht schlecht. Das Wälzlager – inzwischen zwar 100 Jahre alt – stehe „erst am Anfang". Lediglich ein Viertel aller Lagerungen seien heute erst wälzgelagert. Darin sieht man bei SKF ein erhebliches Substitutionspotential, das man durch eine eigene höhere Wertschöpfung und ein verstärktes Angebot kompletter Problemlösungen für die Kunden nutzen will.

Noch allerdings bekommt die deutsche Tochter des weltgrößten Wälzlager-Herstellers, der schwedische SKF-Konzern in Göteborg, das Auftragsminus im deutschen Maschinenbau nicht zu spüren. Aufgrund des guten Ordereingangs und des vorhandenen Auftragsbestands (über 30 Prozent mehr als zur Vorjahreszeit) erwartet Neukirchen „wieder ein insgesamt gutes Jahr 1986". Bei einem um bis zu zehn Prozent besseren Inlandsgeschäft und um fünf bis sechs Prozent höheren Exporten rechnet er mit einem Umsatzwachstum im Teilkonzern von sieben bis acht Prozent auf über 1,8 Mrd. DM.

„Sehr zufrieden" zeigte sich Neukirchen mit der Geschäftsentwicklung 1985. Einschließlich ihrer Töchter erzielte die deutsche SKF ein beachtliches Umsatzplus von 15,6 Prozent auf 1,69 Mrd. DM. Das Inland steuerte dazu 966 Mill. DM (plus 16,9 Prozent) bei und der Export 727 Mill. DM (plus 13,9 Prozent). Die Kapazitätsauslastung verbesserte sich nochmals auf 95 (92) Prozent. Und um die gestiegene Nachfrage befriedigen zu können wurde die Mitarbeiterzahl um 310 auf 9920 aufgestockt. Am kräftigsten expandierte der Umsatz der SKF Textilmaschinenkomponenten GmbH, Bad Cannstatt, um 40 Prozent auf etwa 150 Mill. DM.

So hat sich auch die Ertragslage des Teilkonzerns bei einem „um über zehn Prozent" höheren Betriebsergebnis deutlich verbessert. Kein Spiegelbild dafür ist allerdings der Jahresüberschuß von 13,3 (13,8) Mill. DM oder der Steueraufwand von 32,2 (13,5) Mill. DM. Zuverlässiger dürfte da der Anstieg des Cash-flow auf 144,5 (126,1) Mill. DM sein, denn netto wanderten 35,5 Mill. DM in die Pensionsrückstellungen und Abschreibungen von 74,4 (57,7) Mill. DM bei Sachinvestitionen von 52 (55) Mill. DM. Zudem wurden die Bankverbindlichkeiten um 18 Mill. DM und das 1982 von der Muttergesellschaft gewährte Gesellschafterdarlehen um 74 Mill. auf 65 Mill. DM reduziert. Ausgeschüttet wurden an die schwedische SKF 14,2 (12,8) Mill. DM.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Augsburg: Nachl. d. Rauer Alfred, Königsbrunn; **Bad Berleburg:** Mode Wolff GmbH; **Bekkum:** Günther Klewitz, Kaufmann, Oelde; **Berlin-Charlottenburg:** Franz Offers; **Detmold:** H. Frickemeier Verlags-GmbH; **Dortmund:** Bödo-Recycling Umwelt- u. Klimatechnik GmbH; **Gütersloh:** Faßbender GmbH; **Hamburg:** Ulrich Nellen Handels- u. Beteiligungsges. mbH; Nachl. d. Hans-Ulrich Weise; Stig Waldorff Nielsen, Lauenburg; **Hofgeismar:** Textilwerk Hümme GmbH; KOMET Ausrüstungs- u. Bekleidungs GmbH; Komet Ausrüstungs- u. Bekleidungs-GmbH u. Co. Handels KG; **Kassel:** REAL Immobilientreuhand- u. Baubetreuungsges. mbH; **Lüdinghausen:** J. V. G. GmbH Jahreswagen- u. Kraftfahrzeug-Vermittlungs-GmbH, Senden-Bösenell;

Mayen: Herbert Retterath, Andernach; **Stuttgart:** Nachl. d. Norbert Hans Poehlke, Backnang-Strümpfelbach; Christian Franke, Murrhardt; **Wolfratshausen:** Klaus Rinner GmbH, Bad Tölz; Vitrine am Bräustüberl Glas-, Porzellan-, Geschenkartikel GmbH, Tegernsee.

Gute Programm-Mischung hilft in Stahlrohrkrise

Benteler-Gruppe baut Umformtechnik auch im Ausland aus – Für 1985 das seit langem beste Ergebnis vorgelegt

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Nach einigen Jahren der Schweigsamkeit, begleitet von Irrungen und Wirrungen unter den beiden betagten Eigentümer-Brüdern Erich und Helmut Benteler, präsentiert sich die Benteler-Gruppe, Schloß Neuhaus/Paderborn, mit freiwillig erstelltem ersten Inlandskonzern-Abschluß für 1985 in einer auch beim Ertrag bemerkenswert guten Verfassung. Der neue Vorstandsvorsitzende Peter Adams kann für dieses erste Jahr seiner Amtsführung beim nun 110 Jahre alten Familienunternehmen in Innenfinanzierungskraft wie im Gewinn vor Steuern (5,2 Prozent Umsatzrendite) das seit langem beste Ergebnis vorweisen.

Ein besonders beachtliches Ergebnis, da auch dieser (mit weitem Abstand hinter Mannesmann) wohl immer noch zweitgrößte deutsche Stahlrohrproduzent von der weltweiten Röhrenkrise nicht ungeschoren bleibt. Doch mit dem Rohr groß geworden, haben die Bentelers sich frühzeitig, ohne Irritation durch zuweilen schwere Rückschläge der regionalen wie der Produkt-Diversifikation, um die Fortentwicklung des Traditionsprodukts zu möglichst hohen (und weniger strukturanfälligen) Veredelungsstufen bemüht.

Zwischenbilanz daraus: Aus dem Problembereich einfacher geschweißter Leitungsrohre (Bauindustrie) hat man sich längst zurückgezogen, der mit dem Ölpreisverfall einhergehende Zusammenbruch des Ölfeldrohrgeschäfts trifft nur noch ein Zehntel des Konzernumsatzes. Von diesem stellten nahtlose Warmrohre 1985 noch 32,1 (35,6 und vor vier Jahren 45,5) Prozent, die nachhaltig gut im Markt liegenden Präzisionsrohre (nahtlos und geschweißt) 23,7 (21,8) Prozent, der besonders aus der Rohr-Weiterverarbeitung hervorgegangene und auf autoindustrielle Kundschaft konzentrierte Bereich „Umformtechnik" 18,5 (17,8) Prozent.

Zumal in letzterem Bereich, zu dem auch (nicht konsolidiert) die USA-Fabrik in Grand Rapids/Michigan mit ihrem binnen zwei Jahren auf 68 Mill. Dollar verdoppelten Umsatz gehört, will Benteler in den nächsten Jahren kräftig weiterwachsen und 1990 etwa 40 Prozent des Weltumsatzes damit erzielen. Etappen auf diesem Weg werden mit der Absicht angedeutet, den Auslandszug der deutschen Autoindustrie zunächst mit spanischer Betriebsstätte (Beteiligungserwerb) zu folgen und daheim in Paderborn für Katalysator-Autos ab nächstem Jahr den Präzisrohrbereich auf die Produktion von geschweißten Edelstahlrohren auszudehnen.

Das alles freilich bringt vorerst nur begrenzte Freiheit von der den Nahtlos-Warmrohrbereich 1986 verstärkt treffenden Branchenkrise. Adams rechnet daraus für das volle Jahr mit fünf bis zehn Prozent Minus im Konzernumsatz und schlechterem („noch befriedigendem") Gewinn. Deutliches Krisenzeichen auch: Rund 4200 Konzernbeschäftigte sind jetzt (vorerst bis August) auf Kurzarbeit gesetzt, das „veraltete kleinere" Rohrwerk in Schloß Neuhaus wird stillgelegt, desgleichen das dortige, schon auf den halben Ausstoß zurückgefahrene Elektrostahlwerk, dessen Umweltschutz-Umrüstung zu teuer geworden wäre. Die davon betroffenen 650 Leute hofft man größtenteils konzernintern umzusetzen.

Offen hält sich der Vorstand noch, ob man die eigene Rohstahlbasis (700 000 t) nun durch 48 Mill. DM teuren Ausbau des zweiten und größeren Elektrostahlwerks Lingen/Ems komplett sichert oder mit „maximimal 25 Prozent" des Bedarfs auf Zukauf ausweicht. Partner gäbe es für die Gruppe, die notabene von den Steuerproblemen ihrer Eigentümer „nicht betroffen" ist, zwar zur Genüge. Aber vorerst hat man Lust am Poker-Spiel.

Benteler[1]	1985	± %
Umsatz (Mill. DM)	1462	– 3,3
Exportanteil (%)	44	(45)
Beschäftigte[2]	7900	+ 2,7
Personalaufwand	423	+ 7,9
Sachinvestitionen	57,7	+ 24,9
Sachabschreibungen	70,7	+ 24,0
Cash-flow[3]	132	+ 16,1
Betriebsergebnis	117	+ 49,4
ao. Ergebnis	–41,4	(–13,5)
Gewinn vor Steuern	75,3	+ 16,4
Jahresüberschuß	39,7	– 13,1

[1] Inlandskonzern; [2] Jahresdurchschnitt; [3] Nach Steuern, vor Ausschüttung.

Der Importdruck hält an

Hohner litt unter schwachem Musikinstrumenten-Markt

VWD, Trossingen

Die Matth. Hohner AG, Trossingen, hat auch im Geschäftsjahr 1985 unter dem schwachen Branchenmarkt gelitten, der Umsatz im Musikfachhandel des Inlandes ist weiter gesunken, heißt es im Geschäftsbericht 1985. Dadurch hielt der Importdruck an. Etwa 60 Prozent des deutschen Musikinstrumentenbedarfs wird von Importen gedeckt, wovon etwa 70 Prozent aus Japan kommen.

Vor diesem Hintergrund ging der Umsatz der Hohner AG 1985 um rund 15,5 Mill. auf 122,7 Mill. DM zurück. Der Exportanteil verringerte sich auf 44 (46) Prozent. Der konsolidierte Gesamtumsatz der Gruppe, zu der neben der AG unter anderem die Zwischenholding Honika AG, Zug/Schweiz, die Accordia AG, Altstätten/Schweiz, die Hohner Panarmonic Ltd., Loughrea/Irland, die Hohner-Hellas Oy, Helsinki, sowie etwa ein Dutzend Vertriebsgesellschaften in aller Welt gehören, ging um 5,4 Prozent auf 173,3 Mill. DM zurück.

Der Umsatz im Bereich der traditionellen Musikinstrumente wie Mundharmonikas, Melodikas, Blockflöten und Akkordeons, der nach früheren Angaben etwa 40 Prozent des Hohner-Umsatzes ausmacht, konnte ausgeweitet werden. Bei Mundharmonikas ist Hohner Marktführer. Im Bereich elektronischer Musikinstrumente brachte ein starker Nachfragerückgang nach Heimorgeln dem Unternehmen einen Umsatzrückgang. Das neu aufgenommene Keyboard-Geschäft brachte noch nicht den erforderlichen Ausgleich, da sich Hohner hier erst noch die Anerkennung des Marktes erwerben muß.

Investiert wurden 9,3 (6,5) Mill. DM und fast unverändert 3,5 Mill. DM abgeschrieben. Die Phase der großen Investitionen in die Umstrukturierung der Festigungsstätten ist damit abgeschlossen.

Der Jahresfehlbetrag 1985 von 138 000 DM wurde durch einen entsprechenden Gewinnvortrag aus dem Vorjahr ausgeglichen. Die Zahlung einer Dividende entfällt erneut. Das Aktienkapital von 14 Mill. DM wird nach früheren Angaben zu etwa 68 Prozent von der Orion-Stiftung gehalten, in die die Familie Hohner ihren Anteil eingebracht hat. Die Hauptversammlung findet am 28. August 1986 in Trossingen statt.

Umsatzsteigerungen bei Otavi Minen AG

VWD, Frankfurt

Die Entwicklung der Otavi Minen AG, Frankfurt, bleibt auch im neuen Geschäftsjahr gespalten. Der Vorstand berichtet zwar über einen Anstieg des Gesamtumsatzes bis Ende April gegenüber der gleichen Vorjahreszeit von 17,5 Prozent, doch geht dies ausschließlich auf die gute Nachfrage-Entwicklung im Arbeitsgebiet Rohstoffe und Seltenmetalle zurück. Der Absatz von Bau- und Dämmstoffen erreichte im ersten Quartal nicht einmal den außergewöhnlich schlechten Vorjahresverkauf. Die Durststrecke der Anpassung an das nach Auffassung von Otavi dauerhaft niedrigere Marktvolumen werde noch einige Zeit beanspruchen, heißt es im jetzt vorgelegten Jahresbericht 1985.

Das vergangene Jahr brachte einen Umsatzanstieg um 16,9 Prozent auf 76,1 (65,1) Mill. DM. DM. Der Jahresüberschuß ging auf 1,0 (1,5) Mill. DM zurück. Aus 0,738 (0,976) Mill. DM Bilanzgewinn sollen drei (Vorjahr vier) DM Dividende je 50-DM-Aktie auf zwölf Mill. DM Grundkapital gezahlt werden. Hauptversammlung ist am 21. August in Frankfurt.

Erdgasverbrauch nimmt weiter zu

vos. Bonn

Um 9,6 Prozent gesteigert hat 1985 die Westfälische Ferngas AG (WFG) in Dortmund ihre Gasabgabe. Der Geschäftsbericht nennt als Grund neben den niedrigen Temperaturen zu Anfang des Jahres unter anderem die verbesserte Wirtschaftslage. Die Zuwachsrate beim Industriegas lag mit 5,4 Prozent sogar über der des realen Bruttosozialproduktes. Doch auch beim Kommunalgas verzeichnet die WFG deutliche Zuwächse: 10,2 Prozent im Bereich der Verteilerwerke und 17,6 Prozent bei den Ortsversorgungen. Am Bilanzstichtag wurden 46 000 Kunden versorgt. Die positive Absatzentwicklung hat sich in der ersten Hälfte dieses Jahres mit einer Steigerung der Erdgasabgabe um acht Prozent fortgesetzt.

86 Prozent der 54,4 Mio. DM investierten Mittel flossen in den Ausbau des Leitungsnetzes. Insgesamt wurden 194 Kilometer Leitungen verlegt.

Unverändert gegenüber dem Vorjahr blieben mit 1,067 Mrd. DM die Umsatzerlöse, der Bilanzgewinn stieg 1985 von 6,99 Mill. DM auf 7,38 Mill. DM. Wie zuvor wurde eine Dividende von zehn Prozent ausgezahlt.

Adig erhöht die Ausschüttung

sz. München

Insgesamt etwa 685 Mill. DM werden die Fonds der Adig Allgemeine Deutsche Investment-Gesellschaft mbH, München, für das Geschäftsjahr 1985/86 (30. 6.) ausschütten, rund 125 Mill. DM mehr als im Vorjahr. Obwohl bei fast allen Aktien- und gemischten Fonds die Barausschüttungen zurückgenommen wurden, ergibt sich letztendlich durch eine höhere anrechenbare Körperschaftsteuer eine um 0,05 DM verbesserte Gesamtausschüttung je Fonds.

Aufgrund der weltweit gesunkenen Zinsen konnten die Rentenfonds nur geringere Erträge erwirtschaften, so daß auch hier die Ausschüttungen reduziert werden mußten. Insgesamt wurde wieder, so die Gesellschaft, auf eine nennenswerte Beimischung außerordentlicher Erträge im Sinne der Substanzerhaltung verzichtet.

Im einzelnen werden für 1985/86 pro Anteil (ohne anrechenbare Körperschaftsteuer) folgende Beträge gezahlt: Adifonds 1,29 (1,29) DM, Adiverba 1,64 (1,71) DM, Fondak 1,06 (1,06) DM, Fondis 0,87 (0,91) DM, Fondra 3,79 (4,03) DM, Plusfonds 1,94 (2,09) DM. Deutlicher fiel der Abschlag beim Technologie-Fonds Aditec mit 0,87 (1,70) DM aus, jedoch waren in der Vorjahresausschüttung 0,92 DM für das Rumpfgeschäftsjahr 1983/84 enthalten. Für die Rentenfonds werden ausgeschüttet: Adirenta 1,65 (1,90) DM, Gotharent-Adig 6,50 (6,85) DM und den neuen Victoria Rent-Adig 3,00 (-) DM. Beim Fondirent werden erstmals für ein volles Geschäftsjahr 6,80 (4,20) DM gezahlt.

Anlegern, die ihre Erträge wieder anlegen, bietet Adig Rabatte: für die Rentenfonds 2 und die Aktien- und gemischten Fonds 3 Prozent.





Erst kommt der Zaster und danach kommt die Moral

DW. **München**

Ein Geheimnis ist es nicht mehr: Die Werbung geht fremd. Ihr Liebhaber heißt „Product Placement" – ihm werden besonders raffinierte Verführungskünste nachgesagt. Kein Wunder, daß solche Ausstrahlung Markenartikler aufhorchen läßt. Sie erkunden bei ihren Werbeagenturen die Reize des Werbe-Casanovas, und jene wiederum ziehen über dessen Tun in aller Öffentlichkeit detektivisch Erkundigungen ein. Was geht da vor?

Product Placement – das ist die Einschleusung eines Produktes oder *einer Dienstleistung gegen Zahlung* eines vereinbarten Betrages in den redaktionellen Teil einer Fernsehsendung oder einer Kinodarbietung. Zuhauf werden Markenprodukte in Filme und TV-Serien geschmuggelt und so plaziert, daß der Zuschauer auf den Geschmack kommen soll: James Bond empfiehlt im letzten Agententhriller seiner Gespielin ein bestimmtes *Katzenfutter, Kommissar* Schimanski wechselt auffallend die Automarke, während in der TV-Serie des WDR „Lindenstraße" Nahrungsmittel eines großen Herstellers peinlich oft und in eindeutiger Werbeabsicht in Großaufnahme ins Bild gerückt werden.

Das alles geschieht – in Anlehnung an Bert Brecht – nach dem fragwürdigen *Grundsatz: „Erst kommt der Zaster, und dann die Moral."* Denn hehrer Grundsatz ist, daß Werbung für Waren und Dienstleistungen grundsätzlich nicht mit Redaktionellem vermischt sein darf. „Jeder Einfluß von Werbeveranstaltern oder -trägern auf das übrige Programm ist auszuschließen", heißt es zum Beispiel ausdrücklich im ZDF-Staatsvertrag.

Wachstumsmarkt?

Heerscharen von Journalisten bemühen *sich zur Zeit, rechtliches* Licht in die Trennung von Werbung und Programm in Film, Funk und Fernsehen zu bringen. Und das scheint auch nötig. Denn „in Amerika ist Product Placement bereits ein blühender Geschäftszweig", meint ein Insider. Kein Wunder, daß die Agenturen zur Vermittlung solcher bisher unzulässigen Werbeformen aus dem *Boden schießen. Product Placement* sei der Wachstumsmarkt überhaupt, so „analysiert" der Geschäftsführer einer Münchner Produktionsgesellschaft. Wen wunderts. Der und seine Branche wollen den Markenartiklern einreden, bezahlte Plazierung von Produkten in redaktionellen Programmen bringe für weniger Werbegeld doppelte Werberesonanz beim Publikum.

Doch ist das so? Immerhin sollen bereits 50 Millionen Mark in diese lancierte Werbung fließen – eine *Zahl*, die allerdings mehr nach Public Relations der „Vermittlungsagenturen" riecht. Die Wirtschaft sollte sich *nicht* irritieren lassen: Diese 50 Millionen stehen im Verhältnis zu den 15 500 *Millionen Mark, die* von der Wirtschaft im Jahr für Werbeeinschaltungen aufgewandt werden – also nur 0,3 Prozent höchstens für solche Werbung. Da ist Vorsicht geboten.

Frage nach der Ökonomie

Doch es gibt noch mehr nachzudenken. Abgesehen davon, daß sich die werbungtreibende Firma fragen sollte, ob sie an der Verwilderung guter Sitten in den Medien beteiligt sein will: Selbst bei einer Legalisierung solcher „Werbung" bleibt doch die Frage nach der Ökonomie der Werbeinvestition.

Im TV-Werbespot bestimmt der Werbungtreibende Form und Stimmung seiner Produktpräsentation. Bei der Vorzeige-Werbung im redaktionellen Programm hat er gar nichts zu sagen. Die Zuschauer-Pleite der „Lindenstraße" steht da als Beispiel für viele. Und was bedeutet schon eine hohe Einschaltquote bei Fernsehprogrammen? Sobald ein redaktioneller Beitrag mit Werbung überfrachtet wird, stößt er auf Ablehnung beim Zuschauer.

Auch die Werbeagenturen wären gut beraten, Fragen zu stellen – zum Beispiel: Wenn Product Placement tatsächlich Karriere macht, was wird dann mit den hochbezahlten Kreativen in ihren Unternehmen? Die braucht man nicht bei Werbung, die nur das Produkt selber ins TV-Bild rückt. Die Rundfunkanstalten sind bereits jetzt in der juristischen Klemme. Sie dulden zum Teil etwas, das nicht erlaubt ist.

Sicherlich ist der Brechtsche Satz in unserer materiellen Welt nur schwer umkehrbar – also „erst die Moral, dann der Zaster". Wenn dabei aber alle gewönnen – die Werbungtreibenden, weil sie keine Werbegelder verplemperten, die Werbeagenturen, weil sie nicht den Ast absägten, auf dem sie sitzen und die TV-Anstalten, weil sie ihre Programmfreiheit behielten? Es wäre gesunder Egoismus – ganz legal.

British Airways: Image gründlich aufpoliert

Das äußere Erscheinungsbild spielt eine wichtige Rolle

hg. **Frankfurt**

„Früher haben wir nur Leute befördert – jetzt fragen wir, was wir für sie *tun können.*" So beschreibt *Antje* Brunstamp, in der Deutschland-Direktion von British Airways verant*wortlich für Marketing* und *Werbung*, einen Bewußtseinswandel in ihrem Unternehmen, den der Vorstandsvor*sitzende* Colin *Marshall Ende* 1984 verordnet hatte. Inzwischen sei der Prozeß fast abgeschlossen, und „heu*te befinden wir uns in der Endphase* der Umsetzung".

Im Zentrum der neuen Corporate Identity steht das geheimnisvolle Kürzel „PPF" – in Langschrift „Putting People First" oder „der Mensch steht an erster *Stelle*". Mittel zum Zweck ist die fortlaufende Mitarbeiterschulung, „denn es ist ja immer schwierig, solche Dinge rüberzukriegen". Immerhin wird der Fluggast jetzt am Schalter mit seinem Namen angeredet. Und die diesjährige Fluggastbewertung sei entschieden besser ausgefallen als die vorhergehende.

Eine wichtige Rolle bei der Neuorientierung spielt das äußere Erscheinungsbild: „Moderner, gedämpfter, eleganter" als früher wolle die „neue" British Airways sein, betont Frau Brunstamp – das beginne beim Flugzeug und ende beim Briefpapier. Im Lauf der vergangenen anderthalb Jahre sei „alles, was man sieht oder in die Hand nimmt", neu gestaltet worden; natürlich auch die Stadtbüros oder die Executive-Lounges in den Flughäfen.

Den letzten Schliff wird das Corporate Design der britischen Fluggesellschaft nun durch neue Uniformen für die 25 000 Mitarbeiter des Kabinen- und Bodenpersonals in den Farben blau, rot und perlgrau erhalten. Die Londoner Hauptverwaltung hat ihnen, getreu der „PPF"-Philosophie, einen ausgesprochen zivilen Anstrich gegeben. In Kürze werden sie auch in Deutschland zu sehen sein.



Neue Uniform als äußeres Zeichen des neuen Bewußtseins.
FOTO: BRITISH AIRWAYS

Sprengsätze für die Rundfunkwerbung

Werbewirtschaft kritisiert Harmonisierungsvorschlag der Brüsseler EG-Kommission

hg. **Bonn**

„Im Prinzip ja, aber in wesentlichen Details nein" – so nimmt die deutsche Werbewirtschaft den Richtlinienvorschlag der EG-Kommission für eine Angleichung der Rundfunkwerbung in den Mitgliedstaaten auf. Zwar halte man eine Harmonisierung im Grundsatz für sinnvoll, heißt es in einer Stellungnahme des Zentralverbands der Werbewirtschaft (ZAW), „aber Teile der in dem Kommissionspapier dargelegten Ideen könnten sich zum Sprengsatz für die Werbung in Hörfunk und Fernsehen entwickeln".

Besonders bedenklich findet man den Vorschlag der Eurokraten, die einzelnen Mitgliedstaaten sollten bestehende selbstdisziplinäre Verhaltensregeln – etwa im Zusammenhang mit der Werbung für alkoholische Getränke oder der Werbung vor und mit *Kindern – in gesetzliche Vorschriften* übernehmen. Wenn der Staat freiwillige Verhaltensregeln zu Gesetzen mache, „dann untergräbt er damit die freiwillige Zurückhaltung der Wirtschaft in besonders sensiblen Werbebereichen". Für die Dachorganisation der deutschen Werbewirtschaft wäre dies „das Ende unserer selbstdisziplinären Arbeit", in der zum Beispiel der Deutsche Werberat eine wesentliche Rolle spielt.

Im übrigen hätten die Selbstkon*trollmechanismen den Vorteil*, „daß sie allgemeiner und weiter gefaßt werden können als gesetzliche Bestimmungen" und daß ihre Auslegung schneller anzupassen sei; Gesetze hingegen, deren Auslegung Gerichten oder Behörden obliege, „müssen notwendigerweise schon aus Gründen der Rechtssicherheit enger und präziser formuliert sein als frei*willige Verhaltensregeln*".

In dieser Haltung fühlt sich die deutsche Werbewirtschaft durch die Bundesregierung bestätigt. Im jüngsten Drogenbericht hat die Regierungskoalition unter Hinweis auf die *freiwillige Selbstdisziplin der Werbe*wirtschaft deutlich zu erkennen gegeben, daß sie nicht die Absicht habe, die Werbung für alkoholische Getränke gesetzlich einzuschränken. Die Einhaltung dieser freiwilligen Verhaltensregeln „wird vom Deutschen Werberat mit weitgehendem Erfolg überwacht", heißt es dort.

Wenig Gefallen findet der ZAW auch am Vorschlag der *Kommission*, die Mitgliedstaaten sollten ihre nationalen Rundfunkveranstalter strengeren Vorschriften unterwerfen können, als sie die Richtlinie vorsieht. Dies führe zu einer Diskriminierung inländischer Rundfunkwerbung gegenüber *ausländischer, soweit sie* hier zu empfangen sei.

Strikt abgelehnt wird schließlich die Absicht der Brüsseler Kommissare, ausdrücklich eine „Überprüfung" jeder Rundfunkwerbung vor ihrer Ausstrahlung zur Pflicht zu machen. Diese Bestimmung sei „überflüssig, sinnlos und ein gefährliches Präjudiz", heißt es in der Stellungnahme des ZAW. Außerdem werde dadurch das Werbemedium „Rundfunk" gegenüber allen anderen Werbemedien *diskriminiert: Es sei schließlich bis*her noch niemand auf die Idee gekommen, für die Veröffentlichung von Werbungen in Zeitungen und Zeitschriften, die grenzüberschreitend verbreitet werden, solche Vorprüfungen vorzuschreiben.

Telekonferenzen als Ersatz für langwierige Schreiberei

Sony Deutschland eröffnet ein eigenes Musterstudio

JUTTA VOSSIEG, **Köln**

Obwohl die erste „Bild-Telefon-Leitung" bereits 1927 zwischen New York und Washington zustande kam, bezeichnet Ron Sommer, Geschäftsführer von Sony Deutschland, das Geschäft mit Video-Konferenz-Geräten als einen Markt der Zukunft. Davon will er seinem Unternehmen mindestens 25 Prozent sichern, hält aber 50 Prozent immer noch für durchaus realistisch. Mit einer Konferenzschaltung eröffnete Sony in Köln den eigenen *Video-Konferenzraum. Am* anderen Ende der Glasfaser-Leitung nahmen der Leiter des Museums Ludwig und Experten der Bundespost teil.

Video-Konferenzen, so der Sony-Chef, stellen keinen Ersatz für Ge*schäftsreisen dar und sind daher* auch keine Konkurrenz zu den Verkehrsbetrieben. Sie ermöglichen jedoch nachweislich beachtliche Produktivitätssteigerungen, indem Mitarbeiter entfernt liegender Werke Praxisfragen in wenigen Minuten klären können. Häufig geht es dabei um kleine Entscheidungen, für die niemand einen Reiseantrag ausfüllen würde. *Video-Konferenzen schaffen* also dort Kommunikation, wo bisher langwieriger Schriftverkehr stattfand.

Voraussetzung dafür ist ausgereifte Technik: Das hauseigene Studio bei Sony besteht aus einer Dokumentenkamera, die auch Folien oder Dias an den Konferenzpartner übermitteln kann, zwei Personenkameras und einer Raumkamera. Alle können per Fernbedienung auf Schärfe und Entfernung eingestellt werden. Das gesendete *Bild kann ständig auf der* Monitorwand überprüft werden, während auf anderen Bildschirmen die „Gegenüber" im anderen Studio zu sehen sind. Zur weiteren Ausstattung gehören ein Drucker, der die empfangenen Bilder dokumentieren kann, und eine große *Video-Lein*wand.

Kein Milliardenmarkt

Dieses Musterstudio, das Sony *hauptsächlich für Werbeveranstal*tungen nutzen will, kostet 400 000 Mark, doch eine kleinere Lösung ist schon ab 50 000 Mark lieferbar. Doch: Leistungsfähigkeit und Bequemlichkeit eines neuen Mediums fördern die Akzeptanz bei den Mitarbeitern, ist die Erfahrung bei Sony. Daher rech*net man hier überwiegend mit teure*ren Aufträgen. Trotz aller Zuversicht Ein Milliardenmarkt ist dies nicht *Höchstens 400 Millionen* Mark Umsatz, schätzt Ron Sommer, werden sich die Konkurrenten in den nächsten vier Jahren teilen.

Sony verfolgt mit dem Engagement in diesem Bereich die neue Strategie, vorhandene Unterhaltungselektronik auch auf dem Investitionsgütermarkt zu verkaufen. Die meisten Elemente des Konferenzraumes konnte das Unternehmen daher einfach aus dem vorhandenen Sortiment *nehmen. Lediglich der Elektro*nikblock hinter der großen Monitorwand, die eigentliche Konferenzeinheit, mußte entwickelt werden.

Probleme mit dem Ton

Schwierigkeiten bereitete hier weniger der Video-Komplex – dank Glasfaser wird hier Fernsehqualität erreicht – als die Tonübermittlung, die sich wegen des Problems der Rückkopplung und des Echos nur auf Telefonniveau bewegt. An einer Verbesserung arbeitet Sony noch.

Die Post besitzt inzwischen zwölf eigene Video-Konferenzräume, die auch privaten Interessenten offenstehen. Die Ford-Werke in Köln beispielsweise nutzen diese Einrichtung, um sich dreimal täglich mit ihren englischen Partnern zu besprechen. *Überdies wird allein das Kölner Stu*dio etwa *zwanzigmal* im Monat von anderen Firmen genutzt, allerdings häufig nur zum Kennenlernen.

Die Post hat zwar erst die Strecke Hamburg–Ruhrgebiet–Frankfurt mit *dem erforderlichen Glasfaser-Breit*band verkabelt (Kosten: rund 100 000 Mark pro Kilometer), kann jedoch bei Bedarf transportable Richtungssysteme einsetzen, die den gleichen Zweck erfüllen und später durch Kabel ersetzt werden. Die Anschlußgebühr beträgt 30 000 Mark, die monatliche Grundgebühr 1500 Mark und eine Konferenzstunde innerhalb Deutsch*lands 800 Mark*. Die Bundespost rechnet mit 100 Anschlüssen bis zum Jahresende. Die Konferenzschaltungen hält sie für „anzapfsicher" – jedenfalls von privater Seite. Nur eine Spionageorganisation könne sich den großen Aufwand leisten.

DIE ● WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: *Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M.* Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: *Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Ma*drid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: *Dr. Ernst-Dietrich Adler*

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

Noch tiefer ins Sommerloch

Schwacher Dollar erfordert weitere Kurskorrekturen

DW. – Für den sich am Wochenbeginn wieder beschleunigenden Kursrückgang am deutschen Aktienmarkt werden mehrere Gründen genannt. An der Spitze steht der weitere Verfall des Dollar. Zunehmend beunruhigt wird der Markt aber auch durch Gerüchte über angebliche Schwierigkeiten einer großen deutschen Spekulationsgruppe, die sich schon in Kursrückgängen bestimmter Papiere niederschlagen sollen. Außerdem wird auf den wachsenden Rückfluß deutscher Standardaktien aus den arabischen Ölstaaten hingewiesen.

Nach Beobachtungen der Börsianer haben die Kuwaitis in den letzten Monaten nicht nur ihre Schering-Aktien verkauft, sondern sind noch dabei, ihre Bestände bei Hoechst, Daimler und der Deutschen Bank abzubauen. Von den Banken lag die Deutsche Bank am Wochenbeginn zeitweise um mehr als 20 DM niedriger als am Wochenende. Auch Siemens-Aktien sollen aus dem arabischen Raum zurückfließen. Contigummi setzten ihren Abstieg weiter fort. Schwächer auch Phönix, wo der Kurs aber immer noch über dem von der Deutschen Bank für ihre Phönix-Aktien geforderten Preis von 175 DM blieb. Daimler und Mercedes gaben um jeweils 50 DM nach. VW fielen um rund 15 DM. Im Bereich der Maschinenbauwerte erwiesen sich Mannesmann mit einer Tageseinbuße von knapp 10 DM erneut als besonders empfindlich. Etwas stabilisiert hat sich die Lage im Bereich der Versorgungswerte, in denen sich Ausländer nur wenig engagiert haben, und die von der Inlandsspekulation kaum beachtet worden sind.

Frankfurt: Aesculap gaben um 19 DM nach, Ceag und Hutschenreuther verminderten sich jeweils um 20 DM. Ceckel zogen um 6 DM an, DLW verbesserten sich um 8 DM und Flachglas um 10 DM.

Düsseldorf: Audi sanken um 30 DM, Keramag fielen um 5 DM und Leffers um 8 DM. DAB zogen um 4,50 DM an, Verseidag konnten sich um 4 DM und Sternbrauerei um 2 DM verbessern.

Hamburg: Phoenix Gummi fielen um 7 DM zurück, Vereins- und Westbank gaben um 4 DM nach und HEW lagen um 2,80 DM leichter. Holsten Brauerei erholten sich um 4 DM.

Berlin: Kempinski konnten 6 DM zulegen. Berliner Elektro schwächten sich um 40 DM, Berthold um 19 DM und Rheinmetall St. um 10 DM ab. Orenstein büßten 9,50 DM ein.

München: Audi verminderten sich um 5 DM, AKS büßten 1,40 DM ein und Electro 2000 verloren 10 DM. Erlus erholten sich um 13 DM und Patrizier konnten sich um 4 DM verbessern.

Stuttgart: Mercedes wurden um 8 DM und Daimler um 40 DM zurückgenommen. Porsche stiegen um 9 DM und WMF Vz. erhöhten sich um 1 DM.

Nachbörse: schwächer

WELT-Aktienindex: 245,58 (249,80)
WELT-Umsatzindex: 2275 (2071)
Advance-decline-Zahl: 58 (101)
38-Tage-Linie: 268,02 (268,92)
200-Tage-Linie: 270,74 (270,63)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

Inland

		21.7.	18.7.
H	Aach M Best. 12,5	1975	2000
H	Aach. M. Vers. 7	1470bG	1500G
D	Aach. Rück. 9	2380T	2400bG
D	Asag *4	409G	409G
M	Ack-Gögg. 8	158	157,8
H	Adca 3	152	151
D	Adler 12+16	290G	290G
F	AEG 0	280,5	289,8
D	AEG KABEL 9	390G	390G
S	Aesculap 9	385bG	386
F	AGAB 5	158,5	159,8
D	Agrippina *0	3400	3650

		21.7.	18.7.
F	Cobl.Genußsch.	118	118,05
D	Conc. Chem. 4,5	219bB	219bB
B	Conc. Spinne * 0	480T	480T
D	Contigas 8	305bG	320
D	Conti Gummi 5	276,5	285,1
D	Dahlb. St. 7,65	248,5	252
D	dgl. Vz. 14,55	425	430
S	Daimler 12+2,5	1130	1170xG
M	Deckel AG 6	200,5	213
D	Dt. Atl. Tel.10	750T	780G
H	Doag 5	430bB	420,5
D	Dt. Babcock St. 3	166,5	169
D	dgl. Vz. 3,5	161	163
F	Dt. Bank 12	736	747,3
D	Dt. Centrboden 12	670	670G

		21.7.	18.7.
H	Hdl. Lüb. 9	550	560G
Hn	Hann. Papier 6	210	222,5
H	Harmstorf 0	42	39,5
D	Harpener 11	285	299,5
F	Hartm. & B.St. 6	2100G	2100G
F	dgl. Vz. 6	1390B	1390B
M	Hasen-Bräu 9	950G	950G
S	Heidelb. Zem. 7	555	580G
M	Heilit & W. 5	275G	275G
D	Hein, Lehm. *0	305	295xD
D	Heinr. Ind. *16+2	672	650T
D	Henkel 3	405	405
F	Henninger 2	154	150
B	Herlitz 7	161	160
B	dgl. Vz. 7,8	149,5	150
B	Hermes 7	820T	820T

		21.7.	18.7.
F	dgl. Vz. 6,5	318G	318
D	Mannesmann 6	171,5	178,8
F	Manah. Vers. 8	825	830
H	Markt & K. 8	285G	285G
F	MAN St. 2	210bG	217
F	dgl. Vz. 6	174	179,5
F	MAN-Rol. 20,2	545B	550bB
F	Massa	362	370
S	M.Müll.Weing. *0	300bG	300G
D	Mauser 0	85,7	85,5bG
F	Mercedes 10,5	983	1029xG
F	Metallges. 6	271	283
S	Met. u. Lack 0	119	125
B	Müag 6,5	450G	450G
F	Moenus 0	88G	88
F	Monachia 5	2400G	2400bG

Freiverkehr · Ungeregelt. Freiverkehr · Unnotierte Werte · Ausland in DM

Ausland

Amsterdam · Brüssel · Hongkong · Kopenhagen · London · Luxemburg · Madrid · Mailand · New York · Paris · Johannesburg · Stockholm · Tokio · Toronto · Wien

New York	21.7.	18.7.
Hercules	49,25	49,25
Hewlett Packard	37,625	37,875
Homestake Mining	22,125	22,25
Honeywell	65,25	66,125
IBM #	131,75	131,75
Inco Ltd. #	11,375	11,375
Inland Steel	15	15,625
Insp.Resources Corp.	4,375	4,375
Int. Tel. & Tel.	53,25	53,625
Int. Paper #	65,75	65,25
Jim Walter	44,375	44,5
Kaiser Aluminium	15,375	15,625
Kerr McGee	25,625	25,375
Lehmann	15,5	15,75
Litton Industries	75,25	74,875
Lockheed Corp.	47,25	47,25
Loew's Corp.	62,625	62,75
Lone Star	29,5	29,75
Louisiana Land	24,75	25,25
LTV Corp.	2,75	2,625
McDermott A	21	21,125
McDonald's #	71	71,375
McDonnell Doug.	80	80,25
Merck & Co. #	101,75	101,5
Merrill Lynch	35,25	34,75
Mesa Petroleum	3,375	3,375
Minnesota M. #	107,875	107
Mobil Oil	30,25	29,875
Monsanto	64,75	65,625
Morgan J.P.	86	86,75
Nat. Distillers	35,25	35,625
Nat. Semiconductor	9,125	9,125
Nat. Intergroup	17,875	18
Navistar Int. Corp. #	7,5	7,625
NCR	51,375	51,5
Turner Broadcast.	17	17,125
UAL	50	50,25
Ucoal Corp.	20,625	20,75
Union Carbide #	22,5	22,625
Union Oil of Calif.	18,375	18,125
US Gypsum	36,25	36,625
USX Corp. #	17,25	17
United Technolog. #	42,625	43
Walt Disney	49,75	49,875
Warner Comm.	48,375	48,5
Westinghouse E. #	50,75	50,5
Weyerhaeuser	32,75	32,875
Whittaker	28,125	28,125
Woolworth #	42,75	42,5
Wrigley	42,25	42
Xerox	49,125	49,75
Zenith Radio	22,75	22,875
Dow Jones Index	1778,54	1777,98
Stand. & Poor's	236,22	236,37

= Berechnung Dow Jones Index. Mitgeteilt von Merrill Lynch (Hbg.)

Oslo

	21.7.	18.7.
Bergen Bank	154,5	152,5
Borregaard	355	355
Den Norske Cred.	156	155,5
Elkem	102,5	101
Kreditkassen	169,5	169
Norsk Data	199	202,5
Norsk Hydro	146,5	150,5
Storebrand	266	267,5
OSE Ind. Index	349,40	350,99

Singapur

	21.7.	18.7.
Cycle + Car.	1,52	1,55
Cold Storage	3,36	3,34
Dev. Bk. of Sing.	6,8	6,85
Fraser + Neave	7,3	7,35
KL Kepong	1,46	1,49
Mal. Banking	3,68	3,76
Nat. Iron	3,86	3,86
OCBC	-	7,02
Sime Darby	1,38	1,44
Singapur Land	3,6	3,68
Un. Overs. Bank	3,92	3,09

Sydney

	21.7.	18.7.
ACI	350	340
Ampol. Explor.	175	170
Westpacific Banking	455	450
Bougainville Copper	265	255
Bridge Oil	70	68
Brok. Hill. Prop.	839	820
Coles	500	506
CRA	584	584
CSR (Theiss)	292	292
Metals Expl.	60	55
MIM-Holdings	177	178
North Broken Hill	180	178
Oakbridge	75	75
Peko Wallsend	518	514

Zürich

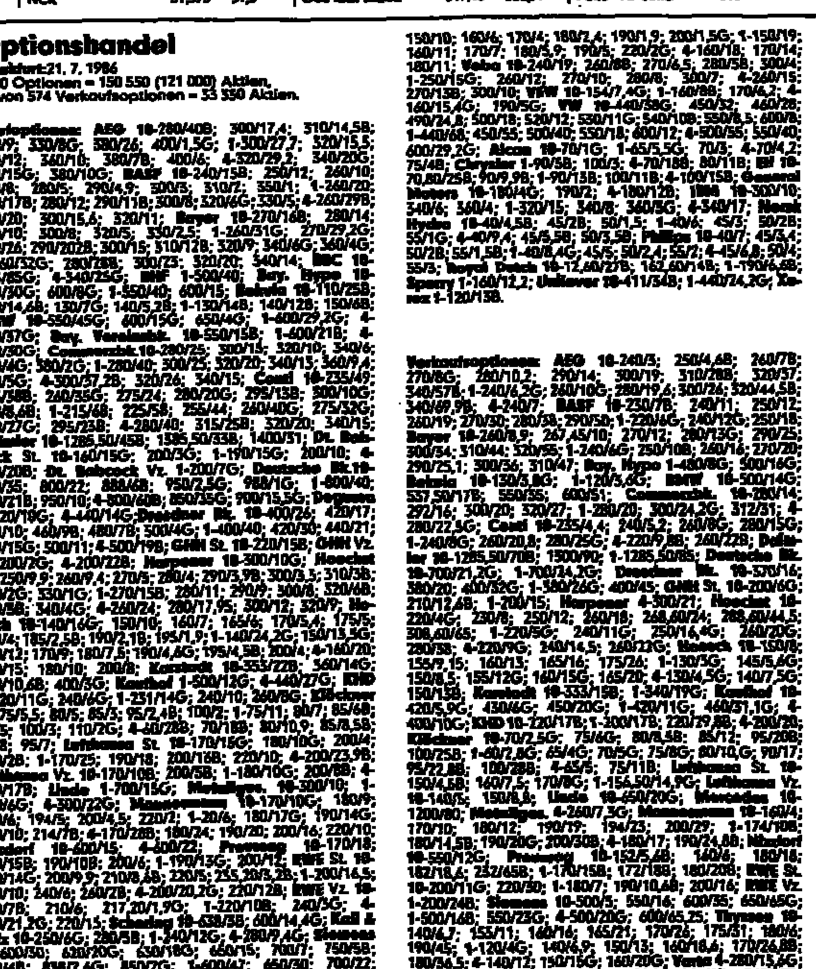
	21.7.	18.7.
Brown Boveri	1705	1725
Ciba Geigy Inh.	3100	3200
Ciba Geigy Part.	2310	2385
Elektr. Watt	3300	3390
Georg Fischer Inh.	1590	1620
Mag.z.Globus Part.	1470	1500
H. La Roche 1/10	9850	10000
Holderbank	4325	4375
Italo-Suisse	305	313
Jacobs Suchard Inh	8000	8050
Jelmoli	3500	3530
Landis Gyr	1800	1820
Mövenpick Inh.	6300	6500
Motor Columbus	1770	1760
Nestlé Inh.	7975	8050
Oerlikon-Bührle	1690	1750
Sandoz NA	4000	4075
Sandoz Inh.	11100	11390
Sandoz Part.	-	1550
Ad. A. Saurer	205	210
Schw. Bankges.	5470	5550
Schw. Bankverein	508	517
Schw. Kredit. A. Inh.	-	3680
Schw. Rückv. Inh	15800	16100
Schw. Volksb. Inh.	2390	2430
Sika -B-	3660	3675
Gebr. Sulzer Part.	555	562
Swissair	1520	1560
dgl. NA	1170	1220
Winterthur Inh.	6200	6250
Winterthur Part.	1045	1060
Zür. Vers. Inh.	7075	7200
Index: Schw. Kred.	497,30	498,80

Inlandszertifikate

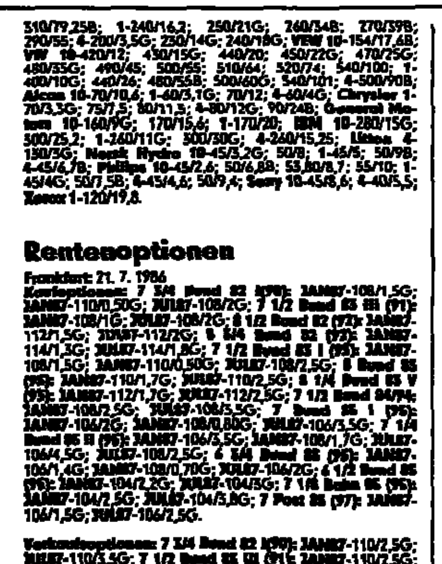
Auslandszertifikate

Optionshandel

Frankfurt: 21. 7. 1986
2830 Optionen = 150 550 (121 000) Aktien, davon 574 Verkaufsoptionen = 53 350 Aktien.



Rentenoptionen



Verkaufsoptionen: 7 3/4 Bund 82 I (90): JAN87-110/2,5G; JUL87-110/3,5G; 7 1/2 Bund 85 III (91): JAN87-110/2,5G; JUL87-108/1,9G; JUL87-110/3,5G; 8 1/2 Bund 82 (92): JAN87-114/3G; JUL87-114/4G; 8 3/4 Bund 82 (92): JAN87-114/2,2G; JUL87-114/3,5G; 7 1/2 Bund 85 I (95): JAN87-110/2,5G; JUL87-110/3G; 8 Bund 85 (95): JAN87-112/2,5G; JUL87-112/4G; 8 1/4 Bund 85 V (95): JAN87-114/2,5G; JUL87-114/3G; 7 1/2 Bund 84/94: JAN87-110/2,5G; JUL87-110/3G; 7 Bund 86 I (96): JAN87-108/2G; JUL87-106/2G; JUL87-108/2,5G; 7 1/4 Bund 86 II (96): JAN87-110/2,5G; JUL87-110/3,5G; 6 3/4 Bund 86 (96): JAN87-108/2,5G; JUL87-108/3G; 6 1/2 Bund 86 (96): JAN87-106/2G; JUL87-104/2G; JUL87-106/2,7G; 7 1/8 Bahn 86 (96): JAN87-106/2G; JUL87-106/2,8G; 7 Post 86 (97): JAN87-108/3G; JUL87-106/3G; JUL87-108/4G.

Junge Aktien

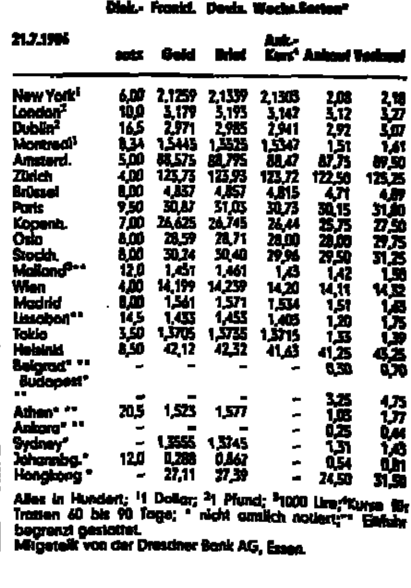
Berlin: Hermes 770B, Kötitzer 2260B, VAB 2650T. Düsseldorf: IKB 257G, Lehnkering 220G. Frankfurt: Adt 68,1G, Bay. Hypo 535, IKB 257T, Magdeburger Feuer NA 550G, Magdeburger Feuer 1100G, Mercedes 960, Pfaff 228T, Ymos 165,5 Hamburg: Doag 405G. München: IKB 266B, Mercedes 970; Stumpf 121,5G, VAB 2200T.

Bezugsrechte: Frankfurt: Allianz Vers. 69, Bull 0,7, Goldschmidt 3,6, Salamander 1,3. Düsseldorf: Allianz Vers. 69, Stöhr 7,5.

Devisenmärkte

Der Kursrutsch des Dollar vom Freitag lähmte am 21. Juli die Märkte. Es entwickelte sich kaum Geschäft, da man auf die morgige Veröffentlichung der Zahlen des US-Bruttosozialprodukts im zweiten Quartal wartet. Umsätze wurden zwischen 2,125 und 2,137 registriert. Die amtliche Notiz kam mit 2,1299 zustande. Ein Eingreifen der Bundesbank fand nicht statt. Für mehrere Währungen wurden neue historische Tiefstkurse ermittelt. Zu nennen sind das Englische Pfund, das um 1 Prozent auf 3,186 fiel, sowie das Irische Pfund, die Dänische, die Norwegische und die Schwedische Krone, der Portugiesische Escudo und die Finnmark. Der Japanische Yen erreichte mit 1,372 ein neues historisches Hoch gegen die D-Mark. US-Dollar in: Amsterdam 2,40; Brüssel 44,36; Paris 6,877; Mailand 1463,05; Wien 14,978; Zürich 1,72; Ir. Pfund/DM 2,978; Pfund/Dollar 1,4958; Pfund/DM 3,186.

Devisen und Sorten



Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Bundesbahn

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Renten verhalten freundlich

Die Spekulation auf eine weitere Zinssenkung führte am Wochenbeginn im Bereich der öffentlichen Anleihen längerer Laufzeiten zu Kursanhebungen bis zu 0,20 Prozentpunkten. Der Bund nutzte die Situation, indem er die Renditen für seine Bundesobligationen und Bundesschatzbriefe weiter zurücknahm. Am Pfandbriefmarkt blieb das Geschäft zwar verhalten, doch wurden auch hier die Renditen weiter reduziert. In der Spitze wurden im Großgeschäft bei 10jährigen Papieren Sätze von 6,64 Prozent genannt. DM-Auslandsanleihen überwiegend stabil.

		21.7.	18.7.
F	4½ Dt.Bk.Lux 78 m.O.S	304G	305T
F	4½ dgl. 78 o. O. S	97,25G	97,25G
F	6½ dgl. 83 m. O.	231T	230T
F	6¼ dgl. 83 o. O.	94,5	94,8
F	3¾ dgl. 83 m. O.	217T	21?
F	3¾ dgl. 83 o. O.	93,5bG	93,25
F	6¼ dgl. 86 m. O	131,75	133
F	6¾ dgl. 86 o. O.	99,45	99,5
F	3¾ Didier 85 m. O	178	180G
F	3¾ Didier 85 o. O.	77,5G	78
F	4 Dresdn.Bk. 83 m. O	178	179
F	4 dgl. o. O	95,5	95,5
F	8 dgl. 84 m. O.	208G	207
F	8 dgl. 84 o. O	107,5	107,5

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

	21.7.	18.7.
8 Afr. Entwicklbk. 79/87	101	101,25G
10 dgl. 82/89	109,5	109,5G
8 dgl. 84/91	106bG	106
9 Air Canada 82/92	112,25	110,75T
7¾ dgl. 83/93	105G	106G
9½ Akzo 82/89	105bG	105bG
7½ Allied Chem. 84/94	105,5	105,5bB
8½ AMCA Ltd. 83/91	105	105

	21.7.	18.7.
8½ E.D.F. 82/92	107,25T	107T
8½ dgl. 83/93	108,5	108,4
7 Elektrobras 77/87	100,5G	100,5G
7 dgl. 79/87	100,25	100,25
5¼ ELF Aquit. 78/88	100T	100G
6¾ Embart Corp. 85/95	102G	101,75
6¾ Ericsson LM 72/87	101,5	100T
6¼ Escom 72/87	99,75	99,8
7 dgl. 73/88	99,25G	99,25G
7¼ dgl. 80/87	99	99,5T
9½ dgl. 82/90	101,7	101,75T
8½ dgl. 85/90	99	99,6
8 dgl. 84/92	94	94,75T
8¼ dgl. 84/92	96T	95,65

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

			21.7.	18.7.
F	6½ dgl. 77	5/89	103,3G	103,3
F	8 dgl. 79 I	7/89	107,5	107,4
F	6 dgl. 78 I	2/90	102,5	102,4
F	8 dgl. 80 II	7/90	108,65	108,5G
F	9 dgl. 81	3/91	113,5G	113,5bG
F	10½ dgl. 81	9/91	120,8	120,7G
F	10¾ dgl. 81	11/1	120,3G	120,2G
F	8 dgl. 80 I	2/92	109,9G	109,8
F	10 dgl. 82	2/92	119,05	118,95
F	9¾ dgl. 82	7/92	117,65G	117,55
F	8 dgl. 82	11/92	110,35	110,25bG
F	7¾ dgl. 85	1/93	108,2G	108,1bG

		21.7.	18.7.
F	6 Landw.Rent.Bk.RS15	100,05	100,05G
F	6 dgl. RS 16	100,2G	100,2G
F	6½ dgl. RS 60	101,05G	101,05G
F	7 dgl. 94	105,6G	105,6G
F	7 dgl. 99	100G	100G
F	8 dgl. 101	105,4G	105,4G
F	7½ dgl. 102	105,1G	105,1G
F	9½ dgl. 126	102G	102G
D	6½ Dt.Ausgl.Bk. 77	101,55	101,6G
D	5½ dgl. 78	100,6	100,65G
D	7 dgl. 79	101,35	101,35
D	6 dgl. 86	–	95,4G

Warenpreise – Termine

Die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex zogen zum Wochenschluß an, Kupfer schwächte sich dagegen ab. Keine einheitliche Tendenz setzte sich bei Kaffee durch, während sich die Kakaonotierungen erhöhten.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	18.7.	17.7.
Juli	261,50	271,50
Sept.	254,75	259,75
Dez.	258,00	262,75

WEIZEN Winnipeg (can.$/t)

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb)
Südstaaten fob Werk

18.7.	17.7.
24,00	24,50

MAISÖL New York (c/lb)
US-Mittelweststaaten fob Werk

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb)

KAUTSCHUK New York (c/lb)
Händlerpreis

WOLLE London

NE-Metalle

Londoner Metallbörse

Messingnotierungen

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

Erläuterung – Rohstoffpreise

Westd. Metallnotierungen

New Yorker Metallbörse

Zinn-Preis Penang

Energie-Terminkontrakte

Kartoffeln

Rohholz

Devisenterminmarkt

Geldmarktsätze

Euro-Geldmarktsätze

Goldmünzen

Dollar-Anleihen

Lux. Franc Bonds

Euro-Yen

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Nullkupon-Anleihen (DM)

New Yorker Finanzmärkte

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,52852

ECU

ECU-Tageswerte

SZR-Wert

BASKETBALL

UdSSR entnervt

dpa, Madrid

Die Erfinder des Basketball-Spiels haben die Verhältnisse wieder zurechtgerückt. Zwei Jahre nach ihrem Olympiasieg gewann das Team der USA in Madrid mit 87:85 über Titelverteidiger UdSSR auch die Weltmeisterschaft. 32 Jahre nach ihrem bisher einzigen WM-Gewinn in Rio de Janeiro führten die Amerikaner eindrucksvoll den Beweis, wer in der weitestverbreiteten Ballsportart der Welt immer noch den Ton angibt.

12 000 Zuschauer im ausverkauften Madrider Sportpalast brachten dem Weltmeister stehende Ovationen dar. Treffsicherheit und individuelle Ballfertigkeit der vorwiegend farbigen US-Spieler um ihren nur 1,59 Meter großen Star Tyrone Bogues triumphierten über die phasenweise entnervt wirkenden sowjetrussischen Riesen, die 14maligen Europa- und dreimaligen Weltmeister, die aber im Endspiel nicht ein einziges Mal in Führung lagen.

Im Gegensatz zum Olympiasieg im eigenen Land verzichteten die Amerikaner sogar auf Profi-Anwärter und formten das WM-Team nach kurzfristiger Vorauswahl fast ausschließlich aus 18- bis 21jährigen Spielern der beiden jüngsten College-Jahrgänge. Dennoch blieb die 70:74-Niederlage gegen Argentinien der einzige Schönheitsfehler bei der Demonstration spektakulären Basketballs.

Trotz des US-Sieges haben sich die Verhältnisse im Welt-Basketball kaum verändert. Die bei der WM stets vorn plazierten zweimaligen Titelträger aus Jugoslawien gewannen wie 1982 Bronze und damit ihre siebte WM-Medaille seit 1963 hintereinander. Der ebenfalls zweimalige Weltmeister Brasilien rangierte auf Rang vier. Spanien, immerhin Silbermedaillengewinner 1984, hatte sich als Gastgeber mehr als den fünften Rang versprochen. Die positive Überraschung: Das verjüngte Team Israels, das mit dem siebten Rang die beste WM-Plazierung erreichte, und die Chinesen, die ihr ständiges „Wir wollen lernen“ mit erstaunlichen Fähigkeiten in die Tat umsetzten und Neunte wurden.

Und die Deutschen? Die erste WM-Teilnahme dürfte auf lange Zeit die letzte gewesen sein. Denn 1990 in Argentinien wird das 24er Feld wieder auf 16-WM-Teilnehmer reduziert. Nur fünf davon kommen aus Europa.

GOLF / Großer Schlußtag von Bernhard Langer

Der „große, weiße Hai“ biß wieder einmal zu

GERD A. BOLZE, Turnberry

Mit dem eindrucksvollen Gewinn der Offenen Golfmeisterschaften von Großbritannien feierte Greg Norman im schottischen Turnberry den größten seiner bisher weltweit errungenen 40 Siege in erst zehn Profi-Jahren. Mit 280 Schlägen, nach Runden von 74+63 (Platzrekord) +74+69 bei sehr schweren Par 70, ließ der 31jährige Australier die Konkurrenz um fünf und mehr Schläge hinter sich. Der Gewinn eines ersten Major-Titels (dazu gehören auch die drei amerikanischen Turniere der Open-, PGA- und Masters-Championship) erhöhte das Bankkonto des in Florida lebenden Open-Siegers um 245 000 Mark. Zweifellos ist 1986 sein bisher erfolgreichsten Jahr, denn schon zur Saison-Hälfte führt Norman die US-Geldgewinnerliste mit der neuen Rekordsumme von rund 548 000 Dollar an.

Sein Spitzname ist „großer weißer Hai“, weil er als begeisterter Hobby-Angler so schön schaurige Haifisch-Geschichten erzählt, aber mit seinem markanten Gesicht und seinem kraftvollen Golf auch einem Hai ähnelt. So hat er Schutzhauben für seine Holzschläger sogar als Haifischköpfe.

Dagegen läuft Bernhard Langer (Anhausen) auch nach dem 21. Turnier in diesem Jahr weiter seinem ersten internationalen Sieg hinterher. Dennoch lieferte der 28jährige noch einen großen Schlußtag und erkämpfte sich mit 72+70+76+68=286 Schlägen den gemeinsamen dritten Platz zusammen mit dem schlaggleichen Ian Woosnam (Wales) 70+74+70+72, aber hinter Gordon Brand (England) 71+68+75+71=285. Das wurde immerhin noch mit 122 500 Mark dotiert.

Der nur um Daumenbreite verpaßte Schlag bei drei Putts auf dem 14. Grün kostete Langer bare 35 000 Mark. Übrigens wurde er durch den 30jährigen Gordon Brand erst auf dem vorletzten Loch durch einen Eagle 3 überholt.

„Gratulation, Vater Langer“, verkündete von der riesigen Anzeigetafel am 18. Grün den 26 000 Zuschauern das freudige Ereignis der schon seit zehn Tagen erwarteten Geburt einer Tochter Jackie-Carol. Und dem glücklichen Vater Langer riefen die Zuschauer immer wieder aufmunternd zu: „Hallo, Daddy“.

„Verspielt habe ich den möglichen Open-Gewinn in der dritten Runde, in der ich zu viele schlechte lange Schläge, aber auch zu viele Putts machte. Ich hatte mit meinem Trainer Willi Hofmann noch morgens die Fehler analysiert. Erst auf den zweiten neun Löchern fand ich dann aber endlich meinen Schlagrhythmus. Ich bin sicher, daß mir nach dem letztjährigen Masters-Gewinn auch dieser Open-Sieg noch bald gelingen wird.“

Auf den ersten neun Löchern ließ Langer allein fünf Birdie-Chancen aus zwei und weniger Metern aus.

ERGEBNISSE

115. Open Championships in Turnberry (Schottland): 1. Norman (Australien) 280 (74+63+74+69) Schläge, 2. Brand sr. (Großbritannien) 285 (71+68+75+71), 3. Langer (Deutschland) 286 (72+70+76+68) und Woosnam (Wales) 286 (70+74+70+72), 5. Faldo (Großbritannien) 287 (71+70+76+70), 6. Ballesteros (Spanien) 288 (76+75+73+64) und Koch (USA) 288 (73+72+72+74).

Dann gelangen ihm fünf Birdies (7., 10., 12., 13., 17. Loch). Leider verdarben aber auch drei Bogeys (3., 8., 14. Loch) sein Ergebnis von 68 Schlägen. Übrigens das drittbeste der vier Meisterschaftstage nach Greg Normans Rekordrunde von 63 und der abschließenden 64 des enttäuschenden Favoriten Seve Ballesteros (Spanien), der mit 288 Schlägen (76+75+73+64) erst Sechster wurde.

Bernhard Langer bleibt dennoch der an Beständigkeit kaum zu übertreffende Golfer der Welt. Nicht von ungefähr ist er seit Wochen die sichere Nummer zwei in der wöchentlich herausgegebenen und über die letzten drei Jahre geführten Weltrangliste. Und keiner war als Open-Teilnehmer in den letzten sechs Jahren beständiger als der blonde Bayer mit zwei zweiten (1981/84) und zwei dritten Plätzen (1985/86). Doch auch als 13. und 56. (1982 bzw. 83) war er stets bis zur letzten Runde qualifiziert und verdiente somit. Selten ist übrigens sein Spiel vom Glück verwöhnt und begünstigt, der bescheidene Golfmillionär muß sich auf dem Golfplatz seine Siege hart erkämpfen.

GALOPP / Überraschungssieg beim Rennen in Frankfurt - Lirung Zweiter

Mit Grauer Wicht gelang Bernd Selle Revanche für die Derby-Ausbootung

KLAUS GÖNTZSCHE, Frankfurt

Als vor zwei Wochen in Hamburg-Horn das 117. Deutsche Galopp-Derby entschieden wurde, saß Jockey Bernd Selle (31) im Presseraum und verfolgte die Entscheidung auf den Monitoren des Bahnfernsehens. Selle war im Derby ohne Engagement. Eigentlich hätte er den Hengst Philipo reiten sollen, der mit Jockey Dave Richardson im Sattel das größte Rennen des Jahres überlegen gewann. Selle war in einer selten kuriosen Verkettung von Entwicklungen zumindest an diesem Derby-Abend negativ betroffen.

Vorgestern hat sich Selle zumindest teilweise entschädigt. Er gewann im Sattel des 248:10-Außenseiters Grauer Wicht in Frankfurt den Henry-M.-Betrix-Pokal, das mit insgesamt 200 000 Mark (117 500 dem Sieger) höchst dotierte Gruppe-III-Rennen des europäischen Turfs. Der für eigentlich unschlagbar gehaltene Lirung aus dem Gestüt Fährhof wurde in dieser Saison zum dritten Mal geschlagen, zwei Längen zurück mußte er sich mit dem zweiten Platz begnügen.

Trainer von Grauer Wicht, der aus der Zucht des schon vor Jahren aufgelösten Gestüts Waldfried stammt, ist Hartmut Steguweit (38) im westfälischen Herzebrock, auch verantwortlich für den jetzt an den Münchner Bankierssohn Helmut von Finck verkauften Derby-Sieger Philipo. Diesen Philipo ritt bis zum Ende der Saison 1985 stets Bernd Selle, er war auch für die Derby-Saison 1986 vorgesehen.

Eine Beförderung sorgte dann dafür, daß Selle die Ritte auf Philipo wieder loswurde. Im Stall des Trainers Andreas Löwe in Köln ging Dave Richardson als Stalljockey, Bernd Selle rückte auf und wurde sein Nachfolger. Es brachte die Verpflichtung mit, den Hengst Sextaner auf der Derby-Route zu reiten. Doch Sextaner bestand schon die Examen vorher nicht. Als das Derby lief, sprach von ihm niemand mehr. Für Selle hatte Trainer Steguweit dessen Vorgänger Richardson engagiert, denn der war schließlich frei. Selle nahm die Ereignisse äußerlich zwar gelassen hin, doch die Betroffenheit blieb nicht in den Knochen stecken.

Enttäuscht saß der Jockey am Derby-Abend auf seiner schlichten Holzkiste im Jockeyraum und wartete auf seinen Auftritt im Rahmenprogramm, während sich Dave Richardson als Derby-Sieger feiern ließ. Da kamen wohl Gedanken auf, mit denen er sich schon vor einigen Jahren beschäftigt hatte. Er wollte in seiner westfälischen Heimat eine Kneipe aufmachen, als die Jockey-Geschäfte immer schlechter gingen, denn nach seinem Derby-Sieg 1978 mit Zauberer war es eigentlich nicht mehr aufwärts gegangen. Bernd Selle hat, mit nicht unbeträchtlicher verbaler Unterstützung seiner früheren langjährigen Lebensgefährtin Christiane Hinz (der Tochter der in Zürich lebenden Schauspielerin Dinah Hinz), durchgehalten.

Auch Hartmut Steguweit vergaß Selle nicht, zumal Gustav Frank aus Waldbröl, der Besitzer von Grauer Wicht, seit Jahren Bernd Selle die Treue hält. Selles Kommentar nach dem Sieg im Betrix-Pokal: „Ich habe es einfach versucht. In der Hoffnung, daß Lirung aufsteckt.“ Er behielt recht. Für den galoppierenden Kraftprotz schienen die 2000 Meter doch zu weit zu sein. Dessen Trainer Heinz Jentzsch (66), sichtlich verärgert über die Niederlage gegen den in der Grand-Prix-Klasse noch nicht bewährten Grauer Wicht: „Es war wohl doch ein Fehler, ihn über 2000 Meter laufen zu lassen.“

Lirungs Besitzer Walther Jacobs gratulierte spontan dem neuen Erfolgstrainer Hartmut Steguweit. Für den war das der größte Augenblick in Frankfurt. Was Steguweit empfand, beschrieb er so: „Da hatte ich das Gefühl, kein Unbekannter mehr zu sein.“

Das Knie – Sorgen um Claudia Kohde

dpa, Prag

Am Rande des Trainingsplatzes sitzt Claudia Kohde-Kilsch. Der Masseur drückt der 22jährigen Eisbeutel auf das geschwollene linke Knie, in das ihr am Morgen drei Spritzen gesetzt wurden. Ihre Patella-Sehne ist gereizt, jede Beugebewegung im Knie schmerzt. Wenige Meter entfernt steht Steffi Graf am Netz, auf der anderen Seite Bettina Bunge und Claudia Porwik. Die 17jährige Weltranglisten-Dritte jagt beide über den Platz, ist in glänzender Verfassung.

Vertrauen auf Steffi Graf, Angst um die Weltranglisten-Fünfte und Doppel-Partnerin der Heidelbergerin Claudia Kohde-Kilsch. Das ist die plötzlich schwieriger gewordene Position für das Team des Deutschen Tennis-Bundes (DTB) vor dem heutigen Auftaktspiel beim Federation-Cup gegen Belgien in Prag. Trainer Klaus Hofsäß konnte gestern noch nicht sagen, ob der Einsatz von Claudia Kohde-Kilsch möglich sein wird: „Wahrscheinlich entscheidet es sich erst am Spieltag.“

Der Arzt, Professor Krahl aus Essen, stellt so unfreiwillig die Mannschaft mit auf. Erste Ersatzspielerin wäre Bettina Bunge, die Deutsch-Amerikanerin, die für Aschaffenburg spielt. Sie würde auch Claudias Platz im Doppel einnehmen. Bettina Bunge hat Doppel-Erfahrung, stand mit Claudia Kohde-Kilsch bereits im Halbfinale von Wimbledon.

Trotz der Probleme um die Nummer zwei im deutschen Team ist die Stimmung prächtig. Hofsäß hat den Spielerinnen den Druck des Siegenmüssens genommen. „Die Bedingungen sind hier so schwer – mit den Tschechoslowakinnen vor eigenem Publikum und den Amerikanerinnen mit ihren Stars Martina Navratilova und Chris Evert-Lloyd –, da reicht es für uns einfach noch nicht. Es genügt, wenn wir den Cup-Sieg im nächsten oder übernächsten Jahr anstreben.“

Ganz selbstverständlich hat Steffi Graf die Rolle der Nummer eins übernommen. „Sie ist mannschaftsdienlich, muntert die anderen auf, reißt sie mit. Und sie verlangt keine Extrawürste“, berichtete Trainer Hofsäß, der die „freundliche Ruhe im Team“ als „sehr schön empfindet“. Schließlich war es schwer genug, die beiden Stars erstmals in der DTB-Auswahl zusammenzubringen.

Tennis: Sieg für die USA

Mexico City (dpa) – Das Team der USA hat durch einen 4:1-Sieg über Mexiko das Halbfinale im Daviscup erreicht, wo es auf Australien trifft. Den entscheidenden Punkt gewann Tom Mayotte durch ein 7:5, 4:6, 0:6, 6:4, 9:7 über Leonardo Lavalle.

Kortschnoi verlor

Biel (dpa) – Zum Auftakt des Schach-Großmeisterturniers im schweizerischen Biel unterlag der Favorit Viktor Kortschnoi aus der Schweiz überraschend dem 19jährigen Österreicher Josef Klinger. Die drei deutschen Teilnehmer Robert Hübner, Erich Lobron und Vlastimil Hort spielten jeweils unentschieden.

Schäfer erlitt Bruch

Lausanne (sid) – Fußball-Profi Wolfgang Schäfer (27) erlitt im Intertoto-Rundenspiel seines Klubs Bayer Uerdingen bei Lausanne Sports (0:2) einen Jochbeinbruch und muß mindestens sechs Wochen pausieren.

Silber für die Staffel

Athen (sid) – Zum Abschluß der Junioren-Weltmeisterschaften der Leichtathleten in Athen belegte die 4 × 100-Meter-Staffel des Deutschen Leichtathletik-Verbandes in 39,81 Sekunden Rang zwei hinter Großbritannien (39,80). Jens Volkmann (Huntegau) wurde über 200 Meter Hindernis Dritter.

FUSSBALL

Freundschaftsspiele: TSV Aindling – Galatasaray Istanbul 1:3, Kreisauswahl Münster/Hessen – Eintracht Frankfurt 0:13, Rotweiß Unna – Borussia Dortmund 2:4, Bayern Hof – Blau Weiß 90 Berlin 2:5.

BASKETBALL

Weltmeisterschaft: Endspiel in Madrid: USA – UdSSR 87:85 (48:38).

MOTORSPORT

1000-km-Rennen in Brands Hatch: Langstrecken-Fahrer-WM: 1. Wollek/Baldi (Frankreich/Italien) Porsche 956, 236 Runden, Gesamtfahrzeit: 5:53:44,43 Stunden, 2. Stuck/Bell/Ludwig (Deutschland/England/Deutschland) Porsche 956 vier Runden zurück, 3. Boutsen/Jelinski (Belgien/Deutschland) Porsche 956 fünf Runden zurück. – Stand nach fünf Läufen: 1. Stuck und Bell je 70 Punkte, 3. Warwick (Großbritannien) 42, 4. Cheever (USA) 41, 5. Ludwig 40.

GEWINNZAHLEN

„6 aus 45“: 1, 14, 15, 40, 42, 44, Zusatzspiel 20. – **Elferwette:** 1, 1, 1, 1, 1, 2, 1, 1, 2, 1, 2 (ohne Gewähr).

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Neue Drogen-Therapien

Ich begrüße es außerordentlich, daß die WELT sich in der ausführlichen Serie „Verlieren wir den Drogenkrieg?“ dieses so wichtigen Themas angenommen hat. Die Frage der Bekämpfung der Drogen ist nach wie vor eines der wichtigsten jugendpolitischen Themen, wie der in diesen Tagen von Bundesgesundheitsministerin Rita Süssmuth (CDU) vorgelegte Drogenbericht erneut zeigt.

Erfreulich ist, daß die Abhängigkeit von illegalen Drogen seit einigen Jahren nicht mehr wächst. Sie stagniert bei leicht abnehmender Tendenz. Dennoch ist es erstaunlich, daß selbst bei einem so wichtigen Thema – wie der Bekämpfung der Drogen – der Konsens zwischen den Parteien CDU, CSU, FDP und SPD sich aufzulösen beginnt. Daß die Grünen als die Partei, die von vielen Jugendlichen gewählt wird, die Legalisierung des Drogenkonsums und des Drogenhandels fordern, zeigt auch hier, wie gefährlich eine Machtbeteiligung der Grünen in der Bundesrepublik Deutschland wäre.

Die Absicht des nordrhein-westfälischen Gesundheitsministers Heinemann, die gefährliche Droge Methadon bei der Behandlung von Drogenabhängigen einzusetzen, zeigt eine gravierende Veränderung in der Gesundheitspolitik der SPD. Unabhängig von der Frage, ob es überhaupt rechtlich zulässig wäre, Drogenabhängige durch die kostenfreie Abgabe eines ebenfalls suchtbildenden Mittels therapieren zu wollen, sollte klar sein, daß man Abhängige nur dann als erfolgreich rehabilitiert ansehen kann, wenn sie drogenfrei und ohne Substitutionsmittel leben können und außerdem „sozial integriert“ sind; dies heißt, daß sie ihren sozialen Verpflichtungen nachkommen können und nicht mehr straffällig werden.

Es ist zu begrüßen, daß die Bundesregierung gemeinsam mit den Bundesländern und freien Trägern modellhafte neue Formen der Behandlung Drogensüchtiger erproben will, und es ist zu hoffen, daß das seit Jahren entwickelte System einer abgestuften Behandlung und Betreuung Drogenabhängiger auch weiterhin zu einer wesentlichen Verbesserung der Heilerfolge führen kann.

Christoph Brand, RCDS

Mit freundlichen Grüßen
Christoph Brand,
Bundesvorsitzender des Rings Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS)

Reform des Studiums

„Dem Abiturienten '86 ist Nestwärme wichtiger als der Duft der weiten Welt“; WELT vom 23. Juni

Den Artikel von Henning Berlin habe ich mit Interesse gelesen und stimme voll zu, da ich die gleichen Beobachtungen mache.

An den Fachhochschulen (FH) machen wir uns allerdings mehr Zukunftssorgen wegen des Geburtenrückgangs. Nicht dieser Rückgang selbst stört uns, denn erstens kommt er aufgrund unseres Studentenpotentials erst mehrere Jahre verspätet an die FH und zweitens erreichen wir erst bei einem Rückgang um ⅓ wieder die Studiengruppengrößen, die für unseren „seminaristischen Unterricht“ vernünftig sind. Nein, es ist die Reaktion der Bundeswehr, die uns existentiell bedroht, es sind die 18 Monate Wehrdienst ab 1989.

Für Abiturienten, die an eine Universität wollen, läßt sich die Verlängerung einigermaßen verdauen: Abitur ein Monat früher, Einberufung am 1. 6., Erholungsurlaub ans Ende der Dienstzeit, Entlassung zum 31. 10., Vorlesungsbeginn 1. 11. wie an bayerischen Universitäten. Für Abiturienten, die an FH studieren wollen (z. Zt. 40 Prozent unserer Anfänger) fällt diese Lösung aus, es fehlt ein Monat, da eine Verschiebung des Vorlesungsbeginns auf 1. 11. angeblich unmöglich ist (Sturheit und Mißtrauen der Ministerialbürokratie!).

Noch schlechtere Karten haben die Fachabiturienten der Fachoberschulen (60 Prozent unserer Anfänger), denn da ist es auch noch das Fachabitur, das sich unmöglich vorverlegen läßt. Es fehlen zwei Monate. Das bedroht unsere Zukunft. Ein anderer Lösungsvorschlag war: FH-Absolventen leisten ihren Wehrdienst nach dem Studium. Das wäre noch bedrohlicher, denn dabei ginge unser Hauptargument für das FH-Studium – die Praxisnähe – aus mehreren Gründen total verloren.

Bleibt noch die Möglichkeit, auch im Sommersemester den Studienbeginn zu ermöglichen, also ständig alle Semester zu führen. Das kostet Geld, nach ersten Schätzungen etwa 20 Prozent an Raum- und Personalmitteln. Die Reaktion der Finanzminister ist vorhersehbar.

Prof. Dr. Gunter Krakau,
Fachhochschule Regensburg
Vorsitzender des Verbandes der Hochschullehrer an Fachhochschulen in Bayern

*

Die ZVS ist längst nicht nur durch den Bund Freiheit der Wissenschaft, der deren Auflösung seit Jahren gefordert hat, ins Gerede gekommen. Dies verwundert nicht – ist diese Institution doch nichts anderes als eine dirigistische Antwort auf die fatalen Ergebnisse einer staatlichen „self-fulfilling prophecy“:

- Sie war notwendig, als der Staat mit der von ihm provozierten Nachfrageexplosion nicht mehr fertig wurde und nun seinen administrativen Zwang dagegen aufbot – Numerus clausus, Wartezeiten, Einschränkung der Freizügigkeit, also die typische interventionistische Kette.
- Sie basierte auf der Fiktion der Gleichwertigkeit der Universitäten wie der Hochschulreife.

Nun sind aber die Universitäten in ihren Leistungen in Forschung und Lehre keineswegs gleich. Ebenso kann man auch nicht im entferntesten von einem gleichhohen Niveau der Hochschulreife sprechen. Der Zwangsbewirtschaftung der Studiengänge muß daher – gerade bei den erwarteten rückläufigen Studentenzahlen – endlich ein Ende gesetzt, die ZVS muß aufgelöst und die Hochschulen müssen in die Lage versetzt werden, um gute Studenten zu konkurrieren.

Werner Siebeck, M. A.
Geschäftsführer des Bundes Freiheit der Wissenschaft e. V., Bonn

Wort des Tages

„Regieren heißt, Gerechtigkeit für alle gleich wägen.“

Franklin D. Roosevelt, amerikanischer Politiker (1882–1945)

Kein Monopol

„TÜV-Monopol ist mittelstandsfeindlich“; WELT-Report Mittelstand vom 9. Juli

Ein unzutreffendes Schlagwort wird nicht dadurch wahr, daß man es ständig wiederholt. Herr Hörl hätte, bevor er vom TÜV-Monopol spricht, einen Blick auf die ihm bekannte Aufgliederung der TÜV-Tätigkeiten werfen sollen. Er hätte dann festgestellt, daß lediglich 25 Prozent aller TÜV-Tätigkeiten auf Gebieten mit Alleinzuständigkeiten liegen, während 75 Prozent des TÜV-Umsatzes auf Arbeitsgebieten erwirtschaftet werden, auf denen die TÜVs im Wettbewerb zu Dritten stehen.

Das immer wieder ins Feld geführte Argument, auch der Patient suche einen Arzt frei aus, deshalb solle der Autofahrer ebenfalls zwischen mehreren Prüfern wählen können, läßt leider menschliche Verhaltensweisen unberücksichtigt: Hier wünscht er den guten Arzt, um gesund zu werden, dort wünscht er den bequemen Prüfer, um schnell und ohne große Folgekosten die staatlich vorgeschriebene Plakette zu erlangen.

Dabei greift auch der Einwand nicht, daß der weitaus überwiegende Teil der Autofahrer hohe technische Fahrzeugsicherheit befürwortet. Die Erfahrungen mit der Angurtpflicht lehrten, daß alle Appelle an die Einsicht der Autofahrer nicht fruchteten und erst die Einführung eines Bußgeldes sie veranlaßte, eine für ihre Sicherheit wichtige Maßnahme zu befolgen. Der Staat hat gute Gründe, die wiederkehrende Autoprüfung und andere Sicherheitsprüfungen nicht ins freie Ermessen der Betroffenen zu stellen.

Im übrigen weiß auch Herr Hörl, daß das Bundesverwaltungsgericht erst jüngst die Alleinzuständigkeit der TÜVs bei den überwachungsbedürftigen Anlagen nach Paragraph 24 GewO für verfassungsmäßig, also als eine dem Grundgesetz entsprechende Einrichtung erklärt hat.

Herr Hörl sollte auch nicht außer acht lassen, daß die TÜVs auf den Gebieten der Unfallschadensgutachten, der Bewertungsgutachten und dergleichen über lange Jahre keine nennenswerten Aktivitäten entfalteten. Der TÜV-Anteil an Tätigkeiten, die auch von freiberuflich tätigen Kraftfahrzeugsachverständigen wahrgenommen werden, das heißt insbesondere an den Zeitwert- und Schadengutachten, lag nachweisbar bis zum Jahre 1980 unter zwei Promille. Erst nachdem die Verbände der freiberuflich tätigen Sachverständigen massiv die Einbeziehung in die Kfz-Überwachung forderten, haben sich die TÜVs stärker auf diesem Gebiet betätigt.

Werner Hoffmann,
Vereinigung der Technischen Überwachungs-Vereine e. V., Essen

Personen

AUSWÄRTIGES AMT

Neuer Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in der Jemenitischen Arabischen Republik ist Dr. **Heinrich Reiners**. Dr. Reiners, Jahrgang '34, in Erkelenz geboren, hat Rechtswissenschaft und Orientalistik studiert und war vor seinem Eintritt in den Auswärtigen Dienst 1967 Wissenschaftlicher Assistent an der Universität Erlangen. Die ersten Stationen seiner Laufbahn führten ihn nach Bagdad und Kathmandu. Von 1979 bis 1983 leitete er die Botschaft in Maskat im Sultanat von Oman. Seit 1983 war er in der Zentralabteilung des AA tätig.

GEBURTSTAGE

Sehr zurückgezogen wird **Adrienne Geßner** morgen ihren 90. Geburtstag feiern. Die meisten großen Gefährten ihrer künstlerischen Laufbahn sind gestorben: Max Reinhardt, der sie an das Theater in der Josefstadt holte, sein Nachfolger Otto Preminger, dann Ernst Lothar, mit dem sie verheiratet war und die amerikanische Emigration bis 1945 teilte, Ernst Haeusserman, der sie ans Burgtheater holte. Viele Theaterbesucher erinnern sich noch an ihre Linda Loman in Arthur Millers „Tod eines Handlungsreisenden“, ihre Nora in O'Neills „Fast ein Poet“. Bereits Theatergeschichte ist ihre Salzburger Marthe Schwerdtlein in Max Reinhardts „Faust“-Inszenierung, in der Paula Wessely das Gretchen spielte. Neben der bösen Großmutter in Ödön von Horvaths „Geschichten aus dem Wienerwald“ sind es vor allem die komischen Rollen, die aus Adrienne Geßners letzten Bühnen-Jahrzehnten in Erinnerung geblieben sind.

Adrienne Geßner als Juliana Bordereu in „Briefe eines toten Dichters“

*

Professor Dr. **Klemens Pleyer**, Direktor des Instituts für Bankrecht der Universität zu Köln, feierte seinen 65. Geburtstag. Seit 1972 ist Professor Pleyer Ordinarius für Bürgerliches und Handelsrecht. Zu seinen Hauptforschungsgebieten zählen unter anderem das Bankrecht und das Recht der „DDR“.

BERUFUNG

Professor **Peter Komarek** ist rückwirkend zum 1. Juni als neuer Leiter des Instituts für Technische Physik (ITP) des Kernforschungszentrums Karlsruhe (KfK) berufen worden. Er trat die Nachfolge des am 31. Dezember 1984 gestorbenen Professor **Werner Heinz** an. Komarek hatte seit diesem Zeitpunkt das ITP bereits kommissarisch geleitet.

EHRUNGEN

Der Publizist **Walter Dirks**, Mitbegründer der „Frankfurter Hefte“, ist zum Ehrenbürger seiner Heimatstadt Dortmund ernannt worden. Die Verleihungsurkunde überreichte dem 85jährigen der Oberbürgermeister der Stadt, **Günter Samtlebe**. Dirks, der in Begleitung seiner Frau erschienen war, wurde als „Mahner für mehr Brüderlichkeit im gesellschaftlichen Miteinander“ gewürdigt.

*

Der Göttinger Schriftsteller **Günter Sachse** erhielt den mit 6000 Mark dotierten Gerstäcker-Preis 1986 der Stadt Braunschweig. Die Auszeichnung wurde dem 70jährigen für seinen Roman „Das Floß der armen Leute“ verliehen. Der Gerstäcker-Preis ist der älteste Jugendbuch-Preis, der vergeben wird. Er wurde 1954 im Gedenken an den Reise- und Abenteuerschriftsteller **Friedrich Gerstäcker** (1816–1872) gestiftet, der die letzten Jahre seines Lebens in Braunschweig verbracht hatte. Der Preis wird am 5. November überreicht.

WAHL

Das „Institut International de Sociologie“ hat auf seinem 28. internationalen Soziologenkongreß in Portugal den Kölner Soziologen **Erwin K. Scheuch** zu seinem neuen Vizepräsidenten gewählt. Professor Scheuch übernimmt das Amt von dem indischen Soziologen **J. K. N. Unnithan**, Vizekanzler der Universität von Radhjastan in Jaipur.

THEATER

Der scheidende Generalintendant des Düsseldorfer Schauspielhauses, **Günther Beelitz**, ist nach zehnjähriger Tätigkeit offiziell aus seinem Amt verabschiedet worden. Beelitz, der zum Bayerischen Staatstheater nach München wechselt, hatte in den vergangenen zehn Spielzeiten das Haus am Düsseldorfer Gründgens-Platz besonders für junge deutsche Bühnenautoren und Schriftsteller aus dem englischen Sprachraum eröffnet. Auf die „gegenseitige Neugierde“ von Publikum und Theatermachern will der neue Schauspielintendant **Volker Canaris** setzen. Er hat sich vorgenommen, durch Auswahl und Inszenierung den „Vitalitätscharakter“ der Bühne, gleichgültig ob „uralte oder brandneue Stücke“, zu unterstreichen.



Volker Canaris

RUHESTAND

Nach 25 Jahren engagierter Arbeit in der Design-Förderung ist **Ernst Josef Auer**, der Leiter des „design center stuttgart“, im Alter von 64 Jahren in den Ruhestand gegangen. Die Nachfolge von Ernst Josef Auer hat der Designer **Peter Frank** angetreten.

UNIVERSITÄT

Professor Dr. **Alastair Heron** vom Lehrstuhl für Reformierte Theologie der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Systematische Theologie am Presbyterian Theological Seminary in Austin in Texas erhalten.

GESTORBEN

Alfredo Binda, der legendäre italienische Radrennfahrer, ist im Alter von 83 Jahren in seinem Heimatort Cittiglio bei Varese gestorben. Binda war in den zwanziger Jahren dreimal Straßenweltmeister und gewann fünfmal den Giro d'Italia. Später stand er als Rennleiter der beiden berühmtesten italienischen Radrennfahrer Fausto Coppi und Gino Bartali im internationalen Rampenlicht.

Sigmund v. Herbersteins Buch über das alte Rußland

Ein Kolumbus aus Wien

Rußland, an das heute jeder Deutsche tagtäglich zu denken gezwungen ist, spielte im Mittelalter nur eine sehr geringfügige Rolle im Bewußtsein des deutschen Volkes. Sogar der Sieg Alexander Newskijs über die Deutschordensritter im Jahr 1242 blieb fast unbemerkt. Zu einer wirklichen Begegnung kam es erst im sechzehnten Jahrhundert, als unter der Führung des aufstrebenden Großfürstentums Moskau die Tatarenherrschaft zu Ende gegangen war. In diesem Zusammenhang muß ein Österreicher erwähnt werden, der vor 500 Jahren, am 24. August 1486, geboren wurde: Sigmund von Herberstein. Ihm verdanken die Europäer den ersten umfangreichen und zuverlässigen Bericht über Geographie,



Geschichte, politische Verfassung und religiöse Kultur Rußlands, die zuerst 1549 in Wien veröffentlichten „Rerum Moscoviticarum Commentarii", denen dann 1557 eine deutsche Übersetzung folgte. Man hat diese Darstellung – das literarische Ergebnis zweier diplomatischer Missionen Herbersteins – mit der „Germania" des Tacitus verglichen. Der Österreicher war in den Jahren 1517/18 und 1526/27 in Rußland gewesen und auch im Kreml zu Moskau von Wassilij III., dem Vater Iwans des Schrecklichen, empfangen worden.

Herbersteins Buch, im Laufe der Jahrhunderte immer wieder neu aufgelegt und in die verschiedensten Sprachen übersetzt, ist auch heute noch eine faszinierende Lektüre. Anschaulich, vorurteilslos und witzig geschrieben, bildet es eine unumgängliche Quelle für jeden, der die Verhältnisse im Moskauer Staat an der Wende von Mittelalter und Neuzeit kennenlernen will. Darüber hinaus gibt es aber auch Aufschlüsse über gewisse Konstanten der russischen Geschichte und Politik.

Manche Aussagen Herbersteins muten uns eigentümlich vertraut an: „Durch die Macht, die der Großfürst über seine Untertanen ausübt, übertrifft er alle Monarchen der Welt. Er unterdrückt alle gleich durch grausame Sklaverei. Er übt seine Macht über Geistliche wie über Weltliche und verfügt ohne Widerstand nach seinem Willen über das Leben und Eigentum aller." Er stellt sich die Frage, mit der auch heute noch alle Sowjetologen konfrontiert sind: „Ob solch ein Volk eine derartige Herrschaft haben muß, oder ob erst die grausame Herrschaft das Volk so untauglich macht".

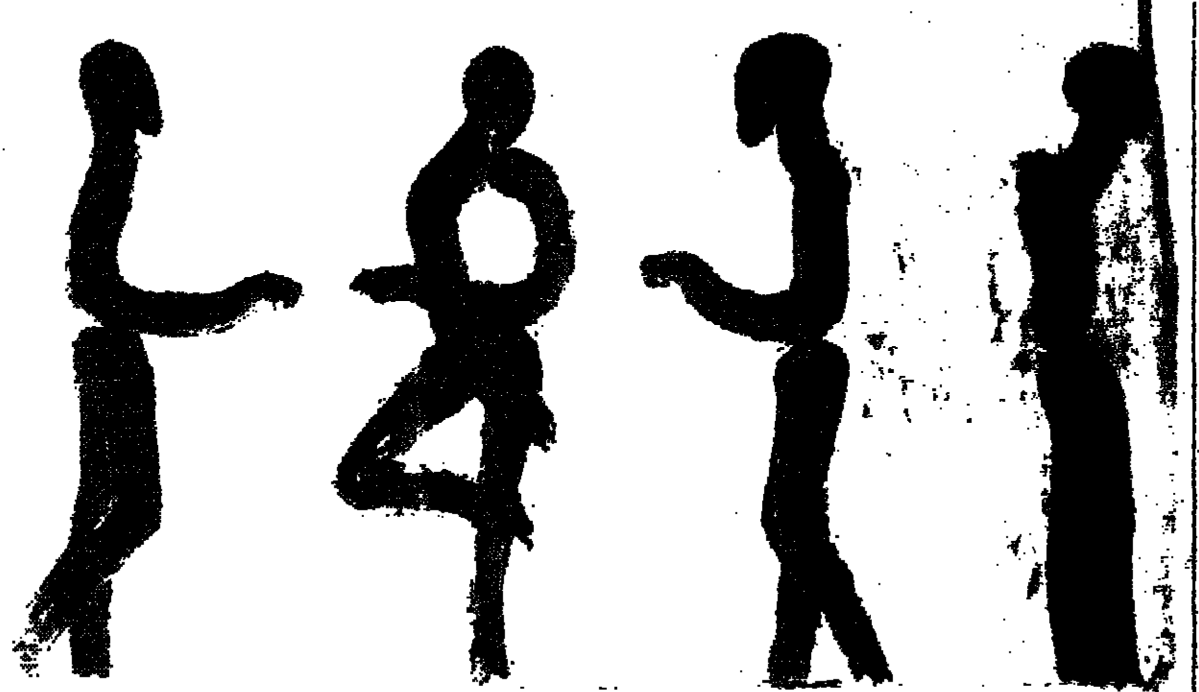
Rußland erscheint schon damals als eine „geschlossene", tendenziell totalitäre Gesellschaft: mißtrauisch gegenüber allem, was von „draußen" kommt, ja ausgesprochen fremdenfeindlich, in ständiger Furcht vor Verrat, Spionage und „Diversion" (wie es später im sowjetkommunistischen Jargon heißen wird). Bemerkenswert ist, daß bereits Herberstein nicht ohne Erstaunen einen gewissen masochistischen Zug in der russischen Volksseele feststellt. Als bizarres Kuriosum erwähnt er den Fall einer Moskauerin, die Prügel als Zeichen ehelicher Liebe auffaßt.

Auch wenn man sich vor allzu weitgehenden historischen Analogien hüten soll, so sind dennoch einige auffallende Übereinstimmungen nicht nur mit der jüngsten Vergangenheit, sondern sogar noch mit der sowjetischen Gegenwart kaum zu übersehen. Manche Beobachtungen Herbersteins kehren, nur unwesentlich abgewandelt, in den neuesten Veröffentlichungen russischer Dissidenten und Regimekritiker wieder, etwa bei Alexander Sinowjew oder Tatjana Goritschewa.

Sigmund von Herberstein, der achtzigjährig am 28. März 1566 in Wien starb, ist nicht nur der Verfasser des ersten brauchbaren Handbuchs der Rußlandkunde, sondern auch der Stammvater altösterreichischer Osteuropadiplomatie. Mit seinen „Kommentaren über die Moskauer Verhältnisse" hat er bewiesen, daß ein guter Diplomat seinem Land auch dann nützlich sein kann, wenn eine seiner Missionen ergebnislos blieb. Nicht zu Unrecht hat man diesen Sonderbotschafter zweier Kaiser den „Kolumbus von Rußland" genannt.

GERD-KLAUS KALTENBRUNNER

Sigmund von Herberstein: „Das alte Rußland". In Anlehnung an die älteste deutsche Ausgabe aus dem Lateinischen übertragen von Wolfram von den Steinen. Manesse Verlag, Zürich, 388 S., mit zeitgenöss. Abb., 32 Mark.



Körper, zu gegliederten Stelen abstrahiert: „Bandfigurenreihe", von dem griechischen Bildhauer Joannis Avramidis 1983/84 gezeichnet FOTO: KATALOG

Die Staatsgalerie Stuttgart zeigt Bildhauer-Zeichnungen von Joannis Avramidis

Wo die Körper wie Baumgeäst wirken

Nur im Kopfbereich, in der Hand wird der Mensch kenntlich. Hier verdichten sich die Linien sowohl quantitativ als auch qualitativ: Das gezeichnete Wesen hebt sich punktuell aus der Leere des Raumes, in seinen Teilen fast unverbunden – nur die vom Leben wesentlich gestalteten Formen werden gezeichnet. In zwei „Spitalzeichnungen" von 1983 hat der griechische Bildhauer Joannis Avramidis offenbar einen Toten dargestellt. Zwei Meisterwerke der Handzeichnung, die zugleich ein möglicher Schlüssel zum Gesamtwerk des Künstlers sind.

Joannis Avramidis, 1922 in Batum (UdSSR) als Sohn griechischer Eltern geboren, seit 1943 in Wien ansässig und dort seit 1968 Professor an der Kunstakademie, wird jetzt von der Staatsgalerie in Stuttgart endlich auch einmal als Zeichner gewürdigt. 233 Blätter hat man ausgewählt, mit elf Skulpturen konfrontiert, um das Verhältnis der beiden Aspekte seines Schaffens zueinander anzudeuten. Der Zeichner wie der Bildhauer Avramidis haben naturgemäß ihr Thema gemeinsam: den menschlichen Körper. Und doch scheint die Bezeichnung recht schwer herzustellen zu sein.

Der Bildhauer beschäftigt sich vorrangig mit der Architektur, also mit dem Konstruktiven des Menschen. Beine, Kopf oder die ganze Figur werden von Avramidis zu gegliederten Stelen und Säulengruppen abstrahiert. Seine „Spitalzeichnungen" aber nähern sich ganz dezidiert der Natur. In der Verlorenheit von Kopf oder Hand im weißen leeren Raum läßt sich sogar eine gefühlte Teilnahme entdecken, eine große Nähe zum Ereignis des Todes.

Avramidis meidet jedoch auch hier das Subjektive. Es ist irgendein Kopf, irgendeine Hand, die er „abbildet". Die Nase ragt empor, der leicht geöffnete Mund formt Tiefe, die Gliederung der Finger schafft Geformtes. Indem Avramidis den Toten und nicht den Lebenden zeichnet, entrückt er das vom Leben Geformte in die Ferne einer Objektivität, ohne damit zugleich das Leben zu diskriminieren. Und diese Ambivalenz von Sinnlichkeit und Abstraktion ist eben der durchgängige Bezugspunkt zwischen Skulptur und Zeichnung, darüber hinaus aber der Kern des künstlerischen Schaffens.

In seinen frühen Zeichnungen wird das noch offenkundiger. Mitten in den Konstruktionszeichnungen erscheinen naturhafte Details. Eine Schulterpartie, ein Gesäß, ein Beinstück sind vital, regelrecht faßbar ins abstrahierte Muster gesetzt.

Hier handelt es sich nicht, wie man zunächst vermuten könnte, um bildhauerische Planstudien, bei denen man eben nur partiell die vorgestellte Form ausführt. Naturnah sind die Plastiken von Avramidis ja nie geworden. Nein, diesem Künstler ist es bewußt darum zu tun, Bauplan und Erscheinungsform miteinander zu verknüpfen. Seine späten Zeichnungen vereinen diese beiden Momente, die zunächst formal noch unterschiedlich behandelt waren.

In fein gestrichelten, nach außen offenen Gebilden bieten sich Körper dar, die wie Geäst wirken: Der Bau bekommt Prägung, bekommt Charakter. Die Prägung bestimmt zugleich den Bauplan, das heißt die Figur ist auch ein Wesen. Der Mensch ist tot, aber das Leben hat seine Spuren hinterlassen. Der Zeichner Avramidis zeigt, wie wir den Bildhauer Avramidis zu sehen haben.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Bis 10. August, im Sommer 1987 im Salzburger Rupertinum, Katalog: 25 Mark.

Erlangen: Kongreß der Eichendorff-Gesellschaft

Des Taugenichts Spur

Neun Vorträge, vier Laudationes, zwei Autorenlesungen, ein Liederabend in zweieinhalb Tagen: Schon diese Aufzählung zeigt, welche hohen Ansprüche die 1952 neugegründete „Eichendorff-Gesellschaft" auf ihrem 8. Internationalen Kongreß am Wochenende in Erlangen an ihre Mitglieder, Freunde und Gäste stellte. Gewiß gab es Qualitätsunterschiede bei den einzelnen Referaten, doch die Fülle des Gebotenen entschädigte reich.

Ein erster Höhepunkt dieser Tagung über „Eichendorff im 20. Jahrhundert" war der Vortrag des amerikanischen Germanisten Egon Schwarz aus St. Louis/Missouri, der, 1922 in Wien geboren und 1938 emigriert, seinen Ausführungen denselben Titel gegeben hatte wie seiner 1979 erschienenen Autobiografie „Keine Zeit für Eichendorff". Jetzt allerdings brachte er an dieser apodiktischen Aussage, die auf seinen Exilerfahrungen beruhte, kräftige Revisionen an und entwarf, ehe er sich den Frauen bei Eichendorff und dem militanten Katholizismus des oberschlesischen Dichters zuwandte, ein liebevoll gezeichnetes Bild seines akademischen Lehrers Oskar Seidlin (1911–1984), bei dem „meine Zeit für Eichendorff offensichtlich angebrochen" sei.

Nach dem aus Oberschlesien stammenden Oskar Seidlin, der in Erlangen mit einer kleinen Ausstellung seiner Bücher und Aufsätze geehrt wurde, ist auch der Förderpreis der „Eichendorff-Gesellschaft" benannt, mit dem die spanische Germanistin Alfonsina Janés aus Barcelona ausgezeichnet wurde. Sie beschäftigte sich in ihrem Referat „Eichendorff in Spanien" vornehmlich mit den Schwierigkeiten, die Gedichte eines deutschen Spätromantikers in eine romanische Sprache zu übertragen. Die Übersetzungsbeispiele, die sie anführte, ließen erneut deutlich werden, daß ein solches Unterfangen schier unmöglich ist, weil zwischen den Sprachen zuviel an Atmosphäre, Wortambivalenz, Zeitkolorit verloren geht. Sie selbst freilich hat es versucht, mit einer Gedichtauswahl 1981, und konnte mit Stolz auf die erste Eichendorff-Dissertation in Spanien verweisen, die 1983 in Salamanca verteidigt worden sei.

Die höchsten Anforderungen an die Zuhörer stellte zweifellos die Genfer Germanistin Renate Böschenstein, die fünf Viertelstunden über „Eichendorff im Werk von Thomas Mann" sprach, wobei eine wünschenswerte Diskussion des Vorgetragenen aus Zeitmangel nicht mehr möglich war. Sie ging den feinsten Spuren des „Taugenichts" (1826) in den Thomas-Mann-Romanen „Felix Krull" (1911) und „Zauberberg" (1924) nach, verwies auf die verschieden strukturierte Idylle bei beiden Autoren, erwähnte die sechsbändige Eichendorff-Propyläen-Ausgabe von 1937, die Thomas Mann besessen, aber nicht gelesen habe, während er des Dänen Georg Brandes Aufsatz „Die romantische Schule in Deutschland" gekannt und für seine Eichendorff-Rezeption auch benutzt habe.

Neben diesem konzentrierten Referat, das lediglich der Extrakt einer umfangreicheren Forschungsarbeit zu sein schien, gab es eine Reihe weiterer Vorträge, die zumindest genannt werden müssen. Daß die Rezeptionsgeschichte, auch die durch die Musik, dabei dominierte, lag am Tagungsthema. So konnte Günter Niggl, Eichstätt, nach 1857 eine „Windstille" von drei Jahrzehnten für Eichendorffs Dichtung ausmachen, erst der 100. Geburtstag 1888 habe eine „Artikel- und Editions-Flut" ausgelöst, die freilich auch zu nationalpolitischen Mißdeutungen geführt habe. Von Eichendorffs Vereinnahmung durch Männergesangvereine führe ein direkter Weg zur „Taugenichts"-Ausgabe für die „Feldgrauen" des Ersten Weltkriegs. Das galt für das Deutsche Kaiserreich wie für die Habsburger Monarchie. Auch in Wien wurde, wie Sibylle von Steinsdorff, München, nachweisen konnte, das Eichendorff-Gedicht „Deutschlands Retter" 1859 in die Kriegspublizistik gegen Italien einbezogen.

Die vier restlichen Vorträge waren dem „Eichendorff-Bild deutscher Dichter nach 1945" (Christoph Perels, Frankfurt), der „Bedeutung Eichendorffs in Horst Bieneks Romanen" (Hubert Orlowski, Posen), den Eichendorff-Vertonungen Hans Pfitzners (Rudolf Stephan, Berlin) und Othmar Schoecks (Jürg Stenzl, Fribourg) gewidmet. Außer Egon Schwarz wurden Ilse Aichinger und Horst Bienek die Eichendorff-Medaillen verliehen, beide bestritten auch die öffentliche Lesung des ersten Abends. In Bonn, wo Eichendorffs Sohn Hermann (1815–1900) begraben liegt, wird man sich 1988, zum 200. Geburtstag des Dichters, wieder treffen.

VIKTOR KÖSLING

„Niemals ist es gut, Luftschlösser sich zu bauen"

Gewinn auch für Verlierer

Die Faszination des Fernsehens ist weit größer als der Verlust von 10 000 Mark", behauptet Max Schautzer, der mit „Alles oder nichts zum 50. Mal auf dem Bildschirm ist. Dieses Fazit basiert auf einer Umfrage. Er wollte wissen, wie Gewinner und Verlierer zu Hause aufgenommen werden. Das Ergebnis: Keinem neidete man die 10 000 Mark, niemand wurde, weil er verloren hat, verspottet. Nur ein Kandidat hatte Pech. Ihm wurde von seinem Chef gekündigt. „Wer vor

Alles oder Nichts – ARD, 20.15 Uhr

einem Millionenpublikum versagt, den kann ich meinen Kunden nicht mehr gegenüberstellen", war die Begründung.

60 Prozent der Kandidaten gewannen die ausgesetzten 10 000 Mark. Schautzer: „Alle Verlierer bestätigten mir, daß niemand unglücklich nach Hause gefahren sei. Das Erlebnis, in einer so großen Sendung der Hauptdarsteller gewesen zu sein, habe alles aufgewogen." Einige seien durch den Auftritt selbstsicherer geworden. So schrieb Renate Schupp aus Eisenberg/Pfalz: „Nicht die 10 000 Mark waren wichtig, sondern, daß ich mich nach 20 Jahren Haushalt und Kinder überhaupt getraut habe, mich auf neue Dinge einzulassen. Meine Antworten zu Erich Kästner sind bei einem Verlag so gut angekommen, daß man mich als Lektorin eingestellt hat." Bei Florian Kerber aus München, der 10 000 Mark aus dem Thema „Weltraumfahrt" herausholte, meldete sich Prof. Stöffler von der Universität Münster und verschaffte ihm eine Doktorandenstelle. Der Diplom-Geologe Detlev Graner, der mit seinen Kenntnissen über den Alpinismus glänzte, finanzierte sich mit seinem Gewinn seine Doktorarbeit.

Schautzer: „Damit die Kandidaten ihre Schwellenangst verlieren, laden wir sie zur vorhergehenden Sendung ein. Das lockert sie auf." Trotz dieser Auflockerung patzte der Mode-Designer Siegfried Winkler aus Wiesbaden beim Thema „Edith Piaf". Das Trostpflaster kam von Bekannten: 6000 Mark. Außerdem wurde er via Bildschirm in seiner Branche so bekannt, daß er seinen Kundenkreis erweitern und eine eigene kleine Fabrikation starten konnte.

Auch Elvis-Presley-Experte und 10 000 Mark-Gewinner Karsten Rimat aus Mühlheim befand sich in einem Glückstaumel. Ein Manager nahm ihn unter Vertrag, eine Schallplatte wurde gemacht. Das ZDF testete ihn für die „Musicbox" und sogar ein Filmangebot kam. Er war happy und kündigte seinen Job. Doch dann platzten alle Angebote. Nach der ersten Begeisterung meldete sich niemand mehr. Ein Zeitungsversand ist seine Zuflucht. „Wenigstens habe ich die Erkenntnis gewonnen, daß es niemals gut ist, Luftschlösser zu bauen", sagt er. HORST LIETZBERG



Max Schautzer FOTO: TEUTOPRESS

Besonnte Vergangenheit in schweren Zeiten

Berliner Erinnerungen

Als Nicolaus Sombart 1941 für das Abitur einen Lebenslauf abfassen mußte, begann er ihn mit dem provokatorischen Satz: „Was ich bin und weiß, verdanke ich der Bibliothek meines Vaters und dem Salon meiner Mutter." Sein Vater, Werner Sombart, königlich preußischer Geheimrat und Professor der Nationalökonomie, schrieb zwischen 1903 und 1928 die bis heute unübertroffene „Geschichte des Kapitalismus", wobei die Wortprägung „Kapitalismus"

... aufgewachsen im Grunewald – ARD, 23 Uhr

überhaupt von ihm stammt. Seine Mutter, eine Rumänin aus alter Bojarenfamilie, von großer Schönheit, geistreich und lebhaft, auch nach dem Krieg in Heidelberg noch das strikte Gegenteil vom Klischee einer deutschen Professorenfrau, zog das geistige und künstlerische Berlin der dreißiger Jahre in ihr Haus, zum „Jour", wie man damals sagte, eine Einrichtung, die es selbst in Paris nicht mehr gibt, so daß die Kunst der Konversation verkümmert.

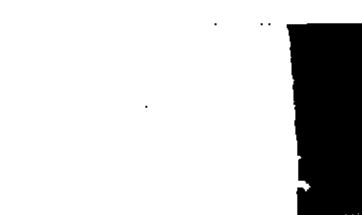
Nicolaus Sombart beherrscht sie in einer Weise, daß man ihn als den letzten „homme de salon" kennzeichnen könnte. Er ist ein Mensch des Gesprächs, der brillanten Formulierung, des erhellenden Paradoxons. Noch Jahre, nachdem er die Universität Heidelberg verlassen hatte, sprach man von seinen Vorträgen im Seminar. Er vermochte in freier Diskussion durchaus Adorno, der druckreif sprach, dialektisch zu schlagen, mit einer Nonchalance des Tones, die andere als arrogant empfanden. Nach der Universität dilletierte Nicolaus Sombart in den verschiedensten Geldverdienstmöglichkeiten. Er gehörte zu den Pionieren der Gruppe 47 und schrieb hinreißende Kulturreportagen aus Paris für Hans Werner Richters Zeitschrift „Die Literatur". Sein Kriegsroman aus dem Jahr 1947, „Des Wachsoldaten Irrungen und Untergang", ist heute unauffindbar.

Aus dem Geldverdienen machte er dann einen ernsthaften Lebensinhalt. Man hörte zwei Jahrzehnte lang nichts mehr von ihm. Dann plötzlich tauchte sein Name in Zeitschriften wieder auf und er schrieb Erinnerungen an seine Jugendjahre in Berlin, eine Erfahrungswelt deutschen Großbürgertums und ein gesellschaftliches Ambiente, die uns so fremd und fern erscheinen wie die Beschreibungen adliger Fin de siècle-Vergangenheit durch Proust oder Eduard von Keyserling. Damals sei ihm dieses Leben selbstverständlich erschienen, schreibt Sombart: „Heute, ach heute, ist eben nichts mehr selbstverständlich, ist nichts mehr so, wie es eigentlich sein müßte. Das heißt freilich nicht, daß man sich damit abfinden muß. Alles ist dann verloren, wenn man die Maßstäbe verloren hat und den Miserabilismus als das Normale akzeptiert."

CHRISTOPH GRAF SCHWERIN



Nicolaus Sombart FOTO: ISOLDE OHLBAUM


Für den Marktbeobachter ist ein Hit, was bei media control *und* in den jeweiligen Charts der Fachblätter erscheint – zum Beispiel, im Juli, diese vier Filme:

Der einzige Zeuge (CIC-Video, 108 min), ein für nicht weniger als acht Oscars nominierter Krimi des US-Regisseurs Peter Weir mit Harrison Ford als Hauptfigur. Ford ist ein Polizist, der einen Kollegenmord recherchiert und auf einen kleinen Jungen trifft, der sich als der einzige Zeuge der Bluttat im Bahnhof von Philadelphia entpuppt. Der Junge ist ein Amish, Angehöriger jener radikal traditionstreuen, städtefeindlichen Sekte, die u. a. auch Waffenbesitz untersagt – schlecht für den Polizisten, der entdeckt, daß die Täter auch Kollegen sind und der, Gejagter von seinesgleichen geworden, bei den Amish untertaucht. Ein bemerkenswertes Stück über amerikanische Kontraste.

Pale Rider – Der Namenlose Reiter (Warner Home Video, 113 min). Er ist und bleibt der wortkarge, zu allem entschlossene, idealistische Kämpfer zu Pferde, der den Edel-Western ausmacht: Clint Eastwood, Regisseur und Held in Personalunion. Nicht umsonst wurde der Streifen 1985 in Cannes gezeigt – als erster Western nach dreizehn Jahren.

Airwolf: Der Kampf (CIC Video, 92 min), USA 1985, Regie: Steven Dollinger. Das ist nun bereits der dritte Abendfüller um den modifizierten Bell-Textron Modell 222, jenen omnipotenten Hubschrauber, der dort verfremdet HX-1 genannt wird. Aus zwei geschickt montierten TV-Serienteilen besteht denn auch dieser neue „Airwolf"-Film, in dem Jean-Michale Vincent auf der Suche nach einer Doublette seines HX-1 Abenteuer zu bestehen hat. Der zweite Helikopter nämlich wurde geklaut, und seine Rückholung geriet zur Orgie aus Terror, Waffengeschäften und Neonazis.

Teen Wolf (UFA Video, 90 min). Ein Wiedersehen mit Michael J. Fox, Spielbergs jungem Helden aus „Zurück in die Zukunft", ist diese nagelneue US-Produktion in der Regie von Rod Daniel – eine Teenager-Story, die zur Zeit in Amerika wie Pilze aus dem Boden sprießen, eine Persiflage auf alte Werwolf-Herrlichkeit.

ALEXANDER SCHMITZ

ARD

ZDF

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.23 „... und das Leben geht weiter"
11.25 Sedlmayrs Fernseh-Illustrierte
12.10 Der ungeliebte Kompromiß
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

14.50 Klamottenkiste
Charlie Chaplins Badefreuden
15.05 Unsere kleine Farm
Schulanfang
15.50 Tagesschau
16.00 Frauengeschichten
Mitzi Welland
Die kleinste Frau Deutschlands
16.45 Spaß am Dienstag
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Alles oder Nichts
Fragespiel mit Max Schautzer
Gäste: Costa Cordalis und ein Bouzouki-Ensemble
Thema: Die griechischen Inseln
21.00 Panorama
Themen: Alkoholschmuggel mit Hilfe des Staatssicherheitsdienstes. Demonstrationsopfer. Häuslebauer vor der Pleite. Die Grünen und die Gewalt
21.45 Dallas
Sue Ellens Stunde
22.30 Tagesthemen
23.00 ... aufgewachsen im Grunewald
Berlin 1933–1943
Von Hagen Mueller-Stahl
Nach dem Buch „Jugend in Berlin" von Nicolaus Sombart
Mit Ninnetta und Nicolaus Sombart, Heinrich Graf von Einsiedel, Wolfgang Spier, Celibidache
0.05 Tagesschau
0.10 Nachtgedanken

15.00 heute
15.03 Kiwi – Abenteuer in Neuseeland (2)
15.30 Ferienkalender.
Reiten / Bücherecke
16.15 Sammeln schafft Leiden
Die größte Schüttelbecher-Sammlung der Welt
16.30 Patrik Pacard
Entscheidung im Fjord (7)
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Ein himmlisches Vergnügen
Geliebter Toni
Wohnungsnöte
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.20 Mit dem Kopf durch die Wand
Ratespiel mit Birgit Lechtermann
19.00 heute
19.30 Der Schleier ist ihre Zuflucht
Reportage über Frauen in einem ägyptischen Dorf
20.15 Ist ja irre – Agenten auf dem Pulverfaß
Englischer Spielfilm (1964)
21.42 Mach mit – der Umwelt zuliebe
21.45 heute-journal
22.10 Zacharias
„Wenn man 90 ist, sollte man seine Mutter nicht mehr vermissen, aber sie fehlt mir."
Lebensbild von Zacharias Dische
Buch und Regie: Irene Dische
23.40 Polizeirevier Hill Street
Ein Schritt zu weit
0.30 heute

III.

WEST
18.30 Lord Schmetterhemd
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
20.45 Rückblende
Vor 50 Jahren: Berlin und die Olympischen Spiele
21.00 Der Forellenhof (2)
Bitte nicht stören!
22.00 Wanderungen durch die DDR
Das Oderbruch
22.45 Kostbarkeiten aus Dresdner Sammlungen
23.00 Bach-Rock
23.45 Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Rockpalast
Killing Joke
19.15 Kinderkriegen – heute
Wunschkind
Film von Barbara Schönfeld
20.00 Tagesschau
20.15 Treffpunkt
High Tech Center
Zukunftsfabrik oder Subventionstrick
Gespräche mit Unternehmern und Politikern
21.00 Stahlnetz: Das Haus an der Stör
Mit Rudolf Platte, Mady Rahl
Regie: Jürgen Roland
Als der Hunger regierte, wurde von Kindern die in einem Seesack verschnürte Leiche eines Unbekannten gefunden. Die Polizeibeamten stellten schnell die Nachforschungen ein; der Tote wurde als „unbekannt" beerdigt.
Zehn Jahre später: Kommissar Roggenburg stößt auf die Akte des unbekannten Toten. Trotz des großen Zeitraums geht er unbeirrt auch der winzigsten Spur nach.
22.25 Der Künstler war eine Frau
23.10 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.32 Beat, Beat, Beat
19.20 Hessenschau
Ab 20.00 Uhr: wie NORD

SÜDWEST
16.00 Wasser für Canitoga
Deutscher Spielfilm (1939)
Mit Hans Albers
18.00 Sesamstraße
18.30 Der Clown
18.32 Zoos der Welt
19.00 Abendschau
19.30 Nr. 10 Downing Street
Film von Christopher Jones
20.15 Melina Mercouri
Seit Oktober 1981 ist die ehemalige Schauspielerin Griechenlands Kulturministerin.
21.00 9 aktuell
21.15 Frankenstein
Amerikanischer Spielfilm (1973)
23.20 Architektur heute (3)
0.05 Nachrichten

BAYERN
18.15 BR-Fenster
18.45 Rundschau
19.00 Bürgerforum
20.00 Reisewege zur Kunst (3)
England: East Anglia
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Ein Platz an der Sonne
Amerikanischer Spielfilm (1951)
23.45 Rundschau

SAT 1

15.00 Perrine
Anschl.: Secret Squirrel
15.30 Lassie
16.00 Die deutsche musicbox
17.00 Shiloh Ranch
18.00 Verliebt in eine Hexe
Anschließend: Dick Tracy
18.30 APF-blick
18.45 Mit Schirm, Charme und Melone
Anschl.: John Denver, Country Songs
19.45 Love Boat
20.40 Airwolf
Nuklearangriff
21.30 APF-blick
22.15 F. A. Z. etten
22.45 Starsky & Hutch
Anschl.: APF-blick



19.00 Nachbar Europa
Abla – Die große Schwester
1983 wurde Barbara John zur „Frau des Jahres" ernannt, 1984 wurde ihr der Moses-Mendelssohn-Preis verliehen. Seit Dezember 1981 ist Frau John Ausländer-Beauftragte des Berliner Senats.
19.45 Grand Café
20.00 Tagesschau
20.15 Jean Christophe
Nach dem Roman von Romain Rolland
Mit Klaus Maria Brandauer
21.05 Vorhang auf, wir spielen Mord
Fernsehspiel nach dem gleichnamigen Roman von Henry Slesar
22.50 Theater der Liebe
Französischer Spielfilm (1984)
Mit Jane Birkin, Geraldine Chaplin
Regie: Jacques Rivette
0.55 Nachrichten

3SAT

18.00 Mini-ZIB
18.10 Die Betonburg (2)
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Familie Merian
Gefüllte Kalbsbrust
20.15 auslandsjournal
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.50 Die Kunst steckt in der Natur
Albrecht Dürers Naturstudien und die Folgen
22.20 Club 2
Anschließend: Nachrichten



18.15 Deutsche Szene
18.15 Regional 7
18.35 Hans-Werner kauft alles
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Das Tal der Pappeln
Die Industriellen wehren sich
19.55 Mini-Max
20.20 RTL-Spiel
20.25 Filmvorschau
20.30 Die Doppelgänger
Italienischer Spielfilm (1966)
Mit Richard Harrison
Regie: Michele Lupo
22.10 RTL-Spiel
22.15 Popeye
22.20 Blick in die Welt
Heute vor 30 Jahren
22.30 Geheimauftrag für John Drake
22.50 Wetter/Horoskop/Betthupferl

Live, was ist das?

mar – Ich besitze ein ziemlich altes Buch. Es ist knallrot eingebunden und trägt das Wappen der Sowjetunion auf dem Titelblatt, denn es enthält die „Verfassung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken". Im Artikel 125 ist da zu lesen, daß die Pressefreiheit (wie auch die Rede-, die Demonstrations- und Versammlungsfreiheit) den Bürgern der UdSSR durch das Gesetz garantiert wird.

Und weiter: „Diese Rechte der Bürger werden dadurch gewährleistet, daß den Werktätigen und ihren Organisationen die Druckereien, Papiervorräte, öffentlichen Gebäude, das Post- und Fernmeldewesen und andere materielle Bedingungen, die zu ihrer Ausübung notwendig sind, zu Verfügung gestellt werden."

Zwei kleine Erlebnise aus jüngster Zeit lassen nun allerdings die Frage aufkommen, ob dieses Büchlein im Regal neben anderen Bänden zum Staats- und Völkerrecht am richtigen Platz steht.

Da erzählte ein Kollege vom Rundfunk über seine Erfahrungen, anläßlich der Nordrhein-Westfalen-Ausstellung in Moskau von den Schwierigkeiten, von dort live zu berichten. Der Staatliche Rundfunk verfügt zwar über eine moderne Technik, aber außer im großen Sportstadion gibt es keine Einrichtungen für Live-Sendungen. Und die Kollegen in Moskau waren kaum davon zu überzeugen, daß das, was der Moderator da munter plauderte, direkt über den Sender ging.

Auf ähnliche Skepsis stieß ich bei dem Besuch von fünf sowjetischen Journalisten in der Redaktion. Sie wollten unbedingt wissen, wer denn zum Schluß jede Seite unterschreibe, sie also freigebe, ehe sie gedruckt würde. Die Versicherung, daß jeder Ressortleiter selbständig arbeiten kann und es ihm vollkommen freisteht, was auf seiner Seite erscheint, vermochte sie nicht zu überzeugen. Denn als altgediente Profis waren sie anderes gewöhnt.

Da folglich das, was in dem roten Buch steht, also weder Vergangenheit noch Gegenwart der Sowjetunion beschreibt, werde ich es wohl besser unter Science-fiction ablegen.

Ausgeklügelte Rezitative, gekappte Traditionen – Die sommerlichen Festspiele von Aix-en-Provence



Hier erscheint Don Giovanni als Sadist

Das Paradies für Mozart, das Gabriel Dessurget 1948 im provencalischen Aix-en-Provence erschuf, scheint in Gefahr. Äußerlich steht alles bestens. Die Erweiterung des Platzangebots im *Théâtre de L'Archevêché*, im Hof des Erzbischöflichen Palastes, ließ die Zahl der Besucher 1985 auf 35 000 schnellen gegenüber nur 23 000 im Jahr zuvor. In diesem Sommer werden gar 50 000 Zuschauer erwartet; vier Opern stehen ihnen zur Auswahl, drei Neuinszenierungen, dazu die Wiederaufnahme der „Ariadne auf Naxos". Louis Erlo, Festspielleiter und Chef der Oper von Lyon, könnte eigentlich voller Optimismus dem 40. Geburtstag der Festspiele im kommenden Jahr entgegensehen.

Das Problem liegt in der Programmstruktur von Aix, das trotz gewisser Erfolge mit der Barockoper und neuerdings mit Rossinis Seria Auszehrungserscheinungen aufweist. Anders als bei der Gründung der Festspiele, als Glyndebourne und Salzburg erst wieder auf die Beine kommen mußten, Aix deshalb wie ein gerettetes Paradies für Mozart anmutete, wird man ein solches heute eher in Brüssel suchen. Mit dem Flüggewerden der einstigen Entdeckungen Stich-Randall, Berganza, Gedda, Simoneau, Panerei verlor Aix nicht nur seine Publikumslieblinge, sondern auch seinen Ruf als Mozart-Metropole. Beim Gerangel um die Jungstars zieht Aix heute oft den kürzeren.

Die trotz eingreifender Modernisierung immer noch relativ bescheidenen Bühnenverhältnisse könnten dagegen gerade jetzt wieder eine Herausforderung sein. Sie legen immer noch die Linien des schlichten Aix-Stils fest, bewahren die Festspiele davor, szenisch Fett anzusetzen. Unnötigerweise gehätschelt wurde die fettige Biederkeit aber von Jean-Claude Penchenat in seiner Inszenierung von André Campras „Tancrède", die dem neuen technischen Komfort hohnspricht.

Die pantomimischen Stockkämpfe, die die Glaubenskriege in den fernen Orient verbannten, verraten die Schule Mnouchkines, doch die Versatzstücke aus dem Puppenkästchen und die pure Hilflosigkeit des Bewegungskanons verlieren rasch die Unschuld naiver Regie, geraten zum muffigen, selbstgestrickten Überwurf, aus dem auch François Tournafonts Kostüme keinen ansehnlichen Fleckerlteppich mehr machen.

Nichts von dieser verstiegenen Konstruktion ist in Campras Musik zu finden. Leicht und fließend ist ihr Duktus, tänzerisch verschmilzt sie Rezitativ und Arien. Jean-Claude Malgoire – selbstverständlich mit seiner *Grand Écurie et la Chambre du Roy* – machte deutlich, daß wir es hier nicht mehr mit dem ausgetrockneten Flußbett italienischer Secco-Rezitative zu tun haben, daß der musikalische Reichtum von Campras Rezitativen sie gleichwertig neben die liedähnlichen Arien stellt, somit die Oper einen frappierend lockeren Ton gewinnt.

In die Rezitative legte auch Hans Graf eine nahezu kosende Versunkenheit und breitete auf die Weise den „Idemeneo" als eine sich aus dem gemächlichen Erzählrhythmus entwickelnde, im dumpfen Gemurmle verlierende Handlung aus. Vor allem durch Anthony Rolfe Johnson in der von Mozart bereits auf die Möglichkeiten eines 66jährigen Altstars reduzierten Titelpartie geriet der Sprechgesang zum Kampf mit der Intonation.

Nur indirekt an Campras Rezitativgestaltung anknüpfend, verwendete Mozart indes einen Stoff, den ihm Varesco nach einem Text Danchets für Campra umgestaltete. Entsprechend der *Tragédie lyrique* bildet sich die Handlung durch innere Monologe ab. Pierre Strosser versetzte das antike Kreta in eine mystische Zeitenferne. Schottersteine umgeben eine zentralversetzte schwarzspiegelnde Plattform, schwarze Wände, ein Wolkengebräu in Grisaillemanier, bilden den Horizont. Wie unter einer Glasglocke, verirrt in einem unsichtbaren Labyrinth, bewegen sich die Gestalten, ängstlich bemüht, Berührungen zu vermeiden, direkte Konfrontationen zu umgehen.



Den Text des Librettos allzu ernst genommen: Gino Quilico als Don Giovanni und Jean-Philippe Lafont als Leporello in der „Don Giovanni"-Inszenierung von Aix '86 FOTO: BERNAND

Doch nun zum „Don Giovanni"! Gleich einem Ritual fand für ihn über zwanzig Jahre hinweg Cassandres Ausstattung Verwendung und wurde dadurch zu einem Synonym für Aix, wie Wieland Wagners „Parsifal" für das Neue Bayreuth. Vielleicht liegt es auch an den engen Straßen, den Plätzen mit Brunnen, den überraschend auftauchenden barocken Palästen, daß sich Mozarts „Don Giovanni" in Aix ebenso ein Heimatrecht erwarb wie in Prag, dessen Altstadt ein ebenfalls stimmiges Pendant zur Sevilla-Kulisse anbietet.

Jetzt hat Laurent Peduzzis die Cassandre-Bühne ersetzt. Aber seine Verschränkung eines halbierten Rokokoproszeniums mit anschließenden Kabinettchen und eines rustikalen, holzgetäfelten Bühnenraums läuft dem alten Entwurf schwerlich den Rang ab, reizt einzig die Vorteile der Einheitsbühne aus. Dem Regie-Tandem Gildas Bourdert und Alain Milianti kam es weniger auf ein metaphysisch deutbares Ambiente an als auf eine Spielfläche, die Raum läßt für eine intensiv ausgelotete Körpersprache, für ein stegreifartiges, lustvolles Jonglieren mit den Situationen.

Die Regisseure haben jede Textzeile abgeklopft, jeden Ausruf nach seinem Sinn hinterfragt, um daraus einen „absolut stimmigen" Ablauf zu konstruieren, wobei es nicht ohne gedankliche Purzelbäume abging. Don Giovanni soll ein perverser Zyniker, ein Sadist sein, der skrupellos seine Umwelt auslaugt, kein Dämon, ein Rowdy; Gino Quilico ist ein brüllender Hirsch, der erstmals sein Revier verteidigt.

Suzanne Murphy (Donna Anna) und Mariette Kemmer (Donna Elvira) umkreisen Giovanni mit jugendlich schlanken, doch hysterisch überfordert klingenden Stimmen; kein Wunder, daß es ihn zur wunderbar natürlichen Patricia Rozario (Zerlina) zieht. Frank Lopardo (Don Ottavio) mag sich in einer anderen Rolle glücklicher fühlen, Jean-Philippe Lafont ist ein deftiger, kein erstrangiger Leporello. Stephan Soltesz spannt die Handlung in ein enggeschnürtes Korsett ein, treibt die Musik forsch voran, bleibt penibel, wo eine Prise dämonischer Hintergründigkeit gut getan hätte.

Seinen Plan, pro Jahr sechs Opern zu spielen, sollte Erlo nochmals überdenken. Der kurze Höhenflug mit drei Neuproduktionen endete nur knapp vor einer Bruchlandung. Das Publikum freilich läßt sich davon nicht beirren, es feiert primär den Komponisten. Es mag sich hierbei um eine typisch französische Eigenschaft handeln oder einen von Aix angestrebten Erziehungsprozeß. Auf jeden Fall bleibt man hier gerne unter sich, das babylonische Sprachengewirr anderer Festspielorte kennt man nicht.

ROLF FATH

München: Holländische Malerei von 1800 bis 1860

Unten bei den Schleusen

Selbst im Lande ihrer Entstehung wurde die holländische Malerei des frühen 19. Jahrhunderts bis vor kurzer Zeit kaum nachhaltig beachtet. Die von einem Kunsthistoriker-Team im Auftrag des Den Haager Amtes für bildende Kunst vorwiegend aus öffentlichem Besitz zusammengetragene Ausstellung „Auf der Suche nach dem Goldenen Zeitalter" ist in diesem Umfang (69 katalogisierte Bilder von 43 Künstlern) die erste überhaupt mit niederländischer Malerei der Zeit zwischen 1800 und 1860. Sie wurde zunächst in Wien gezeigt und ist nun in der Münchner Neuen Pinakothek zu sehen.

Das große „Goldene Zeitalter" der niederländischen Malerei, das 17. Jahrhundert, dominierte mit seiner überaus zahlreichen Hinterlassenschaft. Museen, Privatwohnungen und die Galerien des Handels waren voll davon. Im Akt der Wiederentdekkung der allseits beliebten Motive und Malweisen wurde schnödes Epigonentum gesehen. Der Bedarf war verständlicherweise gering. Später verstellte die Moderne den Blick. Nur im Haager Gemeentemuseum und im Rotterdamer Museum Boymans hing schon vor dem Zweiten Weltkrieg einiges aus der Zeit von Spätromantik und Biedermeier.

In der 1846 bis 1853 im Auftrag König Ludwigs I. von Bayern aus seinen Privatmitteln errichteten Neuen Pinakothek war das anders. Fast ein Viertel des dortigen Bestandes entstammte belgischen und holländischen Regionen – teils aus dynastisch-verwandtschaftlichen, teils aus historisierenden Gründen. Denn einen großen Vorrat an Holländern des 17. Jahrhunderts fand Ludwig bereits vor – und man suchte, wie in anderen epochalen Zusammenhängen ebenfalls, die respektablen Entsprechungen in der eigenen Zeit.

Am bekanntesten sind bei uns – insbesondere durch die Offerten des Ladenhandels und der Auktionen – die Landschaftsmaler Barend Cornelis Koekkoek, Andreas Schelfhout und Johan Bartold Jongkind. Von ihnen zeigt die Ausstellung Typisches: Winterliches wie Sommerliches. Doch es faszinieren vor allem die weniger gängigen Namen und Motive: die durch Egbert van Drielst schon 1809 mit Neigung zum pittoresk Realen fixierten Verfallsmomente ärmlicher Baulichkeiten am Rande des damaligen Amsterdam.

Nicht weniger eindringlich: die 1818 durch Pieter Gerardus van Os sorgsam geschilderte Perspektive und Belebung des Kanals bei 's-Graveland; Jan Weissenbruchs frühmorgendliche Prinsegracht in Den Haag (sein 1878 entstandenes, allerletztes Bild); sein Leuvehafen in Rotterdam (1849) und die säuberliche Atmosphäre eines ruhigen sommerlichen Spätnachmittags, unten bei den Schleusen von Elshout am Flusse Lek (um 1853).

Das ist blank und köstlich im klar und detailliert zeichnenden Licht, luftig, hell und frisch ohne Steifheiten. Dargestellt ist das ganz selbstverständlich und freundlich erscheinende Leben und Wirtschaften im Hiesigen, Alltäglichen, unverkrampft Geruhsamen: das scheinbar Zufällige, doch geordnet Regelmäßige, der arbeitsame, zweckdienliche Umgang mit den Dingen und den Seinen, nachbarschaftlich-ohne Betulichkeit. Aus der Besonderheit schließt und bestätigt sich das Allgemeine. Alles geht seinen guten Gang.

In der schlauen Hängung der Münchner Fassung dieser sympathischen Rückblende (sie wurde ergänzt durch einige nicht katalogisierte Leihgaben aus Museumsbesitz) wird der abwärts im marmorhellen Saal angelangte Besucher begrüßt durch ein Bild mit großem Flair und Atem: von Pieter Rudolph Kleyns „Park von St. Cloud" (1809). Der Maler gehörte zu den 15 jungen Künstlern, die auf Initiative König Louis Napoléons zur Fortbildung mit Stipendien nach Frankreich und Italien entsandt wurden. Das italienische Studienmaterial des Stipendiaten Josephus Augustus Knip ist ganz hinten im Saal zu finden. Am Wege liegt mancherlei Beschaulichkeit: Porträts, Interieurs und auch Historien, ins Dramatische gewendete Seestücke und auch Blumiges. (Bis 10. August; danach Harlem; Katalog 22 Mark)

ALEXANDER ERXLEBEN



Auf der Suche nach dem Goldenen Zeitalter: Jan Weissenbruchs „Der Leuvehafen in Rotterdam" (1849); aus der Münchner Schau FOTO: KATALOG

KULTURNOTIZEN

38 000 junge Chinesen haben seit 1979 ein Studium im Ausland begonnen, davon 30 000 mit einem staatlichen Stipendium.

Acht zeitgenössische Bildhauer aus Großbritannien präsentieren ihre Werke bis zum 28. Juli im Londoner Barbican Centre.

Graphiken des deutschen Expressionismus sind in der Pfalzgalerie in Kaiserslautern bis zum 27. Juli zu sehen.

Die 5. Wolfsburger Kurzfilmtage finden vom 18. bis 25. Oktober im Kulturzentrum statt.

Schweizer Kunst der 50er Jahre zeigt das Westfälische Landesmuseum Münster für Kunst und Kulturgeschichte bis zum 7. September. Die Schau war bereits in der Städtischen Galerie Karlsruhe zu sehen (vgl. WELT vom 24. Mai).

Steinskulpturen des 1956 in Teheran geborenen Künstlers Oveif Saheb stellt bis 14. 9. das Museum Schloß Hardenberg bei Velbert vor.

Skandinavische Kunst zeigt die Hayward Gallery in London bis zum 5. Oktober.

Gustave Moreaus Gemälde, Aquarelle und Zeichnungen werden nach Zürich (vgl. WELT v. 29. März) bis zum 14. September im Münchner Museum Villa Stuck ausgestellt. Der Katalog kostet 20 Mark.

Nichts verlernt: Erz-Rocker auf der LP „Class of '55"

Wie einst im Dezember

An der Union Avenue in Memphis, Tennessee, wurde im Dezember 1956 Rock'n'Roll-Geschichte geschrieben, und zwar mit ganz großen Buchstaben: Dort, in Sam Phillips' legendärem Sun-Studio, wo kurz zuvor Elvis Presley nur im Trio mit Gitarrist Scotty Moore und Baßmann Bill Black seine bahnbrechenden Rock-Fetzer in die überrumpelte, überraschte Welt Amerikas setzte, stellten sich Presley, Johnny Cash, Carl Perkins und der „killer" Jerry Lee Lewis schlichtweg um ein Klavier herum und schüttelten als „The Million Dollar Quartet" einmal und nie wieder die heißesten Rock-Songs aus den Ärmeln.

Das war die Zeit, in der Gitarrist Duane Eddy hinten quer über den Hof in einen mannshohen leeren Wassertank steigen mußte, um seinen legendären „Twangy"-Hall zu bekommen. Und das war die Zeit, in der Sam Cooke zu singen begann, der – Jahre nach seinem Tod – heute zu den großen Idolen der Teenager unserer achtziger Jahre gehört.

Der Tod wurde ein ständiger, prägender Begleiter jener Rock'n'Roller: Elvis starb; Lewis verlor zwei Frauen und einen Sohn; auch Perkins verlor Angehörige. Und Roy Orbison schließlich, dreißig Jahre nach dem denkwürdigen Treffen bei Phillips an Presleys Stelle eingestiegen, verlor durch einen Motorradunfall und einen Hausbrand Frau und zwei seiner drei Kinder.

Wie gesagt: Im September 1985 trafen sich diese vier Herren, inzwischen alle um die 50, an der Union Avenue Nr. 706 wieder. Perkins, Lewis und Orbison waren vor sechs Jahren schon einmal zusammengekommen. Sie sangen damals in einem TV-Special zum 25. Bühnenjubiläum von Johnny Cash – ein rockiges Ständchen mit fulminantem Erfolg. Etwas später nahmen unter dem Titel „Survivors" Cash, Perkins und Lewis hier in der Bundesrepublik Deutschland eine Langspielplatte auf: „The Survivors" – „Die Überlebenden".

Doch was da unter dem Motto „The Class of '55" im letzten September erst im Sun-Studio und dann in Chips Momans Studio in der Nähe, wo schon Presley, Waylon Jennings, Willie Nelson und andere aufgenommen hatten, entstanden ist, wird mit Leichtigkeit als einmaliges Dokument der Wiedererweckung alter Rock'n'Roll-Historie erkennbar – eine Langspielplatte, die an Herz und Nerven geht.

Ans Herz, weil auch bei diesen vier Erz-Rockern manche Träne während jener Septembertage rollte und weil sich hinter jedem Takt dieser zehn Stücke menschlich oft anrührende Episoden aus der Geburtszeit der erfolgreichsten populären Musik aller Zeiten verbergen.

An die Nerven, weil diese vier reinewegs nichts verlernt zu haben scheinen: Da wird, wie es heutzutage so schön heißt, die Musik noch von Hand gemacht, mit mitreißenden Gitarren-Licks, händeklatschendem Drive, mit viel Country-Einschlag à la Nashville und genau dem Blues-Gefühl, das Sam Phillips dereinst in Elvis Presley „den Weißen mit der schwarzen Seele" erkennen ließ.

Da wird Presleys gedacht in „We Remember the King", und auf dem „Big Train (From Memphis)" assistieren der ohnehin schon hochkarätigen Besetzung auch der Instrumentalisten und Choristen solch illustre Musiker wie Cashs Frau June Carter aus der berühmten Carter Family, Gitarrist Dave Edmunds, auch John Fogerty und – Rick Nelson, der sanfte Rokkabilly, der gerade noch an den abgestürzten Buddy Holly dachte und der in seiner alten „Dakota" DC-3, die er einst von Jerry Lee Lewis erworben hatte, am Neujahrstag 1986 zusammen mit einigen Musikern seiner Band ebenfalls abstürzte.

„The Survivors" – die Überlebenden. So wurde, was sie auf dieser Platte zwischen Gospel-Blues und geradem guten, alten Rock'n'Roll singen, nicht nur zur liebevoll angelegten Hommage an die eigenen Anfänge (was sie ihr „Homecoming" nennen), sondern auch zu einer großen Sammlung von Hymnen auf die vielen Freunde und Kollegen, deren Plätze auf dem „Big Train" eine große Etage weiter höher liegen. („Class of '55 – Carl Perkins, Jerry Lee Lewis, Roy Orbison, Johnny Cash – Memphis Rock & Roll Homecoming", mercury/Phonogram 830 002-1 Q)

ALEXANDER SCHMITZ

„Flamingo Kid" – ein Film für die heißen Monate

Lauter gezinkte Karten

Ein 18jähriger namens Jeffrey weiß nicht, wie er sie verbringen soll, die heißen Monate des Jahres. Zwischen High School und College gähnt das Sommerloch. Papa, ein ehrbarer Klempner in New York, mutet dem unreifen Sohn einen Job als Botenjunge zu. Jeffrey gefällt das nicht. Alle seine Freunde machen Urlaub am Meer. Da will er auch hin. Long Island heißt das Ziel. Tatsächlich kann er sich als Parkwächter beim „Flamingo" Strandclub verdingen. Allerlei Mondänes schwirrt da um ihn herum. Und es dauert nicht lange, da erliegt Jeffrey dem Duft der Bräunungscremes, der ihm die große Welt bedeutet.

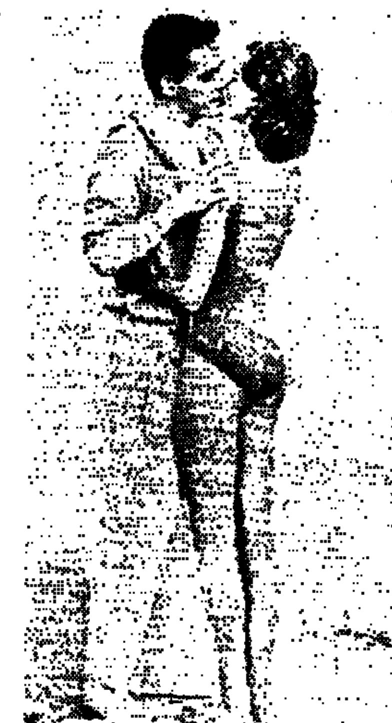
Regisseur Garry Marshall, bislang fürs Fernsehen tätig, hat in seinem ersten Kinofilm selbstredend kritische Ambitionen. Dem „Flamingo Kid", das er stellvertretend für eine Jugend mit falschen Idealen portraitiert, bürdet er die übliche Lektion auf: am Ende ist Jeffrey um ein paar Illusionen ärmer und um ein paar Erfahrungen reicher. Das Strickmuster ist Masche für Masche vertraut und bewährt sich hier noch einmal. Erst wird die Welt des Glanzes blitzend ins Bild gesetzt, Jeffrey und die Zuschauer sind geblendet. Dann wird am Lack gekratzt, Jeffrey staunt, die Zuschauer ahnten schon so was. Und schließlich platzt die aufgespritzte Oberfläche ab, und darunter kommen unrettbare Wracks zum Vorschein. Jeffrey fällt aus allen Wolken, die Zuschauer haben ihr Déjà-vu.

Einen bewundert Jeffrey zwischen Surfbrett und Cocktailbar ganz besonders. Das ist ein schwerreicher Autohändler namens Brody, der im Club jedes Gin-Rommé-Spiel gewinnt. So einer möchte Jeffrey auch werden. Das College ist weit weg, die peinliche Familie zum Glück in der Bronx versteckt. Er läßt sich von Brody unter die Fittiche nehmen und steigt zum Kellner am Swimmingpool auf.

Das Glück steigert sich noch: eine Schönheit aus Kalifornien schenkt ihm manche kleine Aufmerksamkeit. Damit allerdings ist der Gipfel auch erreicht und überschritten. Bald wird Jeffrey als Hilfsarbeiter in Brodys Lager abkommandiert. Die Schönheit fliegt davon. Und als Jeffrey die von seinem Idol erworbenen Gin-Rommé-Kenntnisse anwendet, merkt er, daß Brodys Glückssträhne auf Zinkerei beruht.

Der Schleier ist gerissen. Überall entdeckt Jeffrey nun Betrug, vor allem Selbstbetrug. Matt Dillon, der Teeny-Star, der sich hier seine Zähne ganz besonders gut geputzt hat, läßt sich die fortschreitende Entzauberung der Glamour-Welt in sehenswerten Nuancen anmerken. Als sein Vater prägt sich Hector Elizondo ein. Nicht aufregend, aber beinahe glaubwürdig ist der Lebemann von Richard Crenna. Janet Jones debütiert als Schönheit; sie wird wohl noch ein paar Filme halten. Das ganze ist in die 60er Jahre verlegt, was Oldies im Autosalon und im Soundtrack garantiert. Eine solide Arbeit mit verzeihlichen Typisierungen, von Anfang bis Ende überraschungslos, aber doch mit jenem Brausepulver-Charme ausgestattet, der an einem leichten Sommerabend gelegentlich wohltut.

DIETMAR BITTRICH



Kleine Aufmerksamkeiten für Jeff: Matt Dillon und Janet Jones in „Flamingo Kid" FOTO: PROKINO

JOURNAL

Klee und die Musik jetzt in der Schirn

DW. Frankfurt/M.

Er schwankte lange, ob er Musiker oder Maler werden sollte. Deshalb spielt die Musik in der Kunst von Paul Klee eine besondere Rolle. Das belegt die Ausstellung „Paul Klee und die Musik", die zuerst in Paris (s. WELT v. 13. 11. 85) zu sehen war und die jetzt in der Schirn in Frankfurt gezeigt wird. In fünf Kapiteln werden die literarisch-illustrativen Blätter, die Partitur-Bilder sowie Zeichnungen, die die Polyphonie, die Komposition und den Klang ins Bild setzen, zusammengefaßt. Die Ausstellung bleibt bis zum 17. August geöffnet, der Katalog kostet 42 Mark, gebunden (Nicolaische Verlagsbuchhandlung) 48 Mark.

Chirac: Keine Opern im Bastille-Auditorium

dpa, Paris

Die geplante Oper am Bastille-Platz in Paris wird in ein Auditorium für Musik- und Tanzdarbietungen umgewandelt werden, in dem aber keine Opernaufführungen stattfinden werden. Der französische Premierminister Jacques Chirac sagte, die Stadt könne sich nicht zwei Opernhäuser leisten, Opern sollten deshalb allein im Palais Garnier aufgeführt werden. Der neue Kulturminister, François Léotard hatte vor wenigen Tagen noch angedeutet, daß auch im Bastille-Auditorium künftig Opern gezeigt würden.

Nägel und Beschläge im 5000. Grabfund

DW. Krefeld

Einen „Weltrekord in Archäologie" hat das Team der Krefelder Archäologin Renate Pirling bei der Freilegung eines Brandschüttungsgrabes aus dem ersten Jahrhundert erzielt: Auf dem antiken Gräberfeld, das bis ins 5. Jahrhundert hinein genutzt wurde, legte die Mannschaft das 5000. Grab seit dem Beginn der systematischen Forschung im Jahre 1934 frei. Zum Vorschein kamen u. a. Eisennägel und -beschläge.

Coburg erinnert an Wagner-Bühnenbildner

dpa, Coburg

Kurz vor dem Beginn der 75. Bayreuther Festspiele (25. 7.) ist in der Kunsthalle Coburg eine Retrospektive über den Bühnenbildner Max Brückner eröffnet worden. Von Richard Wagners „Parsifal"-Inszenierung 1882 bis zum Ersten Weltkrieg zeichnete Brückner in seinem Coburger Atelier für die Bühnenbilder verantwortlich. 238 Exponate umfaßt die Schau, die bis zum 7. September zu sehen ist.

Hanke-Keramiken für Ausstellung gesucht

DW. Höhr-Grenzhausen

Das Keramikmuseum Westerwald in Höhr-Grenzhausen will im kommenden Herbst das Lebenswerk der beiden Keramiker Reinhold und seines Sohnes August Hanke präsentieren. Aus diesem Anlaß sucht das Museum noch weitere Arbeiten der Künstler und bittet die Besitzer, sie als Leihgaben zur Verfügung zu stellen.

Chris Marker 65

Einen Spielfilm hat er nie inszeniert, und doch nahm Chris Marker an der Entwicklung des Films nach dem Zweiten Weltkrieg größten Anteil. 1921 geboren und später zunächst Mitarbeiter der vom Reformkatholizismus geprägten Zeitschrift „Esprit", entdeckte Marker den Film für sich Anfang der fünfziger Jahre. Er drehte Dokumentarisches, über den Verfall der Kunst in Schwarzafrika zum Beispiel oder die Olympischen Spiele in Helsinki, stets mit assoziierten Kommentaren – Essay-Filme als Vorbereiter der *Nouvelle Vague*. Nach 1968 beschwor Marker das „kollektive Filmemachen", bis er sich, eher mit einer individualistischen Ader, Ende der 70er Jahre neuen Bildtechniken wie der Videographie zuwandte. Chris Marker feiert heute seinen 65. Geburtstag. DW

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

„Deutsche Erstausgabe" steht auf dem Rücktitel. Aber ein Blick ins Kleingedruckte des Impressums bestätigt die Erinnerung, daß „Der Tausch" von Jurij Trifonow bereits 1974 auf deutsch zu lesen war. Für die Neuausgabe der Serie Piper wurde lediglich der Umschlag geändert, während der Kurzbiographie auf Seite 2 nicht einmal zu entnehmen ist, daß Trifonow 1983 starb. Aber was macht's? Seine Geschichte eines Wohnungstausches in Moskau, die mit ihren Verwicklungen – bürokratischen wie menschlichen – das Asoziale des Sozialismus aufscheinen läßt, ist noch immer ein lesenswertes Stück Literatur und politische Information zugleich. P.Jo.

Jurij Trifonow, „Der Tausch", Piper, 87 S., 7,80 Mark

Mit Gondeln in den Westen geschwebt

Zwei CSSR-Bürger fanden ungewöhnlichen Weg in die Freiheit

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Völlig erschöpft und durchnäßt meldeten sich am vergangenen Samstag um sechs Uhr früh die beiden tschechoslowakischen Staatsbürger Robert Ospald (35) und Zdenek Pohl (20) beim österreichischen Gendarmerieposten Haugsdorf nahe der CSSR-Grenze. Den beiden Männern war die bisher ungewöhnlichste Flucht in den Westen geglückt: Mit zwei selbstgebastelten Gondeln hängten sie sich an ein Kabel der Hochspannungsleitung Polen–Österreich und rollten am Kabel hängend über den Eisernen Vorhang – jenen Stacheldrahtzaun, der die Tschechoslowakei von Österreich trennt.

Die beiden Männer – einer von ihnen ist Waldarbeiter, der andere Schlosser – hatten die Flucht genau ausgeklügelt und lange vorbereitet. Sie wußten, daß neben der elektrischen Fernleitung ein Lichtstrom führendes Kabel für die Monteure läuft. Das Kabel dient zugleich als Blitzschutz. An dieses Kabel hängten sie ihre selbstgebauten Gefährte an und rollten unbemerkt in die Freiheit.

Vorher hatten sie sich drei Tage und Nächte lang auf tschechischem Gebiet unmittelbar an der Grenze versteckt, um mit dem Gelände und den Patrouillengewohnheiten der CSSR-Grenzpolizisten vertraut zu werden. In der verregneten Nacht vom Freitag auf Samstag wagten sie das Unternehmen. Unbemerkt von den tschechischen Grenzwächtern kamen sie entlang des Kabels auf österreichisches Gebiet.

Als Motiv für ihre Flucht gaben die beiden Tschechen Unzufriedenheit mit der politischen und wirtschaftlichen Lage in der Tschechoslowakei an. Den Ausschlag für ihren Entschluß habe aber die Atomkatastrophe von Tschernobyl gegeben, von der die Bevölkerung durch die Regierung nur mangelhaft informiert worden sei. Die Männer sind inzwischen im Flüchtlingslager Traiskirchen bei Wien eingetroffen, wo die meisten Asylsuchenden aus dem Osten zunächst untergebracht werden.

Als die beiden Tschechen bereits auf österreichischer Seite „gelandet" waren, gab es noch einen kleinen, eher komischen Zwischenfall. Sie gingen nach dem Abstieg vom Hochspannungsmast ins nächste Dorf, fragten dort nach dem Bus Richtung Wien und wollten ins Lager Traiskirchen fahren. Der Busfahrer aber wies die beiden Flüchtlinge ab, weil sie kein österreichisches Geld hatten, um sich eine Fahrkarte zu kaufen. So mußten sie sich bei strömendem Regen zu Fuß auf den Weg machen, um sich beim nächsten Gendarmerieposten zu melden.

Daß der Fluchtversuch der Tschechen so reibungslos gelang, grenzt an ein Wunder. Viele ähnlich tollkühnen Unternehmungen enden tragisch: entweder im Kugelhagel der tschechoslowakischen Grenzer, die rücksichtslos von der Schußwaffe Gebrauch machen – oder in Grenzflüssen wie der March, in der schon viele Flüchtlinge ertrunken sind.

Erst im vergangenen Herbst wurde ein CSSR-Flüchtling von Grenzwachen zusammengeschossen, als er schon auf österreichischem Gebiet war. Die brutalen Zustände an der tschechoslowakischen Grenze sind mit ein Grund, warum das Verhältnis zwischen Prag und Wien sich bis heute nicht recht erwärmen konnte.

Erstmals seit 1949 ist der Plenarsaal leergefegt

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

„Bank des Präsidenten – aufheben für Ausstellungszwecke" lautet der Text von Aufklebern, die zur Sicherheit gleich mehrfach an einem weltberühmten Möbel in Bonn angebracht wurden. Es handelt sich um die Bank des Präsidenten des Deutschen Bundestages, die jetzt mitsamt der kompletten Bestuhlung aus dem Plenarsaal entfernt wird, weil umfangreiche Renovierungs- und Umbauarbeiten anstehen. Über deren Ausmaß und Dauer wird das Parlament jedoch erst im September beschließen.

Während das hundert Jahre alte Wasserwerk hinter dem Bundeshaus jetzt komplett für seine neue Aufgabe als zwar beengtes, aber außerordentlich dekoratives Ausweichparlament für mindestens zwei Jahre hergerichtet wurde, zeigt sich der Plenarsaal erstmals seit seiner Erbauung 1949 im Parkett völlig ausgeräumt. Dunkle Rechtecke im abgetretenen Fußboden zeigen an, wo die Sitzblocks für die Abgeordneten einmal standen, die man auf verschiedene Liegenschaften des Bundes im Raum Bonn „auf Lager" gebracht hat. Ob auch sie „für Ausstellungszwecke" erhalten bleiben, ist ungewiß, aber immerhin tragen auch die erste und zweite Reihe der Bundesratsbank diesen wichtigen Vermerk.

Gern zeigt die Bauverwaltung zu diesem Zeitpunkt, wie es in sonst nie gezeigten Räumen des Hohen Hauses aussieht, um die bevorstehenden Baumaßnahmen noch einmal zu rechtfertigen. Zwischen Wetterschutzdach und Saaldecke betritt man mehr kriechend als gehend und tunlichst auf schmalen Bretterstegen balancierend ein mit Zunder jeder Art gefülltes Areal. Kein Wunder, daß hier bei jeder Plenarsitzung zwei Feuerwehrleute kauern müssen, um notfalls die überall herumhängenden Feuerlöschapparate zu betätigen. Wer strauchelt, fällt zehn Meter tief in den Plenarsaal, denn die Unterdecke besteht nur aus „Holzfaserbeton" in Platten, einem Gemisch aus Holzwolle und Zement. 1949 entsprach das Material dem „Stand der Technik", heute wird es noch nicht einmal für Garagendächer genehmigt.

Bundestagsvizepräsident Heinz Westphal (SPD), der als „Stallwächter" in Bonn die Führung machte, meinte, dies sei „das verbauteste Gebäude Europas", das 20 Dependancen des Bundestages in Bonn nötig mache. Für die Zwischenlösung Altes Wasserwerk empfahl er jetzt schon „einen höheren Grad von Disziplin" für die Abgeordneten. Zwar gebe es fast für jeden einen ledergepolsterten Sessel, dafür aber keinen Tisch und keine Ablage. Lediglich unter die Sitzflächen wurden kleine Gitterroste eingebaut, wo der von den Boten stets reichhaltig verteilte Papiersegen ruhen soll.

Zwar gibt es jetzt einen überdeckten eleganten weißlackierten Gang, der das alte Bundeshaus mit der Notherberge verbindet, die im Detail um so vieles schöner als der Altbau ist. Aber die Vorstellung, daß der Präsident die Abgeordneten bei den berühmten „Hammelsprung"-Abstimmungen möglicherweise nicht in eine Lobby, sondern in den Regen schikken muß, damit sie durch „Ja"- oder „Nein"-Türen wieder eintreten können, trübt die Freude doch etwas.



Eine Hitzewelle ohnegleichen hat den Süden der Vereinigten Staaten heimgesucht. FOTO: DPA

Heu aus der Luft für die bedrängten Farmer

Die Felder sind grau-braun, die Luft ist stickig und flimmert, Menschen und Vieh leiden, alle Lebewesen werden zunehmend nervös – eine seit drei Wochen andauernde Hitzewelle ohne Beispiel in der jüngsten Geschichte plagt den amerikanischen Süden und Südwesten. Seit zwanzig Tagen nunmehr sind die Temperaturen in den Carolinas, in Georgia, Virginia und Louisiana nicht unter 35 Grad gesunken, selbst nachts nicht. „Wir haben den totalen Notstand", erklärte Dick Riley, der Gouverneur von South Carolina: Dankbar nahm er die ersten 1500 Tonnen Heu in Empfang, die von der US-Luftwaffe aus Illinois in seinen Bundesstaat geflogen wurden.

Diese Heulieferungen aus dem US-Mittelwesten, der bei der besten Witterung seit Jahrzehnten einer neuen Rekordernte entgegensieht, sind für die geplagten Bauern der Hitzewellen-Regionen lebenswichtig. Sie haben bereits Tausende von Milchrindern in die Schlachthöfe getrieben, weil sie kein Futter mehr haben. „Selbst das Heu für den kommenden Winter habe ich schon verfüttert", sagt ein Farmer in Georgia, „und die Weiden sind versengt – wie verbrannte Erde." Präsident Reagan hat den Einsatz gewaltiger Transportmaschinen des Typs C-141-Starlifter authorisiert. Sie fliegen das Heu in Ballen aus dem Überfluß-Mittelwesten in den bedrängten, sengenden Süden – Farmer helfen Farmern. „Es hätte ja auch uns treffen können", meint einer der Spender-Bauern, „und dann hätten die im Süden ohne Frage uns die Hand gereicht."

Fast Tag für Tag sind Hitzerekorde gebrochen worden, die vor 100 und mehr Jahren aufgestellt worden waren: Die Stadt Columbia in South Carolina erzielte mit 43 Grad Celsius einen nie zuvor erreichten Wärmegrad. Nimmt man aber meteorologische Faktoren wie Luftfeuchtigkeit und Windstille dazu, dann haben diese 43 Grad, so sagen die Klimatologen, Effekt und Wirkung von 50 Grad. „Und so fühlen auch alle Lebewesen", meinte ein Meteorologe. In Savannah/Georgia sind die Temperaturen seit 15 Tagen niemals unter 42 Grad gesunken.

Hunderte Kilometer Asphaltstraßen sind unbefahrbar, weil die Decken regelrecht kochen. Zehntausende verbringen die Nächte vor ihren Häusern, weil sie es in den Wohnungen, so die nicht klimatisiert sind, nicht aushalten können.

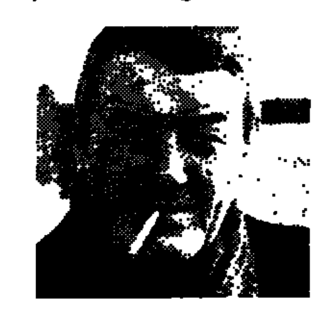
Bisher gibt es nur Schätzungen über die Verluste in der Landwirtschaft. Sie werden mit 800 Millionen Dollar veranschlagt. Mais und Sojabohnen sind verbrannt, Baumwolle ist verdorrt, einige zehntausend Legehennen sind in ihren überhitzten Käfigen krepiert. Und die an Afrika und die Sahara erinnernde Gluthitze dauert an. Einige Meteorologen sagen für Mittwoch „leichte, aus Kanada kommende Abkühlung" voraus – Abkühlung von über 40 auf dann 35 Grad. Aber andere Wetterfrösche sehen noch lange keine Entspannung, keine wirkliche Besserung.

WOLFGANG WILL (SAD)

LEUTE HEUTE

Lobby für Raucher

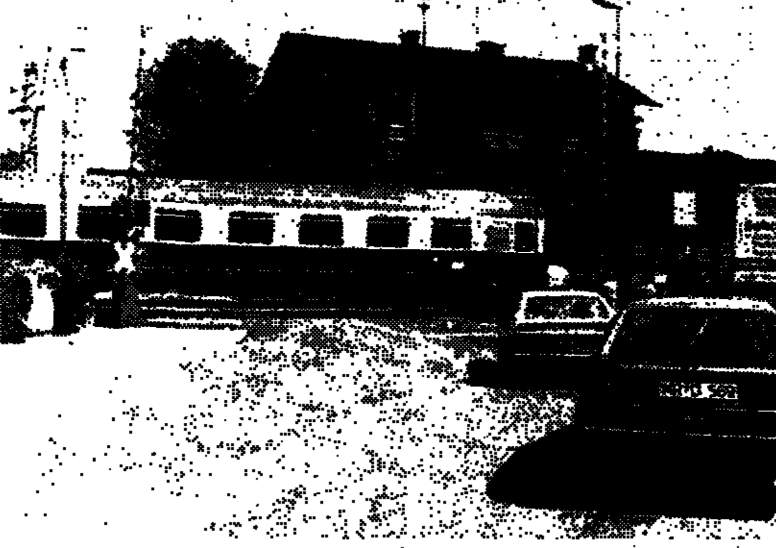
„Toleranz kann man von Rauchern lernen: Noch nie hat sich ein Raucher über einen Nichtraucher beschwert", zitierte der Vorsitzende der jetzt in Übersee am Chiemsee gegründeten „Ersten Raucher Lobby", **Heinz Browers**, den ehemaligen italienischen



Staatspräsidenten **Allessandro Pertini**. Selbst Bundeskanzler **Helmut Kohl** soll gestanden haben: „Ich entspanne mich gern bei einer Pfeife und das drei- bis viermal am Tag." „Das grenzt schon an Psychoterror, was einige wenige Nichtraucher gegen uns veranstalten", meint Schauspieler **Harald Leipnitz**, und sein Kollege **Günther Ungeheuer** (Foto) fordert, daß sich die Gesundheitsbehörden mehr um die Schadstoffe in unseren Lebensmitteln kümmern sollten: „Auf das Rauchen kann ich verzichten, auf das Essen nicht."

Tadel von Fergie

Als „dicklich" hatten englische Massenblätter **Sarah Ferguson** beschrieben. Die 26 Jahre junge Frau, die am Mittwoch **Prinz Andrew** heiratet, fühlt sich inzwischen von den zahlreichen Bemerkungen über ihre Figur verletzt. Das berichtete ihr Vater, Major **Ronald Ferguson**, der Frauenzeitung „Woman's Own". Prinz Andrew habe sich in seine Tochter verliebt, so wie sie sei. Die Berichte hätten seine Tochter ziemlich aufgebracht, obwohl ihr die Sache im Grunde egal sei. Schließlich heirate sie ja Prinz Andrew und nicht die Presse, meinte der besorgte Vater.



„Schrankenloser" Leichtsinn?

Ein ungewöhnliches Bild, aber für die Bürger von Egelsbach im Rhein-Main-Gebiet nicht un-alltäglich: Die Schranken des Bahnübergangs versagen manchmal ihren Dienst, was auch die örtliche Polizei bestätigte. Die Bundesbahn dazu: Wenn eine Schranke nicht funktioniert, stehen die Signale für den Lokführer auf Rot. Er habe dann Anweisung, im Schritt-Tempo an die Kreuzung heranzurollen. Ob das die Egelsbacher beruhigt? FOTO: KÜGER

WETTER: Aufkommende Gewitter

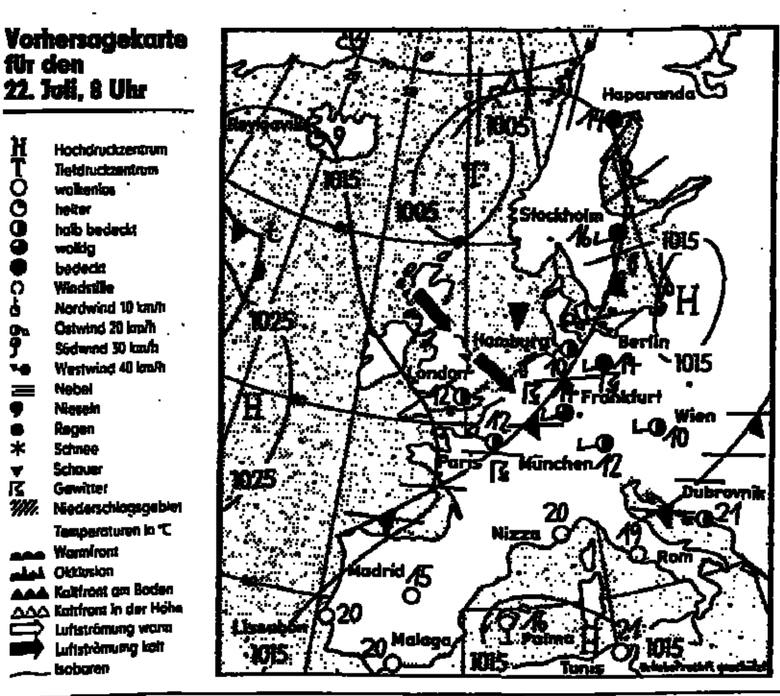
Lage: Der Ausläufer eines Tiefs vor der norwegischen Küste greift im Tagesverlauf von Westen her auf Deutschland über. Er lenkt ab Mittwoch kühle Meeresluft heran.

Vorhersage für Dienstag: Im Norden und Westen rasch zunehmende Bewölkung und gewittriger Regen. Tagestemperaturen um 20, nachts 9 bis 12 Grad. Mäßiger Wind von Süd auf West drehend. Im Süden tagsüber heiter und trocken, zum Abend zunehmend bewölkt und gewittrige Schauer. Höchsttemperaturen nahe 25, nachts um 12 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus Südwest.

Weitere Aussichten: Im gesamten Bundesgebiet und Raum Berlin kühles Schauerwetter.

Sonnenaufgang am Mittwoch: 5.33 Uhr*, Untergang: 21.23 Uhr; **Mondaufgang:** 22.57 Uhr, Untergang: 7.39 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 22. Juli, 8 Uhr



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	23	bw
Bielefeld	18	bw
Braunlage	16	bw
Bremen	18	bw
Dortmund	17	bw
Dresden	22	he
Düsseldorf	21	bw
Erfurt	20	he
Essen	20	bw
Feldberg/S.	12	bw
Flensburg	17	bw
Frankfurt/M.	22	bw
Freiburg	23	he
Garmisch	19	he
Greifswald	22	he
Hamburg	16	bw
Hannover	20	bw
Kahler Asten	13	bw
Kassel	17	bw
Kempten	18	he
Kiel	19	bw
Koblenz	23	bw
Köln-Bonn	21	he
Konstanz	21	he
Leipzig	–	–
List/Sylt	17	he
Lübeck	21	bw
Mannheim	24	bw
München	19	he
Münster	20	he
Norderney	17	he
Nürnberg	21	he
Oberstdorf	19	he
Passau	21	he
Saarbrücken	21	bw
Stuttgart	22	he
Trier	22	bw
Zugspitze	3	he

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	29	wl
Amsterdam	20	bw
Athen	30	wl
Barcelona	25	he
Belgrad	16	bd
Bordeaux	27	he
Bozen	27	he
Brüssel	19	bw
Budapest	18	bd
Bukarest	29	wl
Casablanca	33	wl
Dublin	16	bw
Dubrovnik	24	he
Edinburgh	13	R
Faro	29	wl
Florenz	27	bw
Genf	21	he
Helsinki	22	he
Hongkong	28	bw
Innsbruck	20	he
Istanbul	30	wl
Kairo	30	wl
Klagenfurt	21	he
Konstanza	29	he
Kopenhagen	19	bw
Korfu	28	bw
Las Palmas	24	wl
Leningrad	21	he
Lissabon	33	wl
Locarno	24	he
London	21	bw
Los Angeles	18	bw
Luxemburg	20	bw
Madrid	27	wl
Mailand	25	he
Malaga	28	wl
Mallorca	26	he
Moskau	23	bw
Neapel	27	he
New York	25	bd
Nizza	27	he
Oslo	19	bw
Ostende	18	he
Palermo	26	he
Paris	23	bw
Peking	27	bw
Prag	20	he
Rhodos	28	wl
Rom	25	he
Salzburg	30	he
Singapur	32	he
Split	22	bd
Stockholm	19	bw
Straßburg	23	he
Tel Aviv	32	wl
Tokio	25	bw
Tunis	29	bw
Valencia	28	wl
Varna	29	wl
Venedig	24	he
Warschau	16	he
Wien	20	he
Zürich	21	he

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

WDR ließ hinter die Kulissen schauen

DETLEV AHLERS, Köln

Am Sonntag drängten sich im Garten des Restaurants „Akropolis" Ekke Buchenstraße/Lindenstraße die Gäste – doch mußte der Fernseh-Zuschauer nicht am selben Abend miterleben, daß die Brauerei dem Wirt rüde droht, weil sein Umsatz so gering ist? Die wie immer griesgrämige Serie ist von der Wirklichkeit gründlich widerlegt worden: Gute Laune herrschte am WDR-Tag der offenen Tür in den Kulissen auf dem Ausstattungsgelände des Senders im Kölner Stadtteil Bocklemünd.

„Das ist das Mädchen, das so säuft", wies eine Frau auf den Tisch, an dem Schauspielerin Silke Wülfing (Chris Barnsteg) wie andere Lindenstraßen-Stars Autogramme schrieb (wer drängeln konnte, brauchte acht Minuten). Schöne, heile Wirklichkeit: Sie war nüchtern.

Show mit Reagenzglas

Ein paar Schritte weiter, vorbei an der Telefonzelle, die nur in der Illusion funktioniert, öffnete sich das Tor zu den Studios mit den Inneneinrichtungen, denn (den Blick wagte jeder) hinter den Außen-Fassaden der Lindenstraße sind nur einige Abstützungen – und dann Felder. Man schritt in der Andacht von Schloßbesichtigungen vorbei am Wohnzimmer der Grieses. Und dann zu Alexander von Kube! Da spielte leibhaftig der Wissenschafts-Redakteur wie ein Pillen-Händler im Wilden Westen mit dem Erstaunen des pp. Publikums: „Ein Versuch über die geheimnisvolle Wirkung des CO_2! Füllen Sie ein Glas mit Bier, wischen Sie den Schaum ab, und werfen Sie Schoko-Crossies hinein! Sie sinken, ziehen Sauerstoff an und steigen, geben den Sauerstoff ab und sinken wieder!" Der Ton-Ingenieur gab zwar den Moderator des daneben live gesendeten Computer-Clubs über die Lautsprecher, aber Kube schrie dagegen an, ließ sich nicht beirren in seiner Show rund ums Reagenzglas.

Daneben ging es rund: Kinder erlebten, wie ein Trick sie in einen Vogel verwandelte. Sie mußten sich zwischen eine tiefblaue Wand und eine um 90 Grad gekippte Kamera stellen und mit den Armen flattern, während sich eine Rolle mit aufgemalter Landschaft vor einer zweiten Kamera drehte. Auf dem Bildschirm wurden beide Bilder zusammengefügt.

Auf der Bühne des Computer-Clubs wand sich derweil Popsänger Mo Hawk vor faszinierten Teenies. Mancher Freund schaute allerdings auf den Bildschirm neben der Bühne, der um den Star ein technisches Farbenspiel zauberte, während die Freundinnen alle das Original auf der Bühne besser fanden. Für die Jüngsten gab's Donald Duck auf einem Riesen-Schirm, für die älteren Damen in Kaffeefahrt-Laune den Wetterfrosch der „Aktuellen Stunde", Franz Burbach, zum Anfassen, Drükken und für ein Erinnerungsfoto mit Bussie. Bei so viel Attraktionen kannte auch die Bundeswehr kein Halten mehr: Mehrmals segelten Fallschirmspringer (einer mit Karlsberg-Schleichwerbung am Schirm) hernieder, zur applaudierten Punktlandung neben dem Agfa-Fesselballon.

Kamera macht's möglich

Etwa 40 000 Besucher kamen am Wochenende, so schätzt Ausstattungs-Hausherr Harald Reichelt: „Und kein Requisit geknickt, kein einziges Kostüm gestohlen; niemand zwängte sich durch eine Absperrung!" Etwa die Hälfte folgte dem Rundgang, den ein Quiz mit zehn Fragen vorzeichnete: 8. Für welchen Volksschauspieler ist diese Dekoration? (Antwort: Millowitsch) Man konnte in die Polsterei schauen und in die Halle für Mensch-Meyer-Biolek. „Die ist ja kleiner, als ich dachte", war oft zu hören; etwa so oft wie das freundliche „Ja, das macht die Kamera möglich" des WDR-Mitarbeiters am Eingang.

Es war ein Ausflug in die Welt der Täuschung, in die Bühnenbildnerei und die Maske; in eine ganz normale Arbeitswelt. Das zeigten die Denkanstöße einer Emanzen-Truppe. Hatte sie doch hie und dort Zettel geklebt: „In diesem Bereich sind Frauen unterrepräsentiert!" Unklar war aber der Hinweis am Übertragungs-Wagen FÜ 4, der Schlangen von Neugierigen schluckte: „Bildmischerinnen auf allen WDR-Ü-Wagen sind Frauen!" Ist das nun gut oder schlecht?

Journalisten in Mexiko fürchten um ihr Leben

AP, Matamoros

Unter den mexikanischen Journalisten macht sich Angst breit. „Wer wird das nächste Mordopfer sein", fragen sie sich, nachdem am Donnerstag voriger Woche erneut zwei ihrer Kollegen ermordet wurden. Der Verleger und eine Redakteurin der in der Grenzstadt Matamoros erscheinenden Zeitung „El Popular" wurden von zwei Unbekannten vor dem Redaktionsbüro erschossen. Die Zeitung hatte sich wegen ihrer kritischen Berichterstattung über Korruptionsfälle einen Namen gemacht. Eine Freundin der ermordeten Redakteurin: „Dies war ein Versuch, die Wahrheit zu stoppen, die Reporter mundtot zu machen."

22 Fahrgäste verletzt

AP, Karlsruhe

Bei einem schweren Straßenbahnunglück in der Karlsruher Weststadt sind gestern vormittag 22 Fahrgäste verletzt worden, zwei davon lebensgefährlich. Der Sachschaden beträgt etwa 400 000 Mark. Nach Auskunft der Polizei hatte der Fahrer eines Straßenbahnzuges übersehen, daß der ihm entgegenkommende Zug links abbiegen werde.

Die Briten und der Tee

dpa, London

Fast die Hälfte der Flüssigkeit, die die Briten zu sich nehmen, besteht aus Tee. Dies geht aus einer gestern veröffentlichten Studie hervor, nach der der Konsum weiterhin zu 21 Prozent aus Kaffee, zu 19 Prozent aus alkoholischen Getränken und zu 12 Prozent aus Limonaden und ähnlichem bestehe.

Chemielaborant gestorben

AP, Büdingen

Der Chemielaborant Ralf Merz (29), der bei einer Explosion in der Büdinger Batteriefabrik Sonnenschein am vergangenen Freitag schwere Verletzungen erlitten hatte, ist am Samstag in der Frankfurter Universitätsklinik gestorben. Die Ermittlungen des Landeskriminalamtes konzentrieren sich nun auf die Klärung der Frage, ob Merz möglicherweise betriebsfremde Arbeiten für kriminelle Zwecke ausgeführt hat.

Drei Radfahrer getötet

AFP, Sitten

Bei einem Zusammenstoß mit einem Auto in der Nähe der Schweizer Stadt Sitten sind am Sonntag drei Radfahrer aus der Bundesrepublik getötet und ein vierter verletzt worden. Aus noch unbekannten Gründen war der Wagen auf die Gegenfahrbahn geraten und in eine sechsköpfige Radfahrergruppe hineingerast.

Vier Morde aufgeklärt

AP, Berlin

Die Berliner Polizei hat vier Raubmorde aufgeklärt. Nach ihren Angaben gestand der 21jährige Hansjoachim W. aus Berlin drei Morde an älteren Frauen. Der 31 Jahre alte Detlef Z. aus Gelsenkirchen hat den Raubmord an einem 54 Jahre alten Kellner zugegeben. Beide sitzen in Untersuchungshaft.

Doppeltes Glück

AFP, Forbach

Doppeltes Glück hatten zwei junge Lothringer am Sonntagmorgen bei einem Unfall in der Nähe von Forbach. Ihr Auto stürzte eine zehn Meter hohe Böschung hinab auf ein Bahngleis, wurde kurz darauf von einer Lokomotive gerammt und 600 Meter weit mitgeschleift. Die beiden jungen Leute hatten den Sturz unverletzt überstanden und waren sofort aus dem Auto gesprungen, als sie die heranfahrende Lokomotive sahen.

Unwetter in Italien

dpa, Rom

Durch ein heftiges Unwetter sind in weiten Teilen Italiens schwere Sachschäden durch entwurzelte Bäume und überschwemmte Straßen entstanden, in Rom allein im Wert von mehreren Milliarden Lire. Obwohl auch der Einreiseverkehr über die Brenner-Autobahn stark behindert war, passierten mehr als 70 000 Autos die Brennergrenze.

Viel Salz im Rhein

rtr, Düsseldorf

Der Salz- und Ammoniumgehalt belastet das Rheinwasser erheblich. Darauf hat gestern der Vorstandschef der Arbeitsgemeinschaft der Rhein-Wasserwerke, Hansgeorg Winter hingewiesen. Zwar habe sich der Anteil der giftigen und teilweise krebserregenden „organischen Halogenverbindungen" im Rhein verringert, dagegen sei die Ammoniumbelastung höher und auch die Salzbelastung zeige keinerlei abnehmende Tendenzen.

ZU GUTER LETZT

Zwei arbeitslose Schildermaler, die im Rahmen eines Arbeitsbeschaffungsprogramms die St.-Michael's Kirche in Cilycwm (Süd-Wales) renovieren sollten, sorgten für Aufregung: Sie übermalten wertvolle Fresken aus der Renaissance mit eigenen „Kunstwerken" und signierten sie.